

G 2766 EX



MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

1'72 JANUAR





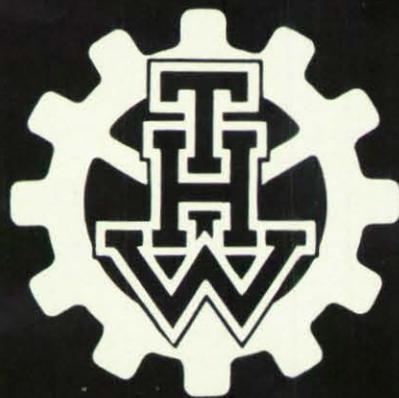
Ungeschriebene Bilanz des Helfens

Zehntausende von freiwilligen Helfern im Zivil- und Katastrophenschutz haben auch im abgelaufenen Jahr 1971 im humanitären Dienst viele Stunden ihrer Freizeit zum Wohle der Allgemeinheit geopfert. Diese Stunden bleiben ungezählt. Das ZS-Magazin hat über viele – aber längst

nicht alle – Einsätze, Übungen, Veranstaltungen und Ausbildungsvorhaben berichtet; nicht zuletzt, um auch die breite Öffentlichkeit über die Einsatzbereitschaft und Tatkraft der Helfer des Technischen Hilfswerks, Warn- und Alarmdienstes und des Bundesverbandes für den Selbstschutz aktuell zu informieren. Niemand wird den Helfern und ihren Organisationen die Anerkennung versagen können – auch wenn die Bilanz des Helfens ungeschrieben bleiben wird.



MAGAZIN 1'72



Aus dem Inhalt

Seite 3:

„Wichtige Ergänzung des Rettungsdienstes“ —



Bundesinnenminister Genscher übergibt ersten Rettungshubschrauber für den Raum

Köln seiner Bestimmung.

Seite 7:

„Retter im Silberlook“ — Hitzeschutzbekleidung gewährt Helfern Sicherheit bei Brandbekämpfung und Menschenrettung.

Seite 18:

„Nicht jeder müßte sterben“ — Entschließung des Deutschen Bundestages zur Vereinheitlichung und Verbesserung des Rettungswesens.“

Seite 21:

„Nur am sauberen Rhein ist's schön“ — THW-Helfer nutzen niedrigen Wasserstand zur Entrümpelung der Ufer des Rheins.



Seite 28:

„Bürgerinitiative für Zivilschutz in Berlin“ — Arbeitsaufnahme mit erster öffentlicher Vortragsveranstaltung.

Seite 70:

„Mit Blaulicht und Einsatzhorn“ — Neue Straßenverkehrsordnung und Kolonnenfahrten der Katastrophenschutzorganisationen.

Seite 77:

„Es war nur eine Übung“ — ZS-



Bergungsbereitschaft traf „im rechten Augenblick“ ein, als in Düsseldorf ein PKW von einem Zug erfaßt wurde.

Impressum

Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Elisabeth Habicht
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Christian Kaupert
Alfred Kirchner

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Grafik und Layout:

Gabriele Mintenbeck

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,
599 Altena
Postfach 137
Telefon: (0 23 52) 28 21
Telex: 08 229 311

Anzeigenverwaltung:

Kontinenta Anzeigenverwaltung GmbH
4 Düsseldorf, Uhländerstraße 4
Telefon: (02 11) 66 62 65
Fernschreiber: 858 / 6898

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40, jährlich DM 33,60.
Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Die Auflage beträgt zur Zeit 102 000 Exemplare IVW angemeldet. Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



UMSCHAU

Zuschußbeträge für Schutzbauten in Tiefgaragen

In der Dezember-Ausgabe des ZS-Magazins berichteten wir über das neue, vereinfachte Verfahren, das bei der Richtung von öffentlichen Schutzräumen in Verbindung mit Anlagen des ruhenden und fließenden Verkehrs anzuwenden ist. Dabei veröffentlichten wir auch den vollen Wortlaut dieser Verordnung. Die Zuschußbeträge, die der Bund den Bauherren derartiger Anlagen zur Verfügung stellt, sind in zwei Anlagen zusammengefaßt: Die Anlage 1, mit den Zuschüssen für die Anlagen des fließenden Verkehrs ist im Dezember-Heft enthalten; die Anlage 2, die damals noch nicht vorlag, wurde kürzlich veröffentlicht und ist nachstehend abgedruckt.

Pauschalbeträge

für die Abgeltung der zivilschutzbedingten Mehrkosten bei der Errichtung von unterirdischen Mehrzweckbauten (ausgenommen Anlagen des fließenden Verkehrs) in Tiefgaragen, Lagerräumen u. dergl. Pauschalbetrag je Schutzplatz für Objekte mit einer Gesamtschutzplatzanzahl

bis 1 000 Personen 1 400,— DM
1 001 bis 1 500 Personen 1 300,— DM
1 501 bis 2 000 Personen 1 200,— DM
2 001 bis 2 500 Personen 1 100,— DM
2 501 und mehr Personen 1 050,— DM

Hiermit werden abgegolten: Alle zivilschutzbedingten Mehrkosten einschließlich der Erschwernisse, Nebenkosten und Aufwendungen für die Ausstattung (soweit diese vom Bauherrn auf Kosten des Bundes zu beschaffen ist) und sonstigen mit der Errichtung und dem Vorhandensein des Schutzraumes im Zusammenhang stehenden Nachteile.

Obige Pauschalbeträge werden

unter angemessener Berücksichtigung der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Baupreisentwicklung für „Bauleistungen am Gebäude“ fortgeschrieben — Basis: Baupreisindex Mai 1971 (2. Quartal). Im übrigen wird auf Ziffern 1.1.3 und 1.1.4 der Verfahrensregeln hingewiesen.

Belehrung ohne erhobenen Zeigefinger



Anläßlich der diesjährigen vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gestarteten Aktion „Vorrat ist ein guter Rat“ setzte sich bereits Ende September von Bonn aus ein Informationsbus in Bewegung. Die Reiseroute führte über Bremen, Hamburg, Hannover, Köln, Frankfurt, Nürnberg, München und Stuttgart.

In Köln diente ein zweitägiger Zwischenaufenthalt dazu, die Besucher der Allgemeinen Nahrungs- und Genußmittelausstellung (ANUGA) mit der Zielsetzung der eingeleiteten Kampagne vertraut zu machen. Unter dem Motto „Es muß nicht immer der erhobene Zeigefinger sein“ brachte der Informationstrupp die Vorratshaltungs-Weisheit mit viel Humor spielerisch und spielend unters Volk, und eine Bänkelsängergruppe sang das hohe Lied vom Vorrat.

In erster Linie soll die Aktion „Vorrat ist ein guter Rat“ deutlich machen, daß ein sinnvoll zusammengestellter Vorrat eine Hilfe für die rationelle Haushaltsführung ist, weil er Zeit, Kraft und Geld spart.

In einem Falblatt heißt es: Der über den Tagesbedarf hinausgehende Ein-

kauf wird Vorrat, der immer bewußter angelegt und gehalten werden sollte. Er sollte dem der Familie vertrauten Speiseplan entsprechen.

Welche Produkte besonders zur Vorratshaltung geeignet sind und wie sie richtig gelagert werden, ist in dem Informationsmaterial ebenfalls enthalten.

Die Reise des Informationsbusses war zwar Ende Oktober beendet, aber bis November sollen noch acht Millionen Informationsschriften in mehr als 40 000 Geschäften des Lebensmittel Einzelhandels verteilt werden.

Neue Dienstvorschriften in Kraft

Die „Dienstvorschrift für die Durchführung der Ausbildung von Mitarbeitern des Bundesverbandes für den Selbstschutz“, kurz BVS-Dv. Nr. 1 genannt, wird in Kürze in Kraft treten. Diese Vorschrift sieht vor, den Mitarbeitern — das sind freiwillig und ehrenamtlich tätige Helfer sowie haupt- und nebenberufliche Bedienstete — ein umfassendes Fachwissen für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu vermitteln, und sie insbesondere zu befähigen, in der Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit und im Ausbildungswesen oder in einem dieser Fachgebiete tätig zu werden. Dabei sollen Neigungen und Eignungen weitgehend berücksichtigt werden. Neben der elementaren Ausbildung sieht die Dienstvorschrift planmäßig durchzuführende Fortbildungslehrgänge, besondere Arbeitsseminare und -tagungen vor, die zum Ziele haben, die Leistungen der Mitarbeiter zu steigern und sie in die Lage zu versetzen, auch schwierige Aufgaben zu meistern.



Bundesinnenminister Genscher übergab den ersten Rettungshubschrauber für den Raum Köln am 22. Dezember offiziell seiner Bestimmung. Rechts Ministerialrat Dr. Rolf Schaefer vom Bundesministerium des Innern, Mitautor des Beitrages „Schnelle Hilfe aus der Luft“ auf den folgenden Seiten.

In Anwesenheit mehrerer Bundestagsabgeordneter sowie zahlreicher Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen übergab Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher am 22. Dezember den ersten Rettungshubschrauber für den Raum Köln auf dem Flugplatz Leverkusen seiner Bestimmung. Dieser Helikopter vom Typ BO 105 mit dem Namen „Christopher III“ kommt im Rahmen des ersten Modellversuchs für Hubschrauber im Katastrophenschutz und Rettungsdienst — den der Bundesminister des Innern

„Wichtige Ergänzung des Rettungsdienstes“

Bundesminister Genscher übergab Hubschrauber an ADAC



Bundesminister Genscher (links) interessiert sich hier für die technische Konzeption der BO 105 . . .

in Zusammenarbeit mit dem ADAC und dem Malteser-Hilfsdienst unternimmt — zum Einsatz (siehe hierzu unseren Bericht auf den nachfolgenden Seiten). In seiner Übergabe-Ansprache auf dem Flugplatz Leverkusen erläuterte Bundesminister Genscher Aufgaben und Zielsetzung

dieses Modellversuchs und kündigte einen weiteren bereits für das nächste Jahr an. Er betonte, dies sei eine wichtige Ergänzung des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes. Während einer vorangegangenen Pressekonferenz umriß Gerhard Kugler, Leiter der Abteilung Unfallrettung

der ADAC-Hauptzentrale München, die technische Konzeption des Hubschraubers und die organisatorische Abwicklung von Rettungseinsätzen aus der Luft.

Bereits am Tage seiner Indienststellung, etwa drei Stunden nach der Übergabehandlung, flog der Rettungshubschrauber seinen ersten Einsatz für einen Schwerverletzten auf der BAB Köln — Frankfurt.

Mit welchem Interesse auch die breite Öffentlichkeit die Entwicklung des Rettungswesens in der Bundesrepublik verfolgt, bewies die ausführliche Berichterstattung aller Informationsmedien über die Indienststellung des Rettungshubschraubers. ARD und ZDF brachten beispielsweise in ihren Tages schauen Reportagen vom Flugplatz Leverkusen, und viele Presseorgane widmeten diesem interessanten Modellversuch Berichte und Kommentare.



. . . und läßt sich von Fachleuten die wertvollen Einrichtungen der Notfall-Medizin dieses Rettungshubschraubers zeigen.



Die Besatzung von „Christoph III“: Ein Arzt (links), ein Sanitäter des Malteser-Hilfsdienstes (Mitte) und ein Pilot des Bundesgrenzschutzes.

Ministerialrat Dr. Rolf Schaefer
und Regierungsdirektor Werner Obenaus

Schnelle Hilfe aus der Luft

Hubschrauber im Katastrophenschutz und Rettungsdienst



Die Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH. konzipierte diesen Helikopter-Typ BO 105, der zwei Patienten liegend befördern kann. Die Patienten können während des Fluges medizinisch betreut werden. Der ADAC flog im Sommer 1971 zusammen mit dem Roten Kreuz mit diesem Typ Modellversuche im Raum München, der aber abstürzte. Der Bundesminister des Innern stellte unverzüglich einen . . .

1.1

Der Schutz der Bürger gegen Gefahren und die Hilfe in Notfällen gehören zu den vornehmsten Aufgaben des Staates. Bei ihrer Erfüllung ist er in doppelter Weise mit der Wissenschaft verbunden. Zum einen entwickeln, ja vergrößern sich die Gefahren für den Menschen mit dem Fortschritt der Technik. Zum andern bieten Wissenschaft und Technik auch immer neue Hilfsmittel bei der Gefahrenbekämpfung an. Ihre Ausnutzung zum Schutz und zum Wohl der Bürger stellt technische, organisatorische und finanzielle Probleme. Leicht ist die Forderung gestellt, für die hohe Aufgabe des Schutzes der Bürger sei das beste Gerät gerade gut genug. Wenn es dann aber darum geht, die den gegebenen Hilfsmöglichkeiten entsprechende technische Form der Hilfsmittel zu finden, setzen schon die Schwierigkeiten ein. Hier muß z. B. berücksichtigt werden, daß die technischen Hilfsmittel im allgemeinen dem

Ausbildungsstand freiwilliger Helfer und ihrem Leistungsvermögen entsprechen müssen.

Im organisatorischen Bereich zeigen sich Schwierigkeiten, wenn es gilt, komplizierte Hilfeleistungssysteme über kommunale und Ländergrenzen hinweg zur Wirkung zu bringen und verschiedene Hilfsorganisationen zur Mitarbeit und Zusammenarbeit zu veranlassen.

Ins schier Unüberwindliche wachsen die Schwierigkeiten, wenn die Frage der Finanzierung großer oder aufwendiger Hilfeleistungssysteme ansteht.

2.2

Vor diese Fragen und Probleme sieht sich der Katastrophenschutz in Deutschland gestellt. Als staatliche Aufgabe wird er mit öffentlichen Mitteln finanziert, erfüllt seine Aufgaben unter Mitwirkung öffentlicher und privater Katastrophenschutzorganisationen und bedient sich dabei weitgehend freiwilliger, ehrenamtlicher Helfer.

Um unter diesen Bedingungen seine Aufgaben erfüllen zu können, bedarf es rationeller Organisation und optimaler Ausnutzung aller Möglichkeiten. Insbesondere muß vorhandenes Schutzpotential in weitestgehendem Umfang verwandt werden können, um einmal den Schutzfaktor zu steigern, zum andern die Kosten möglichst niedrig zu halten. Diesem Gedanken folgt der Katastrophenschutz in der Organisationsform, die er nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) vom 9. Juli 1968 (BGBl I S. 776) gefunden hat. Unabhängig von der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden soll ein Instrument den Aufgabenbereichen der verschiedenen Aufgabenträger dienen, dem Schutz der Menschen vor Gefahren im Verteidigungsfall (Bundeszuständigkeit) wie im Frieden (Landes- und Kommunalzuständigkeit) und dafür auch von den verschiedenen Aufgabenträgern finanziert werden.

3.3

Dieser Gedanke, mit einem Instrument verschiedene Aufgaben unterschiedlicher Aufgabenträger zu erfüllen, führte auch zu der Überlegung, die Kräfte des Katastrophenschutzes im Rettungsdienst einzusetzen. Typische Aufgabe des Rettungsdienstes ist die Hilfe in den vielen einzelnen Notfällen des täglichen Lebens. Aufgabe des Katastrophenschutzes ist dagegen die Abwehr oder Minderung der Gefahren, die eine Vielzahl von Menschen und bedeutende Sachgüter in größeren, umfassenden Gefahrensituationen bedrohen. Um den Katastrophenschutz modern auszurüsten und mit größerer Wirksamkeit zu versehen, wurde seit längerer Zeit die Forderung erhoben, ihm auch Luftfahrzeuge, insbesondere Hubschrauber, zur Verfügung zu stellen. Ihnen kommen besondere Aufgaben der Erkundung, der Führung und der schnellen Heranführung von Spezialisten und Spezialmaterial zu. So wesentlich eine solche Ausstattung für den Katastrophenschutz auch ist und so

dringend die Forderung erhoben wurde, so stand ihr doch immer der Einwand zu hoher Kosten entgegen. Die Widmung der Kräfte des Katastrophenschutzes auch für Aufgaben des Rettungsdienstes bot hier eine rationelle Lösung. Durch die Verwendung der relativ selten benötigten Katastrophenschutzkräfte im täglichen Rettungsdienst ergibt sich ein hoher Ausnutzungsgrad mit jederzeit sichtbaren Tätigkeitserfolgen. Eine solche optimale Ausnutzung berechtigt naturgemäß auch zum Einsatz moderner oder teurer Rettungssysteme.

Hatte der Katastrophenschutz bisher also des modernen Hilfsmittels Hubschrauber entbehren müssen und waren bisher für den Rettungsdienst vergeblich Hubschrauber als schnellstes und schonendstes Beförderungsmittel für Ärzte und Patienten gefordert worden, so ergab sich durch die Zusammenlegung beider Aufgaben erstmals die Möglichkeit des rationellen, politisch durchsetzbaren und finanziell verantwortbaren Einsatzes von Hubschraubern. Diese Möglichkeit hat der Bundesminister des Innern ausgenutzt. Als zusätzliche Ausstattung des Katastrophenschutzes gemäß § 1 Abs. 1 KatSG hat er Hubschrauber vorgeesehen, die nicht nur im Verteidigungsfall, sondern auch bei Friedenskatastrophen einzusetzen sind, die im Rettungsdienst tagtäglich benötigt werden und wirksame Hilfe bringen können.

Zur Einführung dieses neuen Hilfsmittels im Katastrophenschutz und Rettungsdienst ist dem endgültigen Ausbau ein Stadium von Modellversuchen vorgeschaltet worden.

2.

Modellversuche

Die Umstände und Bedingungen eines funktionsgerechten und rationalen Hubschrauberdienstes sind bisher noch nicht abschließend geklärt. Nach einigen Versuchen hier und da unter unterschiedlichen Bedingungen müssen koordinierte, vergleichbare Versuchsergebnisse erzielt werden, um Schlußfolgerungen für die endgültige Planung zu gewinnen.

2.1

Einige **kurzfristige Versuche mit gescharterten Hubschraubern** haben im Rettungsdienst zunächst die grundlegende Erkenntnis gebracht, daß der Einsatz von Hubschraubern und Notärzten eine wichtige Ergänzung des bodenständigen Rettungsdienstes bilden kann. Der Hubschrauber erwies sich dabei als grundsätzlich geeignet



... Ersatzhubschrauber des Bundesgrenzschutzes. Unsere Aufnahme zeigt einen Einsatz für einen schwerverletzten Kraftfahrer. Besatzung, Polizei und Sanitäter sind um seinen unverzüglichen Abtransport in ein Krankenhaus bemüht.

zur Notfallhilfe und zum Kranken-transport. Zu kurzfristigen waren diese Versuche dagegen, um genügend Klarheit über organisatorische Fragen und die nötigen finanziellen Aufwendungen zu erbringen.

2.2

Ein längerfristiger Modellversuch wird vom ADAC seit November 1970 mit einer BO 105 in München durchgeführt. Der Versuch wird gefördert durch BMW, IM Bayern, BRK. Konzeption, Erfahrungen und Folgerungen läßt folgende Übersicht erkennen:

2.2.1

wesentliche Merkmale:

a)

Besatzung:

- aa) Pilot (hauptamtlicher Angestellter des ADAC)
- bb) Arzt
- cc) Sanitäter

b)

Hubschraubertyp

Die ärztliche Forderung bezieht sich auf die gleichen Raummaße wie die des Notarztwagens nach DIN 75 080.

Ihr steht entgegen, daß solche Raummaße in der Kabine eines Hubschraubers eine Maschine größerer Klassen fordert, die wiederum entsprechend hohe Aufwendungen bei Beschaffung und Unterhaltung macht. Es geht also darum, einen Hubschraubertyp zu finden, der bei günstiger Beschaffung und Unterhaltung den durch die Praxis erhärteten medizinischen Anforderungen gerecht wird. Der Münchener Versuch des ADAC hat erwiesen, daß die BO 105 der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm diesen Anforderungen entspricht. Neben der dreiköpfigen Besatzung kann sie zwei Patienten liegend befördern. In der Praxis hat sich allerdings erwiesen, daß nur in einem verschwindend geringen Prozentsatz der Fälle zwei Notfallpatienten zu befördern waren. Die Patienten können während des Fluges am Oberkörper bis zur Hüfte medizinisch versorgt werden. Nach ihrer Erstversorgung am Unfallort hat sich diese Behandlungsmöglichkeit als ausreichend erwiesen. Im Hub-

schrauber können auch alle notwendigen medizinischen Geräte untergebracht werden. Es konnte sogar ein Teil der medizinischen Ausrüstung nach der praktischen Erfahrung wieder entfernt werden.

c) **Standort** an einem Krankenhaus; durch dieses wird bereitgestellt

- aa) mitfliegender Notarzt (genehmigte Nebentätigkeit von Ärzten des Krankenhauses, die weiterhin im Krankenhausbetrieb integriert bleiben)
- bb) mitfliegender Sanitäter (gestellt vom BRK aus einer Gruppe von Sanitätern, die in dem Krankenhaus als Rettungssanitäter ausgebildet werden)

d) Aufnahme der transportierten Notfallpatienten hauptsächlich in diesem Krankenhaus

e) **Einsatzsystem**

- aa) Ziel: Einsatz bei lebensbedrohlichen Notfällen
- bb) Methode: — Da exakte Diagnose den Anfordernden überwiegend nicht möglich ist, Einsatz stets dann, wenn nicht auszuschließen ist, daß nur leichte Fälle (d. h. mit Sicherheit keine lebensbedrohende Situation) vorliegen — zugleich Alarmierung eines Kranken-Rettungs- oder Notarztwagens

f) **Wartung des Hubschraubers**
Im Herstellerwerk in München

2.22

Erfahrungen

a) Wie schon unter 2.21 b) dargelegt, genügt ein Hubschrauber des Typs BO 105 oder ähnlicher Größenordnung den Anforderungen des Rettungsdienstes. Unbeschadet dieses Ergebnisses werden im Stadium der Modellversuche auch andere Hubschraubertypen auf ihre Eignung untersucht werden müssen.

b) das Einsatzsystem hat sich bewährt; nur geringe Zahl von Fehleinsätzen

c) starke Inanspruchnahme der Ärzte, die dadurch praktisch dem Klinikdienst entzogen sind (durchschnittliche Dauer eines Einsatzes 43 Min.)

d) begrenzte Aufnahmefähigkeit auch bei einer großen Klinik

e) Lärm- und Abgas-Belästigung für



Das Wichtigste beim Rettungseinsatz ist der Bordarzt. Aufnahme von einem Modellversuch mit einem Helikopter vom Typ Bell 206 „Jet Ranger“ des ADAC und des Roten Kreuzes in München.

Krankenhaus und Umgebung

f) Einsatz-Radius von etwa 10 — 15 Flugminuten (ca. 30 — 50 km)

g) **Einsatzschwerpunkte**

- aa) Randzone des Verdichtungsraumes München
- bb) angrenzende ländliche Räume ohne ausreichende Krankenhaus-Struktur

2.23

Folgerungen

a) Lösung des Standortes von einem Krankenhaus: Wahl eines geeigneten Flugfeldes in Stadtrandlage

b) ständige Einsatzbereitschaft (ohne andere Aufgaben) von Arzt und Sanitäter während der Einsatzzeit (Schichtbetrieb).

2.3

Das BMI führt nunmehr zwei weitere Modellversuche durch. Sie dienen der Ermittlung von Erfordernissen eines effektiven und rationellen Einsatzes für Katastrophenschutz und Rettungsdienst. Projektträger ist im Auftrag des BMI auch hier der ADAC. Der erste Versuch (siehe hierzu Seite 3) wird im Raum Köln/Ruhrgebiet durchgeführt mit folgender Konzeption:

a) **Besatzung**

hauptamtl. Piloten, die vom BGS für diese Aufgabe abgeordnet werden, Ärzte und Sanitäter (ständige Einsatzbereitschaft ohne andere Aufgaben während der Einsatzzeit) werden vom MHD gestellt.

Die Ärzte werden für ihren schichtweisen Einsatz im Hubschrauber aus der Ärzteschaft eines Krankenhauses abgestellt. Da diese zusätzliche Belastung der Ärzte des Krankenhauses nicht mit den vorhandenen Kräften bewältigt werden kann, werden dem Krankenhaus zwei zusätzliche Arztstellen zugewiesen. Die Sanitäter werden vom MHD aus dem Kreis derjenigen Sanitäter gestellt, die die Ausbildung eines Rettungssanitäters haben und sonst zur Besatzung des Notarzt- oder Rettungswagens gehören.

Bei Einsätzen im Katastrophenschutz werden anstelle des Sanitätspersonals Führungskräfte des Katastrophenschutzes oder Spezialisten zur Katastrophenebekämpfung treten.

b) **Standort**

Sportflugplatz Leverkusen;
Struktur des Einsatzgebietes:

- aa) Autobahnschwerpunkte und Industriezentren des Ruhrgebietes
- bb) größere Zahl von Krankenhäusern für Patientenaufnahme
- cc) zwei Bundesländer
NW: Vielzahl von Kommunen
drei Regierungsbezirke (Aachen, Düsseldorf, Köln)
Rhl.-Pfalz: nördl. Teil des Reg.-Bez. Koblenz

c) Einsatzsystem: wie Münchener Versuch

d) Leitsystem:
Anforderungen über Leitstelle des MHD in Köln oder direkt an Hubschrauber.
Auf die Möglichkeit der Anforderung des Hubschraubers hat der Innenminister Nordrhein-Westfalen alle Dienststellen des Rettungsdienstes und insbesondere der Polizei aufmerksam gemacht. Nach den Erfahrungen des Münchener ADAC-Versuches werden vor allem in der ersten Zeit die Mehrzahl der Einsatzanforderungen von der Polizei erwartet. Besonderer Wert muß daher auf gute Fernmelde- und vor allem Funkverbindungen zu den Polizeidienststellen gelegt werden.

Fortsetzung folgt

Helmut Freutel

Retter im Silber-Look

Hitzeschutzbekleidung gewährt Sicherheit bei
Brandbekämpfung und Menschenrettung



Feuer ist nicht gleich Feuer und Brand ist nicht gleich Brand. Der Unterschied liegt nicht allein im Umfang, sondern oft auch in der Temperatur. Die Verbrennungstemperatur ist abhängig davon, wie schnell die Verbrennungswärme frei wird. Selbst Stoffe, die den gleichen Heizwert haben, aber verschieden schnell verbrennen, haben unterschiedliche Verbrennungstemperaturen. Insbesondere die energiereichen Treibstoffe entwickeln sehr hohe Hitzegrade. Um in Schadensfällen löschen zu können, benötigt die Löschmannschaft Hitzeschutzanzüge, die ihr ermöglichen, in unmittelbarer Nähe des

Brandherdes das Feuer wirksam zu bekämpfen. Flugplatzfeuerwehren sind z. B. mit solchen Hitzeschutzanzügen ausgerüstet. Oft können sie nur damit Rettungsmaßnahmen für eingeschlossene und gefährdete Personen mit Aussicht auf Erfolg einleiten und durchführen.



Auch im Technischen Hilfswerk, z. B. bei der Anwendung der Sauerstofflanze (unser Bild) schützen sich die Helfer gegen Strahlungshitze und Funkenflug durch Anzüge oder Mäntel aus einem metallisch-reflektierenden unverbrennlichen oder schwer entflammbaren Material.

Bei Demonstrationen in der Öffentlichkeit erregen die metallisch-glänzenden Hitzeschutzanzüge immer wieder das besondere Interesse der Bevölkerung. Hitzeschutzbekleidung gibt es in verschiedenen Ausführungen, als Kombination, Mantel, Jacke, Hose und Haube, sowie als Ergänzung Handschuhe und Stiefel. Das Material wird aus metallisierten Baumwoll-, Glas- oder Asbestgeweben hergestellt. Um bestmögliche Sicht zu erreichen, haben die Hauben je nach Ausführung und Verwendungszweck, Drahtgewebefenster, Glimmerscheiben oder goldbedampfte Hitzeschutzscheiben.



An das Material der Hitzeschutzbekleidung werden wegen der besonderen und strapazierenden Verwendungsart ganz spezielle Anforderungen gestellt. Es muß geschmeidig sein und darf nicht brechen oder abblättern. Man muß die Bekleidung sekundenschnell anziehen können, und sie muß ausreichende

Bewegungsfreiheit gewähren (siehe auch unser Titelbild). Die heute auf dem Markt befindliche Hitzeschutzbekleidung wird all diesen gestellten Anforderungen gerecht.



Manche Hitzeschutzanzüge sind auf dem Rücken mit einer Hülle versehen, die das Mitführen eines Atemschutzgerätes ermöglicht. Es gibt jetzt auch Rettungsdecken, gefertigt aus einem nicht entflammaren, hitzebeständigen Material, einflächig oder aus einem mehrschichtigen Verbund, mit Trageschlaufen. Damit ist auch den Rettern die Möglichkeit gegeben, den zu Rettenden gegen intensive Strahlungshitze und direkte Flammenberührung zu schützen.



Die Trage, auf der hier zu Demonstrationszwecken eine durch eine Rettungsdecke geschützte Person wird, ist die deutsche Einheitstrage nach DIN 13024 aus Leichtmetall. Der Bezug ist aus hitzebeständigem und mechanisch festem Gewebe. So bietet die Hitzeschutz-

ausrüstung Feuerwehren und Rettungsmannschaften größere Sicherheit im Einsatz und damit wirksamere Brandbekämpfung und Rettung von Personen und wertvollem Gut aus brennenden Gebäuden, Flugzeugen, Fahrzeugen und Schiffen.



Großeinsatz in Röttingen

Über 50 THW-Helfer aus Ochsenfurt und Würzburg halfen bei der Bergung der Verschütteten

Die Katastrophe, die sich am Freitag, 5. November, des vergangenen Jahres am frühen Nachmittag in dem unterfränkischen Städtchen Röttingen/Lkrs. Ochsenfurt ereignete, hat im ganzen Bundesgebiet Erschütterung und Mitgefühl mit den Betroffenen ausgelöst. Ein Teil der Burg Brattenstein, ein aus dem 13. Jahrhundert stammendes Bauwerk, war eingestürzt.

In dem zweistöckigen Gebäude ist ein Zweigbetrieb einer Kleiderfabrik untergebracht, in dem eine 60köpfige Belegschaft beschäftigt ist. Vermutlich durch Erschütterungen, die Arbeiten mit einem Räumgerät für den Anbau einer Garage verursachten, war

plötzlich ein Teil des Seitentraktes der Burg zusammengestürzt und hatte 16 Angestellte und eine schwere Dampfbügelmaschine mit in die Tiefe gerissen.

Durch die sofort eingeleiteten Rettungsmaßnahmen des Röttinger Bürgermeisters, des Landrats von Ochsenfurt und der Regierung von Unterfranken — es wurde Katastrophenalarm gegeben — konnten in verhältnismäßig kurzer Zeit zehn der verschütteten Frauen geborgen werden. Die Bergungsarbeiten für die übrigen sechs Frauen gestalteten sich dagegen äußerst schwierig. Unter größter Aufopferung aller beteiligten Rettungsmannschaften

gelang es, noch zwei der Verschütteten lebend zu bergen. Für die anderen vier gab es jedoch keine Rettung mehr.

Die Arbeiten, die am Freitagnachmittag begannen, wurden auch während der Nacht pausenlos fortgesetzt und endeten erst am Abend des folgenden Samstags. Die Helfer haben buchstäblich bis zur Erschöpfung gearbeitet. Über den Einsatz der THW-Ortsverbände Ochsenfurt und Würzburg, die mit 52 Helfern an den Bergungsarbeiten beteiligt waren, berichtet THW-Geschäftsführer Hans Suhle (Würzburg), der auch zeitweise den Einsatz leitete, wie folgt:

Freitag, 5. November, 14.35 Uhr: Alarm über Telefon. Das Zivilschutzamt der Stadt Würzburg alarmiert die Bergung: „In Röttingen Gebäudezusammensturz — Personen unter den Trümmern.“

Röttingen, 36 km von Würzburg entfernt, im Landkreis Ochsenfurt: „Das kann nur der langerwartete Übungsalarm sein.“ Freitag, 14.30 Uhr, die ungünstigste Zeit um zu alarmieren. Schnell die Telefonliste der Arbeitsplätze her. Kaum jemand war



Hier war der Arbeitsplatz für 17 Frauen im zweiten Stock der Burg Brattenstein.



Eine Verletzte liegt eingeklemmt unter den Balken. Der THW-Helfer hebt das Gebälk mit einer Winde an.



Der MHD-Sanitäter bereitet die Infusion für die Verletzte vor.

zu erreichen, und trotzdem rollte um 14.50 Uhr bereits der Fukow des OV Würzburg mit sieben Helfern mit dem Auftrag ab: Erkunden – Gerätebedarf! Um 15.05 Uhr folgten der GWK mit sechs Helfern, der MLW mit sieben Helfern und um 15.15 Uhr der Kombi mit dem Halogen-Beleuchtungssatz. „Main von Heros zwo – rücken ab nach Röttingen 1. B-Zug Wü“. „Bitte Funkdisziplin – übrigens ist es echt und die Ochsenfurter sind schon seit 14.10 Uhr im Einsatz – am Einsatzort melden über Main 14/5“.

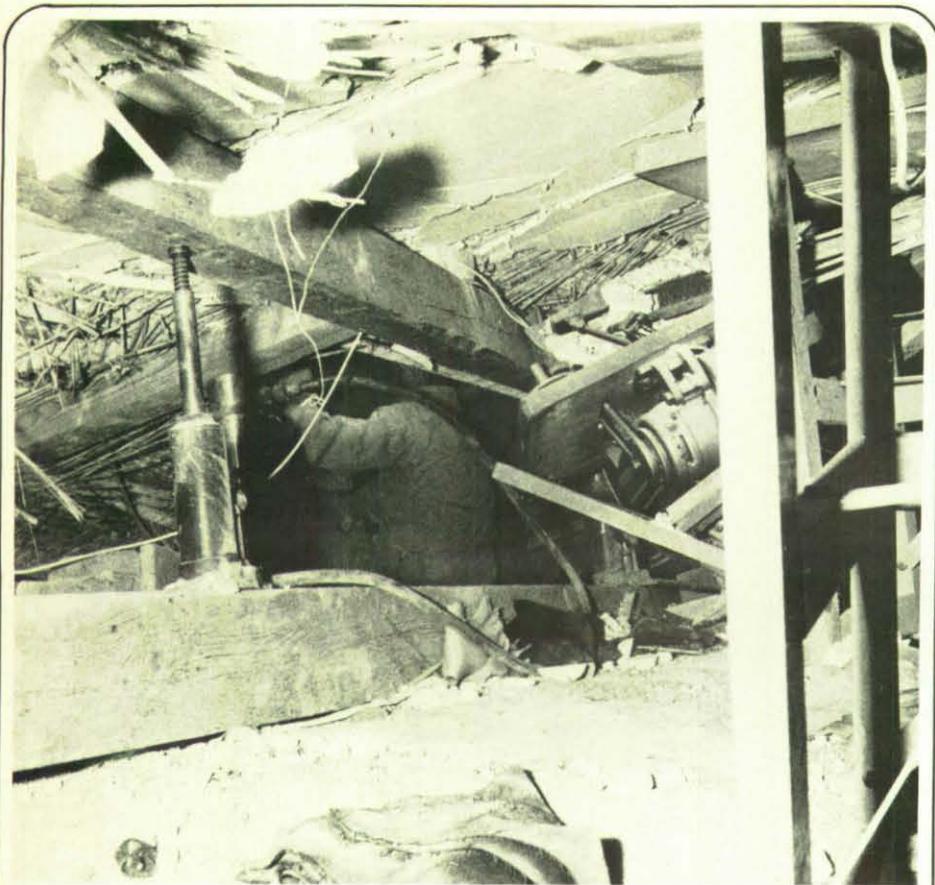
Der Ortsverband Ochsenfurt war schon um 13.45 Uhr alarmiert worden und befand sich seit 14.10 Uhr mit 15 Helfern im Einsatz. Mit zwei MKW und einem GWK waren sie nach Röttingen gefahren.

Ein in sich abgeschlossener Gebäudekomplex, beherbergte die Burg Brattenstein im Hauptgebäude eine Kleiderfabrik. Die Näherinnen, die am Freitag um 12 Uhr Feierabend haben, arbeiteten vor – für Weihnachten – und machten darum Überstunden. Der Werkmeister des Fabrikationsbetriebes konnte angeben, daß sich etwa 17 Frauen zur Zeit des Unglücks im zweiten Stock befunden haben mußten. Die Röttinger Freiwillige Feuerwehr hatte als erste neun Frauen aus den Trümmern herausgeholt, die dann von der Sanitätskolonne Röttingen des BRK versorgt wurden.

Die inzwischen eingetroffenen THW-Helfer aus Ochsenfurt und amerikanische Soldaten vom Flugplatz Giebelstadt, die einen 5-to-Autokran mitgebracht hatten, konnten zwei weitere Verschüttete bergen. Es war anzunehmen, daß noch sechs Frauen – vielleicht sogar mehr – unter dem Trümmerschutt lagen.

Konrad Mundinar, Ausbildungsleiter und B-Zugführer des THW-Ortsverbandes Ochsenfurt, erhielt vom Ochsenfurter Landrat Remling den Auftrag, die Einsatzleitung für die gesamten weiteren Bergungsmaßnahmen zu übernehmen. Mundinar, von Beruf Maurermeister und Bauführer, hat schon öfter Menschen aus Gebäudetrümmern herausgeholt.

Seine erste Maßnahme war, den Autokran der US-Army an die stehengebliebene Innenmauer des Gebäudetraktes zu stellen, denn diese mußte halten, bis die letzte Verschüttete geborgen und bis der letzte Bergungshelfer heraus war. Captain Bell verstand sofort – es waren ausgebildete „wrecker“-Berger, mit denen er gekommen war. Und jetzt: „Ruhe für die Bergung“. Die



Um zu einer Verletzten vordringen zu können, setzen die THW-Helfer Hydropressen an.

Erfolg ihrer Bergung in Frage gestellt. Es war 19.30 Uhr, als sie, unter erheblicher Schockeinwirkung stehend, dick verpackt, über eine Feuerwehrleiter in den Sankra des MHD gebracht und ins Krankenhaus transportiert werden konnte. Inzwischen waren vier Halogen-Scheinwerfer des OV Würzburg vom OV Gemünden nach Röttingen gebracht und mit den Beleuchtungsgeräten der GWK aufgestellt worden. Handscheinwerfer und Taschenlampen wurden verteilt, Flourex-Lampen angebracht und zwei Notstromaggregate des THW in Betrieb genommen. Als Ablösung für die „Ständige Wache“ war der 6. Löschzug für Bergungsdienst der Würzburger Feuerwehr eingetroffen. Um 20 Uhr fand eine Lagebesprechung unter Vorsitz des Landrates statt, bei der in Absprache mit Einsatzleiter Mundinar das Verbleiben des THW-OV Würzburg vereinbart wurde. Das THW sollte erneut in die Trümmer eindringen, um die noch nicht gefundenen, mit Sicherheit jedoch toten Frauen zu bergen. Meldedienst und Beleuchtungsdienst wurden unverändert fortgesetzt. Für die ganze Nacht übernahm der THW-Geschäftsführer von Würzburg die Einsatz-

meisten der 1700 Einwohner waren schon an der Unfallstelle. Und es kamen immer noch mehr. Das bedeutete Unruhe und Behinderung. „Warum gehen die Leute nicht in die Trümmer, warum jetzt diese Pause mit Hören und Zeichengeben?“ Selbst den Landpolizisten war es unverständlich. — „Es sind doch noch welche drinnen!“ Zwei Geräusche wurden geortet, oder waren es drei? Inzwischen waren die Hydropressen, das Brennschneidgerät, Winde, Öldruckheber und alles andere zum Einsatz bereit. In den „Blätterteig“ konnten nur zwei, höchstens drei Mann einsteigen. Marianne Singer — etwa 19 Jahre alt — lag mit dem Kopf nach unten, die Beine seltsam verdreht. Mit erstaunlichem Vertrauen und mit Ruhe gab sie Auskunft, und das, obwohl sie trotz der Abdeckung mit Asbestplatten beim Herausschneiden aus den Trümmern ein „Glühwürmchen“ am Ohr erwischte hatte. Fast zwei Stunden dauerte ihre Bergung. Schlimmer war Hannelore Keck dran. Viereinhalb Stunden härtester Arbeit waren nötig, um sie zu befreien. Während dieser Zeit mußte alle andere Arbeit ruhen, denn jede Erschütterung der Trümmer hätte den

Beim

BUNDESAMT FÜR ZIVILEN BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

in Bonn - Bad Godesberg

ist im Chemie-Referat der Abteilung „Zivilschutz“ die Stelle eines Hilfsreferenten mit einem

CHEMIKER

zu besetzen.

Aufgabengebiet: Auswertung von Erkenntnissen über Schutzmaßnahmen gegen C-Waffen. Das Arbeitsgebiet umfaßt die verantwortliche Bearbeitung von Problemen der allgemeinen, analytischen und physikalischen Chemie.

Anforderungen: Hochschulstudium, das mit dem Diplom als Chemiker oder mit der Promotion abgeschlossen wurde.

Erfahrungen auf wissenschaftlichem Gebiet.

Verständnis für die Probleme des Bevölkerungsschutzes.

Bewerber mit Kenntnissen auf dem Gebiet des Zivilschutzes werden bevorzugt eingestellt.

Die Bezahlung erfolgt nach den Vergütungsmerkmalen des BAT.

Übernahme in das Beamtenverhältnis ist möglich.

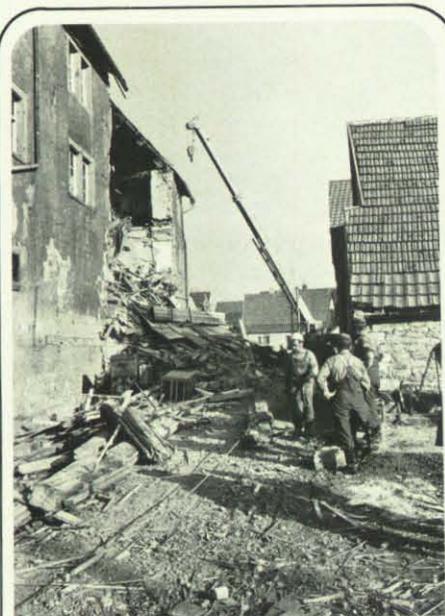
Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften und kurzer Übersicht über den beruflichen Werdegang werden unter Angabe der **Kennziffer 160** erbeten an das

BUNDESAMT FÜR ZIVILEN BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

53 Bonn - Bad Godesberg, Postfach 850



Solange die Schneidbrenner in Tätigkeit sind, muß ständig gelöscht und gekühlt werden — hier die Eimerkette.



Das abgeheivte Gebälk wird vom GKW mit Seilwinde weggezogen.



**Ein Hilferuf:
„Arzt, hierher — Infusion anlegen!“**

leitung. Während der Fernmeldezug Würzburg, der Notarztwagen mit Sankra des BRK und des MHD abrücken konnten, blieben die BRK-Sanitätskolonnen von Röttingen zur Sicherheit für die Bergungshelfer am Platz. Um zwei Uhr nachts wurde die THW Würzburg von dem Feuerwehr-Bergungszug Würzburg abgelöst. Am folgenden Morgen um

8 Uhr übernahm wieder THW-Ausbildungsleiter Mundinar die Einsatzleitung. Inzwischen war ein firmeneigener weiterer 20-to-Auto-Kran mit Teleskoparm in Stellung gegangen, mit dessen Hilfe das Gebälk wesentlich leichter und sicherer zu bewegen war und Breschen gedrückt und Maschinen heruntergeholt werden konnten. Kranführer

Alois Mark, für den keine Ablösungsmöglichkeit bestand, war über 24 Stunden mit dem schweren Gerät im Einsatz.

Bis 4 Uhr morgens waren die Leichen von drei verschütteten Frauen geborgen. Aber noch wurde ein junges Mädchen vermißt. Zum vierten Mal arbeiteten sich die THW-Männer vom Keller der Burg aus in die Trümmer vor. Den ganzen Samstag nahmen die mühsamen Arbeiten in Anspruch, bis endlich — es war 18.05 Uhr — von Mundinar die Meldung kam: „Vermißte tot aufgefunden“. Sie lag an der tiefsten Stelle des Trümmertrichters. Der OV Kitzingen, der sich vorsorglich zur Ablösung der 22 Ochsenfurter THW-Helfer in Bereitschaft hielt, brauchte nicht mehr eingesetzt zu werden.

In einem Schreiben, das Landrat Remling an THW-Geschäftsführer Suhle richtete, heißt es u. a.: „Das Technische Hilfswerk hat bei dem großen Unglücksfall am 5. November 1971 in Röttingen mitgeholfen, die Verletzten und die Toten zu bergen. Dank der guten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Hilfsorganisationen und Einsatzgruppen war es möglich, Schlimmeres zu verhindern und Hilfe zu bringen. Ich bin mir bewußt, daß bei diesem Einsatz manche ihr eigenes Leben riskiert haben, um anderen zu helfen. Ich möchte deshalb Ihren Männern aufrichtig Dank sagen und ihnen meine volle Anerkennung aussprechen. Wir wissen alle, daß die Bevölkerung gerade bei solchen schwierigen und risikoreichen Einsätzen wenig Verständnis dafür aufbringt, daß behutsam und vorsichtig gearbeitet werden muß, um nicht das Leben der Verschütteten und der Helfer zu gefährden. Die Bevölkerung hat während des Einsatzes manche Kritik geübt. Daß dennoch alle die Nerven behalten und unbeirrt ihre Aufgaben wahrgenommen haben, verdient besonders hervorgehoben zu werden. Schließlich gab uns der Erfolg recht: Die noch lebend Verschütteten konnten geborgen werden. Die Totgeborgenen waren nach den ärztlichen Untersuchungen bereits beim Einsturz der Burg verschieden, so daß also auch hier unsere Hilfe nicht zu spät kam. Rückblickend kann man sagen, daß gute Arbeit geleistet und alles Menschenmögliche getan wurde. Nochmals herzlichen Dank für Ihre Mithilfe! Ich grüße alle Ihre Männer, die in Röttingen im Einsatz waren, herzlich!“

Christian Kaupert

Jetzt sprechen sie die gleiche Sprache

Meterwellenfunk-Richtlinie BOS garantiert reibungslose Zusammenarbeit

„Im Äther bald kein Wellensalat mehr“ vermeldete eine deutsche Tageszeitung Anfang Oktober und begründete das mit einer vermeintlichen Neufassung der

sogenannten „Meterwellenfunk-Richtlinie BOS“. In dem Beitrag war weder die Rede davon, daß diese Richtlinie bereits ab 1. Januar 1971 bindend für Be-

hörden und Organe mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ist, die feste und bewegliche Landfunkstellen im nichtöffentlichen Sprechfunkverkehr unterhalten;

dem Leser konnte auch nicht klar werden, daß es sich keinesfalls um eine Neufassung, sondern vielmehr um eine „Neuschöpfung“ handelt, die zwischen den Bundesministern des Innern und des Post- und Fernmeldewesens unterzeichnet wurde.

Die Meldung unter dem Schlagwort „Wellensalat“ jedoch war uns Anlaß, die neue Richtlinie einmal unter die Lupe zu nehmen und den Hintergründen nachzuspüren. Dies mag umso interessanter sein, als auch die zuständigen Sachbearbeiter im Bundesministerium des Innern — die für Frequenzuteilungen und Funkverkehrsregelungen der BOS verantwortlich zeichnen — von einer publizistischen Behandlung überrascht wurden.

Enormer Zuwachs im Meterwellen-Bereich

Die Bestrebungen, eine Richtlinie zu schaffen, werden erst recht verständlich, wenn man die enorme „Zuwachsrate“ der letzten Jahre im nichtöffentlichen beweglichen Sprechfunkverkehr betrachtet — des Sprechfunkverkehrs nämlich, der ein reibungsloses Zusammenarbeiten der BOS im Katastrophenfall ermöglichen soll, der aber auch eine Verständigung einzelner Organisationen untereinander bei Einsätzen aller Art garantiert. Zu diesen Organisationen zählen die Polizeien der Länder, Polizeibehörden, die unmittelbar dem Bundesminister des Innern unterstehen (Bundesgrenzschutz), Bundeszollverwaltung, Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, und Hilfsorganisationen wie Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches und Bayrisches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfallhilfe und der Malteser-Hilfsdienst.

Zwar arbeiteten alle auf bereits zugeteilten Frequenzen und die Inbetriebnahme von Funkanlagen basierte



Behörden und Organe mit Sicherheitsaufgaben, dazu gehört auch der Katastrophenschutz, sind in einem Katastrophenfall auf eine reibungslose Zusammenarbeit im Sprechfunkverkehr angewiesen.

auf dem noch heute gültigen „Gesetz über Fernmeldeanlagen“ vom 14. Januar 1928; aber gleichzeitig herrschte ein Durcheinander der verschiedensten Begriffsbestimmungen einzelner Behörden und Organisationen auf dem Sprechfunksektor. Hinzu kam der wachsende Bedarf an Funkanlagen und damit der zur Verfügung zu stellenden Frequenzen. Als weitere, immer unangenehmer werdende Begleiterscheinung erwies sich der Verwaltungsapparat, der bei jeder Bedarfsanmeldung von Frequenzen oder nach Antrag auf Inbetriebnahme einer Anlage in Bewegung versetzt wurde. Die Bearbeitung wurde schließlich noch dadurch erschwert, daß ein neues Kanalraster eingeführt wurde, das alle bisher gebräuchlichen Bandbreiten verringert.

Vereinfachungen angestrebt

Bereits während ihrer 29. Arbeitstagung vom 19. bis 21. Januar 1965 machte sich die Technische Kommission der Länderinnenminister Gedanken über diese Zwangslage und regte die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft an, die eine technische und anmelderechtliche Vereinfachung des Sprechfunkverkehrs der BOS erarbeiten und geeignete Vorschläge unterbreiten sollte. Daraufhin befaßte sich ein „Arbeitsausschuß Meterwellenfunk“ mit der Thematik und legte ihr endgültiges Konzept im Juli 1970 dem Arbeitskreis II (AK II) „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Länder vor. Der AK II billigte nach eingehender Prüfung die neu erarbeitete Richtlinie und empfahl deren Genehmigung den Bundesministern des Innern und des Post- und Fernmeldewesens. Beide Ministerien kamen überein, die „Meterwellenfunk-Richtlinie BOS“ zum 1. 1. 1971 in Kraft treten

zu lassen. Sie wurde vom Bundesinnenminister mit Erlaß veröffentlicht; der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen veröffentlichte sie in seinem Amtsblatt 156 vom 5. 11. 1970. Gleichzeitig wurde den Länderinnenministern empfohlen, diese Richtlinie mit Wirkung vom 1. 1. 1971 in Kraft zu setzen.

Diese „Richtlinie für den nichtöffentlichen beweglichen Landfunkdienst der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“ sichert den BOS ausreichende Funkverbindungen im Rahmen ihrer Aufgabenstellung und soll gegenseitige Störungen des Funkverkehrs von vornherein ausschließen. Sie regelt ferner Anmeldung, Antrag auf Genehmigung, Errichtung, Betrieb und Zusammenarbeit von Sprechfunkanlagen der BOS, sofern sie, so die Richtlinie, . . . „im Rahmen und auf Frequenzen im VHF-Bereich (Meterwellen) des nichtöffentlichen beweglichen Landfunkdienstes betrieben werden“.

Zweifellos ist die Verwaltungsvereinfachung, die die Richtlinie anbietet, am bemerkenswertesten, die sich schon in den neuen Antragsformularen der Deutschen Bundespost widerspiegelt. Ein Sachbearbeiter im Bundesinnenministerium: „Endlich sprechen alle beteiligten Organe eine Sprache. Bislang war alles unklar; jeder Antragsteller, von der Polizei bis zum Malteser-Hilfsdienst, bediente sich eigener Vokabeln.“ Und so konnte es denn nicht ausbleiben, daß sich viele Stellen mit Neuanträgen befaßten, ehe diese beim zuständigen Bundesinnenministerium anlangten und bis zur Genehmigung wertvolle Zeit verstrichen war.

Heute beispielsweise genügt nun eine einfache Anmeldung, wenn bereits vorhandene Funkverkehrskreise erweitert werden sollen, für die schon eine all-

Sie tragen die Verantwortung...

für jedes elektrische Gerät, das von Ihnen oder in Ihrem Auftrag instandgesetzt wird!



222 × 265 × 122 mm

EHG-Prüfer 0701

Prüfergerät für alle elektrischen Geräte zum Überprüfen der Schutzmaßnahmen nach VDE 0701

Gemäß diesen Bestimmungen müssen an Instandgesetzten Geräten folgende Prüfungen durchgeführt werden:

Verbraucher-Schutzleiterprüfung
Isolationswiderstandsmessung
Ableitstrommessung
(Überprüfung des Netzanschlusses)

Der EHG-Prüfer 0701 bietet noch weitere Prüf- und Meßmöglichkeiten: Spannungsmessung · Summer-Durchgangsprüfung · Widerstandsmessung · Bestimmung spannungsführender Leiter

Der EHG-Prüfer 0701 ist abgesichert. Er eignet sich für ein- und dreiphasige Verbraucher mit Steckverbindungen oder mit festem Anschluß. Das notwendige Zubehör ist im Seitenfach untergebracht. Der EHG-Prüfer 0701 wird mit Ledertragriemen geliefert.


GOSSEN

Fordern Sie ausführliche Unterlagen an
GOSSEN GMBH · 8520 Erlangen
Tel. (091 31) 827-1 · Telex 629 845

gemeine „Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von Funkanlagen der Bundesgrenzschutz- und Polizeibehörden im Bundesgebiet“ (Fassung vom 20. 10. 1952) vorliegt. Nach der neuen Richtlinie wird in diesem Fall das BMI nach postalischer Erledigung lediglich in Kenntnis gesetzt. Es registriert die Erweiterung der Anlage nur noch in seiner Sammelliste. Die zeitraubende Bearbeitung als Neuantrag entfällt.

Vorschriften und Richtlinien angestrebt

Als weiteren Fortschritt verzeichnet die Richtlinie, daß die Gebührenfrage erstmals bindend für alle BOS geregelt und erläutert wird. Ferner zitiert sie alle in Frage kommenden fernmelderechtlichen Bestimmungen: Angefangen vom „Gesetz über Fernmeldeanlagen“ (FAG) vom 14. Januar 1928, über die Sonderregelung des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen für Fernsprechanlagen der Feuerwehren in Katastrophen- und Notzeiten, bis zur Verordnung über Privatfernmeldeanlagen in der jeweils gültigen Fassung. Auch die Zuständigkeiten sind neu geregelt worden. In den grundsätzlichen Fragen der Frequenz- und Rufnamenregelung einzelner Behörden und Organisationen vertritt der Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit den Bundesländern die Belange der BOS gegenüber dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Alle Angelegenheiten der betrieblichen Frequenzregelung für das Bundesgebiet werden vom BMI bearbeitet. Er leitet auch die Frequenzkoordinierung mit den Nachbarstaaten ein. Die betriebliche Frequenzregelung in und zwischen den Bundesländern hingegen wird für die BOS durch die Innenminister (Senatoren) der Länder wahrgenommen.



Die seit dem 1. 1. 1971 in Kraft befindliche „Richtlinie für den nichtöffentlichen beweglichen Landfunkdienst der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“ brachte Klarheit auf vielen Gebieten.



Auch dieser Funkbrückenwagen eines K.-Fernmeldezuges ist Nutznießer der Meterwellenfunk-Richtlinie BOS, deren Konzept sich bereits in der Praxis bewährt hat.

Konzept in der Praxis bewährt

Mit der „Meterwellenfunk-Richtlinie BOS“ ist somit allen Beteiligten ein brauchbares und den modernen Erfordernissen entsprechendes Konzept in die Hand gegeben worden. Es hat sich bereits in der Praxis bewährt, wie uns ein Sachbearbeiter bestätigen konn-

te. Aber, so meinte er weiter, es wäre zu verschiedenen technischen Punkten ein Kommentar durchaus wünschenswert. Das wird verständlich, wenn man beispielsweise in der Richtlinie unter Punkt 4.9 „Antennengewinn“ liest: „Ein Wert, der ausdrückt, um wieviel stärker eine bestimmte Antenne gegenüber einer rundstrahlenden

Bezugantenne in der Hauptstrahlrichtung wirkt“, oder unter Punkt 4.10. „Azimut“: „Der Winkel zwischen rechtweisend Nord und der betrachteten Richtung in der Horizontalebene“!

Alle Fragen hervorragend geklärt

Aber, dies muß natürlich eingeräumt werden, das ist und muß Expertensache bleiben. Für den Experten der BOS letztlich war es selbst notwendig geworden, zu wissen, wo so etwas steht, für wen es gilt, und in welchen Bereichen die Richtlinie Anwendung findet. Diese Punkte sind hervorragend und trotz aller Fachsimpelei verständlich geklärt worden. Und damit gewährleistet die Richtlinie das, was besonders im Katastrophenfall von vorrangigster Bedeutung ist: Sich des Kommunikationsorgans Sprechfunk einheitlich bedienen zu können und damit eine reibungslose Zusammenarbeit der BOS untereinander zu gewährleisten.

Christian Kaupert

Kernreaktoren und Sicherheit

Strenge Vorschriften zum Umwelt- und Strahlenschutz

Sobald Baupläne für neue Kernreaktoren bekannt werden, formiert sich erfahrungsgemäß eine Welle des Protestes aus Städten und Gemeinden, die als Standorte in Frage kommen. Zumeist werden dann Bedenken hinsichtlich einer möglichen Umweltgefährdung ausgesprochen, wie etwa durch übermäßige Flußwassererhitzung oder radioaktive Verseuchung von Land und Atmosphäre.

Zwar bestreiten auch Wissenschaftler nicht die potentielle Umweltgefahr in der Nachbarschaft von Anlagen, in denen Uran oder anderes spaltbares Material zur Energiegewinnung herangezogen wird. Aus dieser Kenntnis heraus aber sind wie in keinem anderen Fachbereich moderner Technologie Sicherheitssysteme entwickelt worden, die eine Gefahr — beispielsweise bei Kernreaktoren ein Überkritischwerden — so gut wie ausschließen.

Unrealistische Beurteilungen

Gegner solcher Anlagen führen andererseits gern immer wieder an, daß alle Sicherheitsvorkehrungen nicht ausreichen, wenn man den ungünstigen Fall annähme, daß ein Flugzeugabsturz auf ein Reaktorgebäude unmittelbar eine atomare Katastrophe auslösen könne. Bedenkt man aber, daß selbst das schwerste Teil eines Jets, das Triebwerk, die Betonabschirmung eines Reaktors nicht zu durchbrechen vermag, dann scheinen diese hypothetischen Gefahren fachlich nicht realistisch beurteilt zu werden.

Furcht vor radioaktivem Regen

Das jüngste Debakel um ein neues Kernkraftwerk entfachte sich um das 1300-Megawatt-Projekt des Landes Rheinland-Pfalz in Bad Breisig. Dieses Atomkraftwerk-Vorhaben, das bis 1976/77 realisiert sein soll, rief sogleich die Stadtväter der nur 13,5 km entfernten Bundeshauptstadt auf den Plan. Sie befürchten, Bonn und Umgebung könnten durch radioaktiven

Regen gefährdet werden, und haben beim nordrhein-westfälischen Arbeits-, Gesundheits- und Sozialminister Werner Figgen gegen die Pläne des nachbarlichen Rheinland-Pfalz protestiert. Das mit dem Problem des Umweltschutzes befaßte Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten reagierte dagegen weniger pessimistisch. Minister Diether Deneke rechnet noch nicht einmal mit einer Erwärmung des Flußwassers um nur ein Grad durch das in den Rhein geleitete Reaktor-Kühlwasser. Im Winter dagegen, so meinte er, könnte dies aber sogar noch von Vorteil sein, um ein Zufrieren des Flusses zu erschweren.

Bundesregierung verstärkt Überprüfungen

Mit den Bedenken der Öffentlichkeit, die sich gegen Kernkraftwerke richten, hat sich kürzlich auch der Bundestag befaßt. Dr. Klaus von Dohnanyi, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, wies in seiner Stellungnahme auf eine schriftliche Anfrage eines SPD-Bundestagsabgeordneten darauf hin, daß die Bundesregierung diese von verschiedenen Seiten vorgebrachten Bedenken nicht teile. Er betonte, die Bundesregierung sehe angesichts der Berücksichtigung strenger Sicherheitsvorschriften keine Gefährdung der Bevölkerung durch den Betrieb von Kernkraftwerken. Dr. von Dohnanyi versicherte, die Bundesregierung unternehme große Anstrengungen, diejenigen behördlichen Organisationen und auch die unabhängigen Gutachterorganisationen erheblich zu verstärken, die die Einhaltung aller Sicherheitsvorschriften zu prüfen hätten.

Kraftwerke nehmen zu

Mit der Zunahme von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik, zu denen man erst 1955 bescheidene Anfänge gemacht hatte, sind bereits zahlreiche Untersuchungen zum Thema Reaktor-

sicherheit und Strahlenschutz durchgeführt worden. So steht dem auch für Kernforschung und Kerntechnik seit 1962 zuständigen Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft neben anderen ein Fachbeirat „Reaktorsicherheitskommission“ zur Seite. Die Untersuchungen konzentrieren sich auf die Erfassung und Überprüfung der Zuverlässigkeit mechanischer, elektrischer und elektronischer Bauteile und die Entwicklung neuer Methoden und Geräte zur Prüfung und Überwachung sicherheitstechnisch wichtiger Einrichtungen.

Mit Zunahme der Verwendung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen sowie der weiter steigenden Zahl von Kernkraftwerken wachsen auch die Aufgaben des Strahlenschutzes. In der Laufzeit des Zweiten Deutschen Atomprogramms, das 1972 abgeschlossen ist, sind dabei Verfahren und Geräte der nuklearen Meßtechnik einschließlich der Neutronendosimetrie wesentlich weiterentwickelt worden.

Gezielte Überwachung gewährleistet

Besonders beachtet wurde die Erarbeitung von Verfahren zur gezielten Überwachung der radioaktiven Abwässer und Abluft von kerntechnischen Anlagen und der Umweltradioaktivität. Ferner sind zuverlässige Verfahren zur Beseitigung radioaktiver Abfälle entwickelt worden, die eine Strahlenbelastung der Menschen ausschließen sollen. Über diesen prophylaktischen Maßnahmen ist aber selbstverständlich nicht außer Acht gelassen worden, Auswirkungen eventueller Unfälle abzuschätzen und vorsorgliche Maßnahmen zum Katastrophenschutz zu treffen.

Kernenergie bald an der Spitze

Berechnungen haben ergeben, daß bereits in fünf Jahren die Kernenergie in der Bundesrepublik an der Stromversorgung mit 13 Prozent beteiligt sein wird. In zehn Jahren ist es voraussichtlich schon ein Drittel des benötigten Energiebedarfs an elektrischem Strom, nämlich rund 450 Milliarden Kilowattstunden. Allmählich wird die Kernenergie die führende Position in der Stromversorgung einnehmen.

Der mit dem technischen Fortschritt und dem Lebensstandard Jahr für Jahr um sechs bis acht Prozent steigende Strombedarf in der Bundesrepublik könnte ohne die Kernenergie künftig nicht mehr gedeckt werden.

Wolfgang Henrich

Nicht jeder müßte sterben

Einheitliches Rettungswesen angestrebt

Das Unfallrettungswesen in der Bundesrepublik soll vereinheitlicht werden. Der Bundestag verabschiedete am 2. Dezember einen entsprechenden Entschließungsantrag. Das Plenum folgte damit einem Votum des federführenden Verkehrsausschusses, der diesen Antrag bereits bei der Beratung des Kapitels „Verbesserung des Unfallrettungswesens“ im Verkehrsbericht 1970 der Bundesregierung einmütig beschlossen hatte.

Gemeinsamer Musterentwurf gefordert

In dem Entschließungsantrag wird die Bundesregierung aufgefordert, nachdrücklich auf den Erlaß von Ländergesetzen nach einem einheitlichen Musterentwurf zur Ordnung des Rettungswesens hinzuwirken. Dieser Musterentwurf soll unter anderem die Einrichtung von Notrufzentralen mit 24-Stunden-Besetzung, Rettungswachen, zentralem Krankenbett-nachweis sowie die Verpflichtung zum Bereithalten von genormten Rettungsfahrzeugen enthalten.

Schaffung von Notrufanschlüssen

Die Bundesregierung soll ferner eindringlich auf die Länder einwirken, daß sie — entsprechend ihrer Zuständigkeit nach dem Grundgesetz — die Schaffung von Notrufanschlüssen mit der einheitlichen Rufnummer 110 in allen Fernsprech-Ortsnetzen bei der Deutschen Bundespost

beantragen. Die gleiche Empfehlung gilt für die Einführung eines münzfreien Notrufs in öffentlichen Münzfernsprechern.

Notrufmelder auch an Landstraßen

Außerdem soll die Regierung darauf hinarbeiten, daß nicht nur Bundesautobahnen, sondern auch Bundes- und Landstraßen in dünnbesiedelten Gebieten in angemessenen Abständen mit Notrufmeldern (Draht oder Funk) ausgerüstet werden, und daß eine verbesserte Zusammenarbeit von Krankenhäusern und Rettungsdiensten ermöglicht wird.

Berufsbild für Rettungsanitäter

Darüber hinaus soll die Bundesregierung dafür sorgen, daß der Notfallmedizin im Rahmen der ärztlichen Aus- und Fortbildung künftig erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet und für Rettungsanitäter alsbald ein Berufsbild geschaffen wird. Nach dem Votum des Plenums soll die Regierung bis zum 1. Oktober 1972 über die aufgrund dieser Entschließung getroffenen Maßnahmen berichten.

2500 Menschen könnten gerettet werden

In seinem Bericht weist der Verkehrsausschuß darauf hin, daß er die auf dem Gebiet der Notfallrettung tätigen privaten Hilfsorganisationen, Verbände des Verkehrs, Vertreter der



Neben der Einrichtung von Notrufzentralen mit 24-Stunden-Besetzung und zentralem Krankenbett-nachweis fordert der Verkehrsausschuß der Bundesregierung die Errichtung von Unfallmeldern . . .



. . . und die Schaffung von münzfreien Notrufen in öffentlichen Münzfernsprechern.

Medizin sowie Beauftragte der Länder öffentlich gehört hat, um sich einen Eindruck über die anstehende Problematik zu verschaffen. Nach allgemeiner Ansicht könnten von den jährlich rund 20 000 Verkehrstoten etwa 2 500 Personen gerettet werden, wenn ein gut

funktionierendes Rettungssystem vorhanden wäre.

Sinnvolle Kooperation erwünscht

Wenn es bisher nicht gelungen sei, im gesamten Bundesgebiet einen ausreichenden Rettungsdienst



Zu einem gut funktionierenden Rettungssystem gehört nach Auffassung vieler Fachleute auch die Einführung von genormten Rettungskrankewagen und die Schaffung eines Berufsbildes für Rettungsanitäter.

zu organisieren — obwohl bei allen Beteiligten der gute Wille vorhanden ist und sich alle Fachleute über notwendige Maßnahmen einig sind — so sei das in erster Linie auf die Schwierigkeit zurückzuführen, eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Stellen zu einer sinnvollen

Kooperation zusammenzuführen.

Erste Hilfe als Pflichtfach

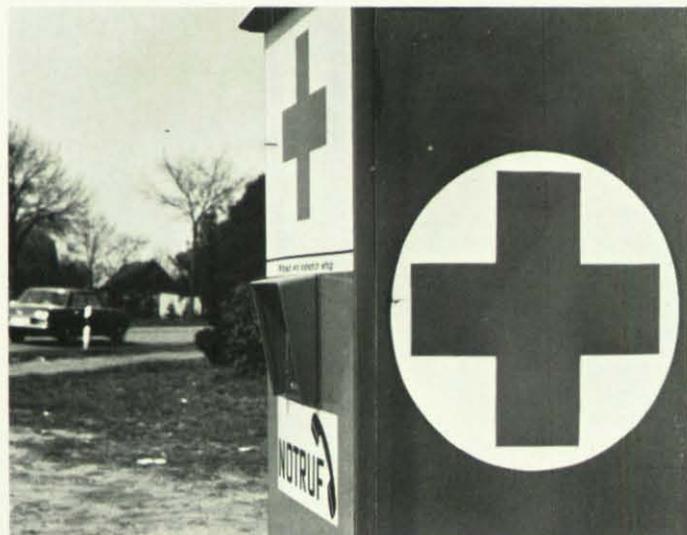
Bei der künftigen Organisation des Rettungsdienstes komme es unter anderem darauf an, daß die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe nachdrücklich

fortgeführt werde. Bei den Jugendlichen sollte damit begonnen und Erste Hilfe als Pflichtfach in allen Schulen eingeführt werden.

Rettungsdienst — eine öffentliche Aufgabe

Der Verkehrsausschuß vertritt die Auffassung, daß der Aufbau eines funktionsgerechten Rettungsdienstes als öffentliche Aufgabe angesehen und deshalb mit besonderer Aufmerksamkeit realisiert werden muß. Die für die Investitionen erforderlichen beträchtlichen Mittel müßten entsprechend der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern in die öffentlichen Haushalte schrittweise eingesetzt werden.

Über die zeitliche Reihenfolge einzelner Schritte und Finanzierungsmaßnahmen soll in Abstimmung mit den Bundesländern ein genauer Stufenplan erarbeitet werden.



Auch in dünnbesiedelten Gebieten sollten Bundes- und Landstraßen in angemessenen Abständen mit Notruf-Meldern ausgestattet werden.



Die Ausbildung über Maßnahmen der Ersten Hilfe sollte bei Jugendlichen beginnen und als Pflichtfach in allen Schulen eingeführt werden.

Lehrgangspan

der Katastrophenschutzschule des Bundes
für 1972/Teil I (Auszugsweise Wiedergabe)

Lfd. Nr.	Lehrgangsart	Zeit	
		von	bis
2	Sonderlehrgang Anlegen und Durchführen von Übungen f. Führer takt. Einheiten und v. Führungsgruppen	10. 1.	14. 1.
3	Grundlagen der Führung im KatS	11. 1.	21. 1.
4	Fortbildungslehrgang für Bereitschaftsführer der Bergungsbereitschaften	17. 1.	21. 1.
8	Sonderlehrgang Anlegen und Durchführen von Übungen f. Führer takt. Einheiten und v. Führungsgruppen	31. 1.	4. 2.
9	Grundlagen der Führung im KatS	1. 2.	11. 2.
11	Lehrgang für Mitglieder des Stabes des HVB im Fachdienst Bergung	7. 2.	11. 2.
12	Sonderlehrgang Anlegen und Durchführen von Übungen f. Führer takt. Einheiten und v. Führungsgruppen	21. 2.	26. 2.
14	Lehrgang für Sprengmeisteranwärter	28. 2.	10. 3.
15	Grundlagen der Führung im KatS	29. 2.	10. 3.
16	Sonderlehrgang ABC-Schutz f. Führer takt. Einheiten aller Dienste	29. 2.	10. 3.
17	Grundlagen der Führung im KatS	14. 3.	24. 3.
18	Sonderlehrgang ABC-Schutz f. Führer takt. Einheiten aller Dienste	14. 3.	24. 3.
19	Wiederholungslehrgang für Sprengmeister	20. 3.	24. 3.
20	Sonderlehrgang „Die Führungsgruppe im Einsatz“	20. 3.	24. 3.
22	Lehrgang für Führeranwärter der Bergungsbereitschaften	4. 4.	14. 4.
23	Lehrgang für Führeranwärter der Fernmeldezüge	4. 4.	14. 4.
26	Lehrgang für Sprengmeisteranwärter	17. 4.	28. 4.
27	Grundlagen der Führung im KatS	18. 4.	28. 4.
28	Sonderlehrgang I: Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz. Planspiel mittlere Großstadt	18. 4.	28. 4.
32	Sonderlehrgang „Die Führungsgruppe im Einsatz“	29. 5.	3. 6.
35	Sonderlehrgang Anlegen und Durchführen von Übungen f. Führer takt. Einheiten und v. Führungsgruppen	5. 6.	9. 6.
37	Grundlagen der Führung im KatS	6. 6.	16. 6.
40	Sonderlehrgang Anlegen und Durchführen von Übungen auf Standortebene	19. 6.	23. 6.
41	Grundlagen der Führung im KatS	20. 6.	30. 6.
45	Grundlagen der Führung im KatS	4. 7.	14. 7.
46	Sonderlehrgang II: Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz. Landkreis 100 000 Einwohner	4. 7.	14. 7.
49	Sonderlehrgang „Die Führungsgruppe im Einsatz“	28. 8.	1. 9.
50	Lehrgang für Führeranwärter der Fernmeldezüge	29. 8.	8. 9.
53	Lehrgang für Sprengmeisteranwärter	18. 9.	29. 9.
54	Grundlagen der Führung im KatS	19. 9.	29. 9.
55	Sonderlehrgang I: Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz. Planspiel mittlere Großstadt	19. 9.	29. 9.
56	Führen im KatS	18. 9.	22. 9.
58	Führen im KatS	25. 9.	29. 9.

20

61	Grundlagen der Führung im KatS	3. 10.	13. 10.
62	Sonderlehrgang I: Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz. Planspiel mittlere Großstadt	3. 10.	13. 10.
63	Sonderlehrgang Anlegen und Durchführen von Übungen auf Standortebene	9. 10.	13. 10.
65	Führen im KatS	16. 10.	20. 10.
67	Lehrgang für Führeranwärter der Bergungsbereitschaften	17. 10.	27. 10.
68	Sonderlehrgang „Die Führungsgruppe im Einsatz“	23. 10.	27. 10.
71	Fortbildungslehrgang Zugführer Fernmeldedienst	23. 10.	3. 11.
72	Lehrgang für Mitglieder des Stabes des HVB im Fachdienst Bergung	30. 10.	4. 11.
74	Führen im KatS	6. 11.	10. 11.
75	Grundlagen der Führung im KatS	7. 11.	17. 11.
76	Sonderlehrgang II: Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz. Planspiel Landkreis 100 000 Einwohner	7. 11.	17. 11.
77	Sonderlehrgang Anlegen und Durchführen von Übungen auf Standortebene	13. 11.	17. 11.
80	Lehrgang für Führeranwärter der Bergungsräumzüge	20. 11.	1. 12.
81	Führen im KatS	27. 11.	1. 12.
83	Sonderlehrgang „Die Führungsgruppe im Einsatz“	27. 11.	1. 12.
84	Führen im KatS	4. 12.	8. 12.
85	Grundlagen der Führung im KatS	5. 12.	15. 12.
87	Sonderlehrgang II: Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz. Planspiel Landkreis 100 000 Einwohner	5. 12.	15. 12.
88	Sonderlehrgang Anlegen und Durchführen von Übungen auf Standortebene	11. 12.	15. 12.

Anmerkung: Die Lehrgangszeitpläne für die Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahweiler Teil II sowie für die Außenstelle Hoya liegen in allen Ortsverbänden des THW zur Einsicht vor. Darüber hinaus ist eine Veröffentlichung in der nächsten Ausgabe des ZS-Magazins vorgesehen.

Veranstaltungen

an der BVS-Bundesschule auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit/1. Halbjahr 1972

BVS-Fachlehrgang REDNER	Nr. 18/72 vom 22. bis 25. Februar
	Nr. 33/72 vom 11. bis 14. April
BVS-Fortbildungslehrgang REDNER	Nr. 24/72 vom 7. bis 10. März
Arbeitsseminar REDNER	Nr. 50/72 vom 6. bis 9. Juni
Arbeitskreis RHETORIK	Nr. 48/72 vom 24. bis 26. Mai
Informationsseminare und -tagungen für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zum Thema ZIVILVERTEIDIGUNG	Nr. 13/72 vom 1. bis 4. Februar
	Nr. 14/72 vom 8. bis 11. Februar
	Nr. 21/72 vom 29. Februar bis 3. März
	Nr. 23/72 vom 7. bis 9. März
	(nur für Polizeibeamte aus Nordrhein-Westfalen)
	Nr. 29/72 vom 5. bis 7. April
	Nr. 35/72 vom 18. bis 21. April
	Nr. 39/72 vom 25. bis 28. April
	Nr. 41/72 vom 3. bis 5. Mai
	Nr. 44/72 vom 16. bis 19. Mai
	Nr. 46/72 vom 24. bis 26. Mai
	Nr. 52/72 vom 13. bis 16. Juni
	Nr. 56/72 vom 20. bis 23. Juni
	Nr. 58/72 vom 27. bis 30. Juni



Der Rhein bei Bonn vor der Säuberungsaktion: Auch hier hatten Umwelt-Rowdies ihre schmutzigen Visitenkarten hinterlassen.



Konnte das angelandete Holz nicht an Ort und Stelle verbrannt werden, so transportierte man es zu den vorbestimmten Mülldeponien.

Nur am sauberen Rhein ist's schön!

THW-Helfer haben seine Ufer „gefegt“

Der extrem niedrige Wasserstand des Rheins machte im vergangenen Herbst offensichtlich, wozu der vielbesungene Strom in der Wohlstandsgesellschaft mißbraucht wurde: Als heimlicher Abladeplatz für Müll aller Art!

Aktion „Sauberes Rheinufer“

Auf Anregung des Vorsitzenden der „Deutschen Kommission zur Reinhaltung des Rheins“, des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt, Dr. Best, hatten deshalb Ende Oktober die für den Umweltschutz zuständigen Ministerien der Rheinländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen — zu einem Großeinsatz „Sauberes Rheinufer“ aufgerufen. Mit ihm sollten die Ufer des größten deutschen Stromes einmal gründlich entrümpelt werden.

In Rheinland-Pfalz hatte das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz den Wasserwirtschaftsämtern die Einsatzleitung übertragen. Diese luden für die Regierungsbezirke Rheinhessen-Pfalz und Koblenz Vertreter der Bundeswehr, des Technischen Hilfswerkes und der Wasser- und Schiffsämter zu Vorbesprechungen in Mainz und Koblenz ein. Fast generalstabsmäßig wurde der Einsatzplan für die Rheinuferstrecke in Rheinland-Pfalz mit einer Gesamtlänge von 385 km

erarbeitet. Auf die Arbeitskolonnen des THW, der Bundeswehr und der Wasser- und Schiffsämter wurden dann die einzelnen Streckenabschnitte verteilt. Von Montag bis Freitag waren Bundeswehr, Wasser- und Schiffsämter und kommunale Arbeitskommandos eingesetzt; das THW am Samstag.

Rheinland-Pfalz: 541 Kubikmeter Unrat und Müll

Vom THW-Landesverband Rheinland-Pfalz wurden 15 am Rhein oder in Rheinnähe stationierte Ortsverbände alarmiert, die in den frühen Morgenstunden des 6. November mit rund 260 Helfern, 37 Fahrzeugen (unterstützt durch elf kommunale Lastkraftwagen) und zwei M-Booten an den ihnen zugeteilten jeweils 10 bis 18 km langen Uferstrecken eintrafen. Sie wurden von den Wasser- und Schiffsämtern und nach den THW-Einsatzplänen eingewiesen. Die THW-Helfer, die für diese nicht sehr hygienische Aufgabe vom Landesverband mit Gummihandschuhen ausgerüstet worden waren, gingen dann mit Schanzwerkzeugen und Pionierkarren an die Entrümpelungsarbeit. Plastikmaterial aller Art, Möbelstücke, Mopeds und Fahrräder, Autoteile, Reifen, ein alter Fischerkahn und sogar ein — allerdings leerer — Geldschrank wurden aus dem Uferschlamm geborgen und auf die Laster verladen. Mit Motorsägen mußten angeschwemmte Baumstämme und Holz zerkleinert und zum Teil an Sammelstellen verbrannt werden. Von den insgesamt 264 Arbeitskräften wurden in über 3 000 Einsatzstunden 541 Kubikmeter Unrat, Strandgut und Zivilisationsmüll gesammelt und zu den vorher bestimmten öffentlichen Müllkippen transportiert.

Trotz der mitunter nicht sehr schmeichelhaften, die Ein-

satzfreude der ehrenamtlichen Helfer nicht gerade fördernden Titulierungen, wie beispielsweise „Rhein-Müllmänner“, „Saubermänner“ oder „Bachbutzer“, waren die Helfer mit Eifer und Tatkraft bei der Erfüllung der für das THW neuen Aufgabe im Rahmen des Umweltschutzes tätig.

Zahlreiche Anerkennungen für THW-Einsatz

Die Aktion „Sauberes Rheinufer“ diente der Abwehr und Vorbeugung katastrophaler Auswirkungen der Rhein-Verschmutzung. Sie war damit eine echte Aufgabe für das THW als Katastrophenschutzorganisation, das am Erfolg maßgeblichen Anteil hatte. Presse, Rundfunk und Fernsehen würdigten den THW-Einsatz in zahlreichen Veröffentlichungen. Minister Meyer, der rheinland-pfälzische Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz sprach dem THW und seinen Helfern in einem persönlichen Schreiben an den THW-Landesbeauftragten, Dipl.-Ing. Sulitze, seinen Dank und die Anerkennung für die selbstlose Mithilfe bei der Aktion aus.

Baden-Württemberg: Innenminister kam mit Bier

Bei Kirschgartenhausen/Mannheim informierte sich der Innenminister des Landes Baden-Württemberg, Walter Krause, an Ort und Stelle über den Verlauf der „Rhein-Generalreinigung“. Hier waren THW-Helfer des Landesverbandes Baden-Württemberg zur Wochenendauberung eingesetzt. Um auch vom Wasser aus tätig werden zu können, stand die Schaluppe des Ortsverbandes Ladenburg bereit. In einer Pause stärkten sich die Helfer mit Bier, das Innenminister Krause eigens aus Stuttgart mitgebracht hatte.



Über den Fortgang der Entrümpelungsarbeiten informierte sich Dr. Best (links), hessischer Minister für Landschaft und Umwelt. Er zählte zu den Initiatoren der Aktion.



Auch Baden-Württembergs Innenminister Walter Krause verschaffte sich an Ort und Stelle einen Überblick über die Säuberungsarbeiten. Er kam nicht mit leeren Händen.



Kräftig mit zugепackt hat Diether Deneke, nordrhein-westfälischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Hessen: Guter Start mit hundert Männern

Aus Hessen wurde berichtet, daß vor allem bei Wiesbaden, Lorchhausen (Rheingau) und Gernersheim (Groß-Gerau) neben kommunalen Bediensteten und Bundeswehr-Angehörigen die Helfer des THW als gemeinsame „Schmutzwehr“ den angelandeten Unrat sammelten und zu den Mülldeponien abtransportierten. Am 3. November war schon gemeldet worden, daß an Hessens Küsten über einhundert Männer gearbeitet hatten. Das war ein guter Start.

Nordrhein-Westfalen: Verschandelte Uferflächen

In den nordrhein-westfälischen Anliegerkreisen und -städten hatte man ebenso müllverschandelte Uferflächen vor Augen, die den THW-Einsatz geradezu herausforderten. Und so wurde von den

Helfern zur Rettung einer lebenskräftigen Umwelt gesammelt, an Ort und Stelle verbrannt oder mit eigenen und kommunalen Fahrzeugen abgefahren, was infolge menschlichen Leichtsinns, Unverständigkeit und Unüberlegtheit angelandet war: Holz, Metall, Plastik und verschiedenste über Bord geworfene Materialien. Sogar Mobiliar fand sich, von dem einige Helfer meinten, es sei wohl Teilgut eines auf diese „feuchte“ Art versuchten billigen Umzugs per Rhein in Richtung Nordsee.

In Nordrhein-Westfalen waren zu Lasten der eigenen Betriebsmittel an fünf Tagen 496 Helfer mit 4 973 Einsatzstunden mit der Entrümpelung beschäftigt; 68 eigene Kraftfahrzeuge kamen dabei zum Einsatz.

Minister halfen bei der „Sauarbeit“

Witzige und kritische Bemerkungen der Helfer zu den Eindrücken dieser Arbeit hörte man immer



Menschen sind in Gefahr. DSB-Schlauchboote helfen retten.

Flutkatastrophe im Vorort einer Großstadt. Die Einwohner sind von der Außenwelt abgeschnitten. Es fehlt am Lebensnotwendigsten. Menschen befinden sich in Gefahr. Rettungsmannschaften sind pausenlos im Einsatz. Jetzt kommt es auf rasche und vor allem zuverlässige Hilfe an!

Sei es zu Land oder auf hoher See: DSB-Schlauchboote haben sich seit Jahrzehnten bewährt. Es gibt ruder-, paddel- und motorisierbare Modelle für jeden Zweck. Sie sind strapazierfest, kenterstabil, leicht dirigierbar und durch vollsynthetische Bootshäute nahezu wartungsfrei. Gemeinnützige Organisationen wie das DRK, die DLRG und weitere andere verwenden DSB-Schlauchboote.

Dank gebührt allen jenen mutigen Männern, die überall unter Einsatz ihres Lebens Bedrohte aus der Gefahrenzone bringen. Und DSB-Schlauchbooten, die dafür die Voraussetzungen schaffen. Wir senden Ihnen gern ausführliche Informationen.

DEUTSCHE SCHLAUCHBOOTFABRIK
HANS SCHEIBERT
3457 ESCHERSHAUSEN
POSTFACH 1169 - TEL. 05534/551

GUTSCHEIN

Bitte ausfüllen und absenden

Wir sind interessiert. Schicken Sie uns kostenlos und unverbindlich ausführliche Informationen über DSB-Schlauchboote.

Absender: _____

Anschrift: _____



Minister Deneke (vorn) lobte die hervorragende Einsatzbereitschaft aller beteiligten THW-Helfer und richtete ein Dankschreiben an den nordrhein-westfälischen THW-Landesbeauftragten.

wieder. Und es war richtig so; denn solch freiwillige „Sauarbeit“ läßt sich eben oft nur mit froher Laune ertragen. In Nordrhein-Westfalen wie anderswo beobachtete man, daß die Minister wie selbstverständlich tatkräftig mit zugeworfen haben. Zünftig gekleidet hat beispielsweise Minister Deneke — im Kampf um den „Sauberen Wald“ bereits abgehärtet — vorbildlich mitgeholfen. Bei Himmelgeist am Rhein hat er aufgeladen, was er zu fassen bekam.

Mit Minister Deneke hoffen alle Helfer, daß die Aktion als Vorbild zeigen sollte, daß dieser unhaltbare Miß-

stand an den Rheinufern bei den Wurzeln gepackt und die Verursacher zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Verantwortliche Männer werden es jetzt in die Hand nehmen, nach den vom Bundesinnenminister im Bundestag bereits vorgetragenen Konzeptionen alsbald mit dem „gesetzlichen Besen“ zu kehren, damit unsere Umwelt noch rechtzeitig vor dem Überhandnehmen von Schmutz und Unrat bewahrt werden kann.

Laut gewordene Rheinsorgen

Für den hervorragenden und von der THW-Leitung recht-

zeitig vorbereiteten Helfer-einsatz im Bereich Nordrhein-Westfalens hat Minister Deneke seinen Dank in einem Telegramm an den THW-Landesbeauftragten Günther Kautzky ausgesprochen. Er galt den Helfern im Bonner Raum, aus Köln, Leverkusen, dem Rhein-Wupper-Kreis, Nievenheim, Düsseldorf und den verschiedenen Plätzen vom Niederrhein bis einschließlich Emmerich. Dort hat man natürlich besonders großes Verständnis für die mitunter laut gewordenen Rhein-Sorgen der niederländischen Nachbarn. Auch ihnen soll nach Möglichkeit

kein deutscher Rhein-Schmutz zugemutet werden.

Drecksituation beseitigt

Die freiwillig und ehrenamtlich eingesetzten Helfer-schaften des THW während der Aktion „Sauberes Rheinufer“ sind nicht die Verursacher des Drecks gewesen, den sie der akuten Lage wegen zu beseitigen selbstverständlich geholfen haben. Die Männer haben in ihrer Freizeit einmal den deutschen Rhein „gefegt“. Zum Abschluß ihrer Hilfeleistung hatten die THW-Helfer noch gemeldet: „Es ist am sauberen Rhein sehr schön!“

Fester Platz im Katastrophenschutz

THW-Ortsverband Augsburg feierte 20jähriges Bestehen

Am 19. November 1971 konnte der THW-Ortsverband Augsburg auf sein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Die Stadt Augsburg hatte es sich aus diesem Anlaß nicht nehmen lassen, dem im Katastrophenschutz der schwäbischen Bezirkshauptstadt seit langem fest verankerten Ortsverband am Nachmittag dieses bedeutungsvollen Tages einen Empfang zu geben.

seiner Unterkunft in der Holzbachstraße einen Festakt ausgerichtet. Neben der THW-Helferschaft waren zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens erschienen. Der Bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Bruno Merk, kam in Begleitung von Ministerialrat Dr. Börr, seinem persönlichen Referenten, und Dr. Oehler, dem Katastrophenschutzreferenten.



Bürgermeister Dr. Ludwig Kötter (links) konnte zum Empfang der Stadt Augsburg zahlreiche Gäste begrüßen. Rechts der Ortsbeauftragte des THW Augsburg, Donat Müller

In einer Begrüßungsansprache im „Oberen Fletz“ — einem Saal des berühmten Rathauses — hieß Bürgermeister Dr. Ludwig Kötter die zahlreichen Gäste willkommen. Die Bayerische Staatsregierung war bei diesem Empfang durch Innenminister Dr. Merk vertreten. Dr. Kötter dankte der Helferschaft für ihr vorbildliches Wirken und betonte, die Stadt Augsburg habe sich zu diesem Empfang nicht etwa nur verpflichtet gefühlt; es sei ihr vielmehr ein ganz besonderes Anliegen gewesen, einer solchen Organisation Anerkennung zu bezeigen. Am Abend hatte der Ortsverband in

Moralische Unterstützung ist erwünscht

THW-Ortsbeauftragter Donat Müller hieß die Gäste herzlich willkommen. Zu ihnen zählten auch die Bundestagsabgeordneten Ott und Strohmayer, die Landtagsabgeordneten Stechele und Fendt, Regierungspräsident Sieder, Oberbürgermeister Pepper, Bezirkstagspräsident Fischer, Oberst Müller (Lager Lechfeld), Standortkommandant Oberstleutnant Brettschneider sowie Altoberbürgermeister Dr. Müller. Der Ortsbeauftragte dankte Stadt und Regierung für die großzügige Unter-

stützung, die der Ortsverband seit vielen Jahren genießt. An die Helferschaft gerichtet, sprach er seinen Dank für die unermüdliche Mitarbeit aus. Seine Anerkennung galt darüber hinaus auch den Förderern des THW in Augsburg.

Donat Müller, der einen Überblick über die Entwicklungsgeschichte seines Ortsverbandes gab, bezeichnete weniger die materiellen und finanziellen Voraussetzungen als wesentlich für die erfolgreiche THW-Arbeit; er gelangte vielmehr zu der Auffassung, daß die Hilfsorganisation auf die moralische Unterstützung durch staatliche und kommunale Behörden nicht verzichten könne.

Schwieriger Aufbau gemeistert

Dr. Bruno Merk als zuständiger Minister für den Katastrophenschutz bezeichnete das Jubiläum als willkommenen Anlaß, den Augsburger THW-Männern stellvertretend für alle THW-Helfer in Bayern für die Mitarbeit am Aufbau der Organisation und für die im Katastrophenschutz bisher geleistete Arbeit zu danken. Die Arbeit des Technischen Hilfswerkes zu würdigen, sei er stets darauf bedacht gewesen, maßgebliche Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zu THW-Veranstaltungen zu entsenden, um damit die Verbindung seines Hauses zum THW ständig aufrechtzuerhalten. Die Helferschaft habe es nicht mit organisatorischen Arbeiten, Ausbildung und Übungen bewenden lassen. Sie hätte darüber hinaus vielfach im Einsatz ihren Mann gestanden und damit ihre Opferbereitschaft unter Beweis gestellt. Dafür gelte dem THW der Dank der Staatsregierung, im besonderen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern. Dr. Merk hob hervor, daß sich zwischen dem THW, den bayrischen Behörden und den anderen Hilfsorganisationen eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit, frei von Rivalitäten, ergeben habe. Das Zusammenwirken auf Kreis- und Ortsebene verdiene besonderes Lob. Der Minister bezog in seine Dankesworte auch den Bund ein, der die Ausrüstung des THW ständig verbessert und damit den Katastrophenschutz des Landes wesentlich verstärkt habe. Der Freistaat Bayern honoriere dies gern durch die Bereitschaft, die Organisation im weiteren Ausbau zu unterstützen. Dazu biete der durch das neue Bayerische Katastrophenschutzgesetz geschaffene Fonds interessante Möglichkeiten.



Miteinander im Gespräch (v. r. n. l.): Staatsminister Dr. Bruno Merk, der Direktor des THW und Vizepräsident des BzB, Dipl.-Ing. Schmitt, der THW-Landesbeauftragte Dipl.-Ing. Schwarz, der THW-Ortsbeauftragte Müller, Oberbürgermeister Wolfgang Pepper und der Geschäftsführer des THW Augsburg, Nittmann.

Dies möge als Beweis des guten Willens des Landes gewertet werden. Minister Dr. Merk schloß mit der Bitte, wie bisher weiter zu arbeiten, und in Kameradschaft zusammenzustehen. Er wünschte dem Ortsverband wie dem Landesverband des THW alles Gute für die nächsten Jahrzehnte.

Dank für freiwillige Bürgerinitiative

Oberbürgermeister Wolfgang Pepper, Schirmherr der Veranstaltung, gratulierte im Namen der Stadt Augsburg und beglückwünschte den Ortsverband zu der stolzen Bilanz seiner Hilfeleistungen. In freiwilliger Bürgerinitiative stehe hier eine kleine Gemeinschaft von Helfern im Dienste der Bürger, deren Dank er aussprechen dürfe. So, wie die Feuerwehr, das Rote Kreuz, die Polizei und andere Organisationen ihre besonderen Aufgaben hätten, so trage das THW durch seine speziell technische Zielsetzung zum Schutz der Einwohnerschaft bei.

Oberbürgermeister Pepper dankte auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des örtlichen Roten Kreuzes und als Leiter der Städtischen Polizei für das gute Einvernehmen mit dem Ortsverband. Er wünsche dem THW, daß es immer wieder Mitarbeiter finden möge, vor allem bei der Jugend.

THW in der Planung berücksichtigt

Der Direktor des Technischen Hilfswerkes, Dipl.-Ing. Erhart Schmitt, zugleich Vizepräsident des Bundes-



Staatsminister Dr. Merk würdigt in seiner Festansprache die Arbeit des Technischen Hilfswerkes.

amtes für zivilen Bevölkerungsschutz, würdigte ebenfalls die Tätigkeit des Augsburger THW. Es könne auf eine beachtliche Zeitspanne zurückblicken, während der seine Helfer mit ihrem freiwilligen Engagement ein gutes Vorbild gegeben hätten. Vizepräsident Schmitt dankte auch dem Bayerischen Staatsminister des Innern dafür, daß man das THW auch in der künftigen Planung berücksichtigen wolle. Er schloß mit einem „Glück auf“ für die Zukunft.



Dipl.-Ing. Schwarz (rechts) im Gespräch mit Vizepräsident Schmitt (Mitte) und Stadtrechtsrat Dr. Martin.



Staatsminister Dr. Merk (Mitte) wurde vom THW-Ortsbeauftragten Müller (links) in den Saal geleitet. Rechts THW-Geschäftsführer Nittmann und Dr. Merks persönlicher Referent, Dr. Dörr.

Öffentliche Anerkennung erzielt

Als letzter Sprecher stellte der THW-Landesbeauftragte für Bayern, Dipl.-Ing. Johann Simon Schwarz, unter anderem fest, die vom THW und seiner Helferschaft in den zurückliegenden Jahren gezeigten Leistungen hätten der Organisation öffentliche Anerkennung gebracht. Das THW habe sich damit einen festen Platz im Katastrophenschutz des Landes geschaffen. Er verband mit dem Dank



Ein Blick in den Saal der THW-Unterkunft während des Festaktes. In der vorderen Reihe (von rechts nach links): MdB Anton Ott, Oberbürgermeister Pepper, THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz, Staatsminister Dr. Merk, BzB-Vizepräsident Schmitt, Ministerialrat Dr. Oehler, Ortsbeauftragter Müller, Regierungspräsident Sieder und seine Gattin.



Das „THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz“ erhielten der stellvertretende Ortsbeauftragte Klaus-Dieter Scholz (Mitte) und Zugführer Hans Otto, und ...



... mit dem „THW-Helferzeichen in Gold“ wurden Gruppenführer Klaus Böhme (Mitte), Gruppenführer Richard Littmann (zweiter von links) und Helfer Manfred Öttl (links) ausgezeichnet.

an die Helfer auch den Dank an das Bayrische Staatsministerium des Innern für die nachhaltige Unterstützung im Ausbau und tatkräftige Förderung in überregionalen Anliegen. Schwarz umriß in einem folgenden Überblick das vielseitige Wirken des THW in Bayern und seine neuen Aufgaben, wie Ölschadenbekämpfung, Katastrophenschutz auf Bundeswasserstraßen, Autobahnbereitschaftsdienst und Luftbeobachtung. Die Bilanz allein des Jahres 1971 weise 120 000 Einsatzstunden auf!

Keine Angst vor den nächsten Jahren

Ortsbeauftragter Müller dankte für die vielen guten Wünsche und meinte:

„Uns braucht gewiß nicht Angst zu sein vor den nächsten zwanzig Jahren!“ Der Festakt wurde umrahmt von Mozartscher Kammermusik, die das Barersachs-Quartett des Leopold-Mozart-Konservatoriums Augsburg vortrug.

Anschließend blieben die Gäste und die Helferschaft noch längere Zeit bei einem Imbiß und zwangloser Unterhaltung beisammen.

Bundesminister Ertl gratulierte

Bundesminister Josef Ertl, der dem Ortsverband Augsburg seit langem freundschaftlich verbunden ist und sich zu dieser Zeit dienstlich in den USA aufhielt, sandte zum Jubiläum ein Glückwunschtelegramm mit folgendem Wortlaut:

„Zum 20jährigen Bestehen übermittele ich meine Gratulation und meinen Dank für die in vorbildlicher Kameradschaft zum Wohle der Allgemeinheit geleistete Arbeit!“

Immer wieder prominente Besucher

Nicht nur das THW-Jubiläum in Augsburg hat gezeigt, daß die Öffentlichkeit und seine prominenten Vertreter mit großem Interesse die Arbeit des Technischen Hilfswerkes beobachten. So konnte der Landesverband Bayern mehrfach auch bei Ausstellungen und anderen Gelegenheiten Mitglieder der Bayrischen Staatsregierung begrüßen. Für die Organisation interessierten sich unter anderem die Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Anton Jaumann, und Arbeitsminister Dr. Fritz Pirkel.

Bei einer Leistungs- und Geräteschau in Ingolstadt im Sommer letzten Jahres gab auch der Bayrische Ministerpräsident, Dr. h. c. Alfons Goppel, dem THW die Ehre seines Besuches.

Ulrich Weidner

Bürgerinitiative für Zivilschutz in Berlin

Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin e.V. stellte sich vor

Bereits im Jahr 1966 fanden sich in der geteilten Stadt Berlin Bürger aus den verschiedensten Bereichen zusammen, um über die Notwendigkeit eines funktionierenden Zivil-

Katastrophen- und Selbstschutzes zu diskutieren. Schon damals kam der Gedanke auf, durch einen entsprechenden Zusammenschluß von Interessierten auf dem Gesamtgebiet

Zivilschutz auch in Berlin aktiv zu werden.

Gründung als Verein

Im Frühjahr 1970 wurde dann von diesem Kreis die „Gesellschaft für den

Zivilschutz in Berlin e. V.“ als eingetragener Verein gegründet, der als gemeinnützige Zwecke verfolgt:

1. das Verständnis für den Zivilschutz, insbesondere den Selbstschutz, zu fördern und die Bereitschaft zur Mitarbeit in den Einrichtungen der Gesellschaft zu wecken
2. Bürger zu sammeln, die zur Übernahme von Aufgaben im Zivilschutz bereit sind
3. alle interessierten Bürger beim Erwerb der theoretischen und praktischen Kenntnisse im Zivilschutz zu unterstützen.

Für diese drei Aufgaben will die Gesellschaft auf drei Sektoren tätig werden, und zwar in der Öffentlichkeitsarbeit, in der Ausbildung (Selbstschutz-Grundausbildung) und in allgemein beratender Tätigkeit. Die Mitarbeit ist ausschließlich freiwillig und ehrenamtlich. Die Gesellschaft, die über keinerlei eigene Organisation verfügt, hat zunächst tatkräftige Unterstützung vom Landesverband Berlin



Peter Erkelenz, Vorsitzender der Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin e. V. (rechts), und Geschäftsführer Dr. Werner Lennartz während der Pressekonferenz.



Als Vertreter des Berliner Innensenators überbrachte Lt. Senatsrat Grunst die Grüße seines Hauses.



Kurt Ek, Generalsekretär des Schwedischen Zivilschutzverbandes, sprach über Zivilverteidigung in seinem Land.

des Technischen Hilfswerkes erhalten. Die privatrechtliche Struktur zeigt, daß auch heute Bürgerinitiative nicht nur denkbar ist, sondern auch praktischen Ausdruck findet.

Öffentlich präsentiert

Mit einer ersten Vortragsveranstaltung stellte sich die Gesellschaft für den Zivilschutz am 6. Dezember der Berliner Presse und Öffentlichkeit vor. Vorsitzender Peter Erkelenz und Geschäftsführer Dr. Werner Lennartz erläuterten vor der Presse und zahlreichen Gästen des öffentlichen Lebens Aufgaben und Ziele der Gesellschaft und wiesen besonders darauf hin, daß die Gesellschaft im Rahmen des gut organisierten Katastrophenschutzes in Berlin partnerschaftlich mit den bereits bestehenden Verbänden zusammenarbeiten will. Die Gesellschaft trete nicht als Einsatzorganisation auf, sondern wolle durch die Arbeit von Beratern und Selbstschutzlehrern die Selbst- und Nachbarschaftshilfe als staatsbürgerliche Aufgabe den Mitbürgern nahebringen.

Wertvolle Initiative

Zu Beginn der Vortragsveranstaltung führte der Vorsitzende der Gesellschaft, Peter Erkelenz, in seiner Begrüßungsansprache an die Vertreter des Berliner Abgeordnetenhauses, des Senats, der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der Wirtschaftsorganisationen, der Berliner Bezirksämter und der Hilfsorganisationen unter anderem aus: „Die Bevölkerung Berlins — und sie unterscheidet sich hierin wohl kaum von der Bevölkerung anderer Städte in Westdeutschland oder einem beliebigen westlichen Industrieland — ist dem Gedanken der Selbsthilfe, des Selbstschutzes, des Selbst-Tätig-Werdens in Gefahrensituationen weit hin entwöhnt. Die perfek-

tionierte technische Umwelt erzieht förmlich dazu, Hilfsangebote von außen in Anspruch zu nehmen und auf diese Hilfe zu warten . . . Öffentlichkeitsarbeit für den Selbstschutz zu betreiben, ist gewiß kein leichtes Unterfangen, zumal der Selbstschutz bei uns der freien Initiative des Staatsbürgers überantwortet bleibt und eine gesetzliche Selbstschutzpflicht — wie etwa jenseits der Mauer — bei uns nicht vorgesehen ist. Wir wissen um den Wert der freien Initiative aus freier Verantwortung, an die wir appellieren. Im Selbstschutz wird letztlich die menschliche und staatsbürgerliche Mitverantwortung für den Nächsten gefordert.“

Erkelenz erläuterte auch das Selbstverständnis der Gesellschaft und ihrer Mitglieder im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Katastrophenschutz-Organisationen: „Die Gesellschaft empfindet sich mit ihren Selbstschutz-Lehrern und -Beratern als Betreuungsorganisation für den Selbstschutz. Sie hat weder den Ehrgeiz noch die Kompetenz, eine Einsatzorganisation zu sein oder je zu werden, und damit etwa in Konkurrenz zu den beruflichen Einsatzorganisationen im Katastrophenschutz zu treten.“

Grüße des Senats

Als Vertreter des Innenministers von Berlin überbrachte der Leitende Senatsrat Grunst, Leiter der Abteilung für Zivil- und Katastrophenschutz, die offiziellen Grüße. Grunst gab einen Überblick über die Organisation des Katastrophenschutzes in Berlin und betonte besonders die einmütige und gute Zusammenarbeit aller Organisationen in diesem Bereich. Der Abteilungsleiter gab freimütig zu verstehen, daß im Zivilschutz für die Millionenstadt noch vieles zu tun sei, beispielsweise

Persönliche Darlehen

kurzfristig — mittelfristig — langfristig

für alle Beamten, Berufs- und Zeitsoldaten, Angehörige des öffentlichen Dienstes und der freien Wirtschaft langfristig als Vorauszahlung — in bar — einer Lebensversicherung — kurz- und mittelfristig in Verbindung mit einer Lebensversicherung. Keine Bürgen oder dingliche Sicherheiten. Fordern Sie kostenlose unverbindliche Auskunft mit Angaben von Familienstand, Kindern unter 18 Jahren, Nettogehalt, Beruf, Geburtsdatum, Höhe des Darlehenswunsches.

Beamten-Anschaffungshilfe E. Andermann KG
5 Köln 60, Eschenbachstraße 54, Am Bilderstöckchen,
Telefon 73 65 29

steht der öffentliche und private Schutzraumbau erst an einem bescheidenen Anfang. In seiner Rede erklärte Grunst, daß man auf dem Gebiete des Selbstschutzes eine enge Zusammenarbeit bei gegenseitiger Abstimmung mit der Gesellschaft für den Zivilschutz auch von seinem Hause aus anstreben werde.

Zivilschutz in Schweden

Den Hauptvortrag des Abends hielt anschließend ein auch in der Bundesrepublik wohlbekannter Experte des Zivilschutzes, der Generalsekretär des Schwedischen Zivilschutzverbandes, Kurt Ek. Anhand von Lichtbildern verdeutlichte Ek die schwedische Sicherheitspolitik und die Rolle des Zivilschutzes im Rahmen der sogenannten „totalen Abwehr“. Ek führte unter anderem aus: „Der Zweck unserer Verteidigung ist in erster Linie, das Land aus einem Krieg herauszuhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchen wir, die Verteidigung so stark wie möglich zu machen, damit die Vorteile, die eine Besetzung von Schweden einem Feinde geben kann, in keinem Verhältnis zu den Aufopferungen und Anstrengungen stehen, die der Feind dafür erbringen muß . . .

Traditionsgemäß sprechen wir von vier Zweigen innerhalb der schwedischen Gesamtverteidigung: Militärverteidigung, Zivilverteidigung, Wirtschaftsverteidigung und psychologische Verteidigung. Voll ausgebaut soll die schwedische

Zivilverteidigung nahezu 300 000 Personen umfassen.“

Positive Haltung

Der Gast aus dem neutralen skandinavischen Land berichtete vor dem großen Kreis der Gäste vor allem über die umfangreichen Untersuchungen und Planungen auf dem Gebiet des Zivilschutzes, als deren Folge das umfangreiche und fast beispiellose Evakuierungsprogramm, die Dienstpflicht für Männer und Frauen und der weit fortgeschrittene Schutzraumbau anzusehen sind. Die lokale Zivilverteidigung ist bis zu 80 Prozent aufgebaut, die regionale Verteidigung sogar bis 90 Prozent und der Werkschutz zu mehr als 60 Prozent. Der Generalsekretär betonte zum Abschluß, daß die acht Millionen Schweden dem Zivilschutz positiv gegenüberstehen und die freiwillige Ausbildung in Selbstschutzmaßnahmen sehr erfolgreich ist. Den Abschluß dieser ersten öffentlichen Veranstaltung der Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin bildete eine lebhaft diskutierte Diskussion unter Leitung von Dr. Lennartz, dem Geschäftsführer der Gesellschaft. Hierbei wurde noch einmal deutlich, daß die Gründung dieser freien Bürgerinitiative von allen Seiten begrüßt wird. Die Gesellschaft will in diesem Jahr ihre umfangreiche Ausbildungs- und Aufklärungsarbeit aufnehmen und hofft auf ein politisches Echo auch in der Berliner Bürgerschaft.

Der Dank galt allen Helfern

Festliche Veranstaltung zum BVS-Jubiläum

Der Tag der Gründung des BVS vor 20 Jahren ist kein Anlaß zu lauter Jubelfeier; er sollte jedoch wichtig genug sein, um an einem „Abend des BVS-Helfers“ Rückschau zu halten und auf künftige Aufgaben hinzuweisen. Aus diesem Grunde hatte die Landesstelle Hamburg Helferinnen und Helfer sowie zahlreiche Personen des öffentlichen Lebens in den Musiksaal des Gewerkschaftshauses eingeladen. Landesstellenleiter Ludwig Müller konnte über 450 Helferinnen und Helfer und 60 Gäste als Vertreter des Senats, der Bürgerschaft, Behörde für Inneres, Polizei, Feuerwehr, Baubehörde, Bezirksamter, Ortsämter, Führungsakademie der Bundeswehr, Heeresoffiziersschule II, des Standortkommandos und der Panzergrenadier-Brigade 170 begrüßen. Sein Gruß galt ferner dem Leiter des Warnamtes I, Vertretern des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Deutschen Roten Kreuzes, des Malteser Hilfswerkes. Der Vorstand des BVS war vertreten durch seinen Präsidenten, Oberstadtdirektor Heinz Robert Kuhn,

und die Bundeshauptstelle durch Referent Häusler. Selbstverständlich waren Vertreter der Hamburger Presse, die schon vorab auf diese Veranstaltung hingewiesen hatten, anwesend.

Gruß und Dank

Aus den vielen eingegangenen Glückwunschschriften wurde der Brief des 1. Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg, Peter Schulz, bekanntgegeben, der u. a. mitgeteilt hatte: „Gern hätte ich die Gelegenheit genutzt, im Rahmen dieses besonderen Helferabends ein zwangloses Gespräch mit den freiwilligen Helfern Ihrer Landesstelle zu führen. Leider muß ich am gleichen Tage an einer Bundesratssitzung in Bonn teilnehmen . . . Es liegt mir jedoch sehr daran, den freiwilligen Helfern für ihre ehrenamtliche Tätigkeit beim Aufbau des Selbstschutzes in Hamburg, insbesondere aber auch für die Mitwirkung bei der Deichverteidigung, meinen besonderen Dank und meine Anerkennung auszusprechen.“

Die Grüße des Bundesministers der Verteidigung, Helmut Schmidt, wurden von den Anwesenden mit großem Beifall zur Kenntnis genommen. Allen Teilnehmern wurde eine Ausarbeitung „20 Jahre BVS“ überreicht. Die gesetzlichen Aufgaben des BVS, die Aufgaben im Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg, eine Aufstellung über die Tätigkeit der hauptamtlichen und der ehrenamtlichen Mitarbeiter im Bereich der Landesstelle Hamburg und Leistungsberichte der Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung für die Jahre 1970 und 1971 waren darin aufgeführt. In einem kurzen Rechenschaftsbericht des Landesstellenleiters wurden diese Hinweise über durchgeführte Einsätze u. a. in der Deichverteidigung, im Krankenhausdienst, in der Aktion „Gemeinsinn“ und durch Mitwirkung im Rahmen des Umweltschutzes ergänzt.

Die Aufgabe bleibt

Staatsrat Frank Dahrendorf überbrachte in seiner Ansprache in herz-



Eröffnung durch Landesstellenleiter Müller.



Staatsrat Dahrendorf während seiner Ansprache.



Eine Helferin begrüßt den BVS-Präsidenten.



Verdiente Helfer aus Harburg mit ihren Urkunden nach der Ehrung.



Die Mädels vom „Finkwarder Speeldeel“ erfreuten mit ihren fröhlichen Darbietungen.



Der Spielmannszug „Deichwacht Hamburg“ begeisterte durch seine Weisen die Teilnehmer.

lichen Worten die Grüße und Wünsche des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg und nahm die Gelegenheit wahr, den an den vielen Einsätzen beteiligten Helferinnen und Helfern für die bewiesene Einsatzbereitschaft den Dank des Senats und seinen persönlichen Dank auszusprechen. In seinen Ausführungen ging Staatsrat Dahrendorf auf aktuelle politische Tagesereignisse ein und betonte dabei, daß der Abschluß der von der Bundesregierung beabsichtigten Ostverträge an der Notwendigkeit eines zivilen Bevölkerungsschutzes nichts ändern würde. Im Gegenteil, die stetige Unruhe und Unsicherheit auf unserer Erde und die immer wiederkehrenden, durch den technischen Fortschritt häufiger werdenden Katastrophen verlangten geradezu seinen weiteren Ausbau.

Die freiwillige Mitwirkung im Katastrophenschutz beweise das verantwortungsvolle staatsbejahende Bewußtsein der Bürger und sei „gelebte Demokratie“. Die von den Helfern in Hamburg erbrachten Leistungen in der Öffentlichkeitsarbeit und in der Ausbildung verdienten ebenfalls volle Anerkennung. Herzlicher Beifall aller Anwesenden dankte dem Redner.

Ehrung verdienter Helfer

Anschließend nahm Landesstellenleiter L. Müller durch Überreichen von Urkunden die Ehrung von neun Helferinnen und 98 Helfern vor, die zehn Jahre und länger freiwillig und ehrenamtlich im BVS beim Aufbau des Selbstschutzes der Bevölkerung der Stadt Hamburg mitgearbeitet haben. Der Präsident des BVS, Oberstadtdirektor Heinz Robert Kuhn, erläuterte in einem Schlußwort die Aufgaben des BVS in den kommenden Jahren. Die Hamburger Helfer waren über die Anwesenheit ihres Präsidenten Kuhn sehr erfreut. Sie wissen es zu schätzen, daß er trotz der vielen anderen Verpflichtungen immer gern an den BVS-Veranstaltungen in Hamburg teilnimmt.

Im zweiten Teil des Abends verstand es das „Finkwarder Speeldeel“ unter der Leitung von Adolf Albershardt, mit Liedern, Tänzen und „Döntjes“ die Teilnehmer ausgezeichnet zu unterhalten. Auch die Darbietungen des Spielmannszuges „Deichwacht Hamburg“ fanden großen Anklang.

Annemarie Reimann

Salate, Salate

Bevorratung von
Lebensmitteln

Rezepte IV

Wenn sich kurzfristig Besuch zum Abendessen ansagt, zaubern Sie in kürzester Zeit die folgenden delikaten Salate auf den Tisch. Grundlage hierfür bilden die Lebensmittel Ihres Haushaltsvorrates, die nur durch wenige frische Zutaten ergänzt werden. Jeder einzelne Salat reicht für 3 bis 4 Personen, zusammen wird bald ein Dutzend Gäste davon satt.



**Etwas für Feinschmecker:
Thunfisch-Salat.**



**Reissalat: liebevoll
zubereitet und dekoriert.**



**Saftige Würstchenscheiben
für den Nudelsalat.**



Reissalat:

Zutaten: 125 gr. Langkornreis, 1 Dose Frühstücksfleisch (200 gr.), 4 Tomaten, 2 grüne Paprikaschoten, 1/2 kl. Glas eingelegte Sellerie, 1 kl. Dose Champignons in Scheiben (115 gr.), 1 Zwiebel, 1 Bund Petersilie.
Sauce: 1 Becher saure Sahne, 1 EL Senf (scharf), 2 EL Essig, 2 EL Oel, Salz, Zucker, weißer Pfeffer, Selleriesalz, Zwiebelpulver. Reis körnig kochen und abschrecken; Saucezutaten gut vermischen und mit Salz, Zucker und den Gewürzen pikant abschmecken. Über den noch warmen Reis geben, vermischen und kaltstellen. Frühstücksfleisch, entkernte Tomaten, entkernte und 1 Min. in Salzwasser blanchierte Paprika, Sellerie und Zwiebel in kl. Würfel schneiden und mit den abgetropften Pilzen und der klein gehackten Petersilie zum Reis geben und vorsichtig unterheben.

Salami-Salat:

Zutaten: 300 gr. Salami, 1 kl. Glas gefüllte Oliven, 1/2 kl. Glas Perlzwiebeln, 1 R. Kapern, 2 säuerliche Äpfel, 2 Zwiebeln, 3 lg. schmale Paprikaschoten, 1 Bund Schnittlauch.
Sauce: 2 EL Kräutersenf, 2 EL Essig, 5 EL Oel, schwarzer Pfeffer, Tabasco. Salami zunächst in Scheiben, dann in feine Streifen schneiden, geschälte Äpfel ebenfalls in Streifen schneiden, Oliven in Scheiben, Zwiebeln in hauchdünne Ringe schneiden; ebenso die entkernten Paprikaschoten. Perlzwiebeln halbieren.
Alle Zutaten mit der gut durchgeschlagenen und scharf abgeschmeckten Sauce vermischen und mit Schnittlauchröllchen bestreuen.

Nudelsalat:

Zutaten: 125 gr. Hörnchen, 1 Dose Würstchen (200 gr.), 1 kl. Dose Brechbohnen, 1/2 kl. Glas Paprikamark, 2 Gewürzgurken, 1 Zwiebel, Bohnenkraut.
Sauce: 2 EL Essig, 6 EL Oel, 1 EL Worcestersauce, 4 EL Tomatenketchup, 1 EL Paprikamark, 2 EL Weinbrand, Salz, Pfeffer, Knoblauchpulver, Tabasco. Hörnchen in Salzwasser nicht zu weich kochen, mit den abgetropften Bohnen, den in Scheiben geschnittenen Würstchen, Tomatenpaprika sowie den in Streifen geschnittenen Gurken und der in Scheiben geschnittenen Zwiebel in einer Schüssel mischen. Zutaten zur Sauce gut miteinander verschlagen, mit den Gewürzen kräftig abschmecken und über den Salat gießen. Durchmischen und ziehen lassen. Mit feingehacktem Bohnenkraut bestreuen.

Thunfisch-Salat:

Zutaten: 2 Dosen Thunfisch in Oel à 200 gr., 1 kl. Dose Erbsen, 1 kl. Dose Champignons in Scheiben (115 gr.), 1 kl. Glas Tomatenpaprika, 1 kl. Glas gefüllte grüne Oliven, 1 Zwiebel, 1 Bund Dill.
Sauce: 3 EL Mayonnaise, 3 EL Joghurt, 1 EL Essig, das abgetr. Oel der Thunfischdosen, Salz, Zucker, weißer Pfeffer.
Thunfischfleisch zerpfücken und mit den abgetropften Erbsen, Champignons und Tomatenpaprika, die in Scheiben geschnittenen Oliven sowie der gewürfelten Zwiebel in eine Schüssel geben, mit der Sauce übergießen und vorsichtig mischen. Mit Dill bestreuen.
Zur Sauce alle Zutaten mit dem Schneebesen verrühren und mit Salz, Zucker und weißem Pfeffer abschmecken.

Arbeitstagung der BVS-Fachgebietsleiter V

Am 27. und 28. Oktober vergangenen Jahres fand in der Gutsgaststätte Rappenhof in Weinsberg bei Heilbronn eine Arbeitstagung der Fachgebietsleiter Bau und Technik der BVS-Landesstellen statt. Die Tagung stand unter der Leitung des Referenten V der Bundeshauptstelle Dipl.-Ing. Fritz Neckermann. Der Leiter der gastgebenden Landesstelle Baden-Württemberg, Hans Görnemann, begrüßte die vollzählig erschienenen Fachgebietsleiter sowie den Vertreter der Bundesschule. In seiner Ansprache, bei der Görnemann auf die außerordentliche Bedeutung des Schutzraumbaus für die gesamte Arbeit des BVS hinwies, erläuterte er die intensiven Bemühungen der Landesstelle Baden-Württemberg auf diesem Gebiet.

Während der Tagung, die ausschließlich dem Thema Schutzraumbau galt, wurde zunächst der derzeitige Stand des Schutzraumbaus besprochen. Dabei zeigte sich, daß das Zuschußangebot der Regierung für die freiwillige Errichtung von Hausschutzräumen ein starkes Echo gefunden hat. Die Zahl der Beratungswünsche und der Anfragen steigt noch immer an, auch die Zahl der fertiggestellten Schutzräume ist im Zunehmen begriffen. Schwierigkeiten treten häufig dadurch auf, daß sich viele Bau-schaffende, besonders Architekten, mit dem Problem Schutzraumbau noch nicht beschäftigt haben und ihm deshalb skeptisch oder hilflos gegenüberstehen. Ebenso haben noch viele Baugenehmigungsbehörden Schwierigkeiten bei der Behandlung von Schutzbauvorhaben. Und schließlich – und das wiegt oft am schwersten – gibt es noch eine Reihe von Behörden, die zwar auf Grund der Zuständigkeitsregelungen der Landesregierungen für die Entgegennahme und Bearbeitung der Zuschußanträge zuständig sind, aber anscheinend nichts von ihren neuen Pflichten wissen.

Weitere Themen, die behandelt wurden, waren die Ausdehnung der Bauberatung durch den BVS auf Großschutzräume und Mehrzweckanlagen, die Abgrenzung der Tätigkeit der Bauberater sowie die



Dr. Nägele, 1. Bürgermeister der Stadt Heilbronn (links), und Dipl.-Ing. Neckermann, Leiter der Arbeitstagung.



Die Fachgebietsleiter V der BVS-Landesstellen trafen sich zu einer Arbeitstagung.

Gestaltung der Fachlehrgänge für Bauberater.

In diesem Zusammenhang wurde besonders über das Problem der Weiterbildung der Bauberater gesprochen, die die beiden vorgeschriebenen Fachlehrgänge Bauberater I und II bereits absolviert haben. Um sie auf dem jeweils neuesten Stand der Schutzbautechnik, der Gesetzgebung und der Zuschußmöglichkeiten halten zu können, sind hier zusätzliche Lehrgänge dringend notwendig. Es wurde allgemein bedauert, daß einige Landesstellen im Anbieten solcher Möglichkeiten sehr zurückhaltend sind. Das Vorhandensein einer ausreichenden Zahl gut ausgebildeter Bauberater ist jedoch wesentliche Voraussetzung dafür, daß der Schutzraumbau, eine der Kardinalfragen des Zivilschutzes und damit auch unserer Tätigkeit im Selbstschutz, vorangetrieben werden kann. Anschließend wurden noch die

„Bautechnischen Grundsätze für Hausschutzräume des Grundschutzes“ kritisch behandelt, weil diese offensichtlich – was sich an vielen bekannt gewordenen Beispielen gezeigt hat – nicht die nötige Eindeutigkeit besitzen und verschiedene Auslegungen zulassen. Auch ist der inhaltliche Aufbau so, daß manchem Schutzbauneuling ihre sichere Handhabung schwerfällt. Es wird zunächst eine Sammlung aller unklaren und verbesserungswürdigen Punkte aufgestellt, die vor einer evtl. Neufassung dieser Vorschrift dem herausgebenden Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen zur Verfügung gestellt werden soll.

Als Abschluß der Arbeitstagung wurden die Hausschutzräume besichtigt, die sich im Keller des Gebäudes der Kreissparkasse Heilbronn befinden. Dabei handelt es sich um acht Schutzräume des verstärkten Schutzes für jeweils 50 Personen, die in Gruppen zu je zwei Schutzräumen zusammengefaßt sind.

Im Anschluß an diese Besichtigung wurden die Tagungsteilnehmer in den Räumen der Kreissparkasse von dem 1. Bürgermeister der Stadt Heilbronn, Dr. Nägele, begrüßt, der in seiner Ansprache an die großen Menschenverluste erinnerte, die Heilbronn im letzten Krieg erleiden mußte. Er unterstrich die Bedeutung, die Selbstschutz und Schutzraumbau für den Schutz, insbesondere der Stadtbevölkerung, haben. Gleichzeitig bedauerte er, daß immer noch Teile der Bevölkerung aus einem Verdrängungskomplex heraus diesen Fragen gleichgültig gegenüberstehen, und daß die Finanznot der Städte und Gemeinden ein aktives Tätigwerden bei der Errichtung von Schutzbauten oft unmöglich mache. Tagungsleiter Dipl.-Ing. Neckermann wies in seinen Dankesworten für den freundlichen Empfang durch die Stadt Heilbronn nochmals nachdrücklich darauf hin, daß das Zuschußangebot der Regierung gute Möglichkeiten für eine Forcierung des Schutzraumbaus biete, wobei die Städte und Gemeinden über ihre Bauaufsichtsbehörden zumindest die Möglichkeit haben, werbend, aufklärend und beratend Einfluß zu nehmen.

Rettungshunde kamen mit Hubschrauber

An einem Sonntagmorgen im November, pünktlich um 9 Uhr, senkte sich die Bell UH 1D des Bundesgrenzschutzes herab und setzte sanft auf dem weitläufigen Gelände des Bundeswehr-Standortübungsplatzes Nordoe bei Itzehoe auf.

Den Bemühungen der BVS-Dienststelle Itzehoe war es nach Absprachen mit den zuständigen Stellen des BGS-Kommandos Küste in Bad Bramstedt gelungen, daß ihr ein Hubschrauber der Fliegerstaffel des Bundesgrenzschutzes für eine Einsatzübung mit Rettungshunden zur Verfügung gestellt wurde.

Unter der Leitung des für die Rettungshundeausbildung in der Dienststelle verantwortlichen Selbstschutzlehrers Haupthoff ging es sofort an die Arbeit. Neun Hundeführer mit ihren Hunden begannen mit einfachen Unterordnungsübungen. Zunächst wurde der stehende Hubschrauber umschritten. Dann folgte die gleiche Übung bei laufenden Flugzeugmotoren. Jetzt schloß sich die eigentliche Flugübung an. Es nahmen neben dem Ausbildungsleiter jeweils drei Hunde mit ihren Führern im Hubschrauber Platz. Der Motorlärm wurde stärker, und die Bell erhob sich mit ihrer ungewohnten Fracht in den klaren Novemberhimmel.

Aber es war kein normaler Rundflug vorgesehen. Sollten doch Hund und Führer an diese veränderte Situation gewöhnt und das Verhalten der Tiere genau beobachtet werden. Die Maschine nahm zunächst Kurs auf den Nord-Ostsee-Kanal und schwenkte dann auf den mittelholsteinischen Raum über, um in Steilflügen, starken Schräglagen und weiteren erschwerten Flugsituationen, die für Mensch und Tier eine echte Belastung darstellen, zu prüfen, inwieweit bei einem Transport mit Hubschrauber eine darauf folgende Rettungsarbeit im Ernstfall erfolgreich gelöst werden könnte. Nach der Landung jeder Gruppe schloß sich direkt eine Suchübung an. Bei allen Rettungshunden zeigten sich keinerlei negative Einflüsse. Sie erfüllten sogleich ihren Übungseinsatz durch



Ganz behaglich scheint die Situation dem „Vierbeiner“ nicht zu sein.

deutliches Verweisen der versteckten Person.

Ein Einsatz von Rettungshunden, gleichgültig ob nach Explosionen, Hochwasser- und Sturmkatastrophen, Erdbeben – und womöglich in einem Kriegsfall – wird in der heutigen Zeit besonders bei zerstörten Anmarschwegen überwiegend aus der Luft erfolgen müssen. Hierfür war diese Übung der BVS-Dienststelle Itzehoe, bei der auch Angehörige der freiwilligen Feuerwehr, des DRK und Helfer des THW mit ihrer Funk-einrichtung zugegen waren, ein ernstfallmäßiger Test, den die Rettungshunde dank ihrer guten Ausbildung einwandfrei bestanden haben.

Besonderer Dank sei bei dieser Gelegenheit den beiden Flugzeugführern von der BGS-Fliegerstaffel Küste, Hauptmeister im BGS Seidenkranz und Obermeister Kracht, ausgesprochen.

J. G.

Justiz-Beamte und Strafgefangene unter einem Hut

Beamte und Strafgefangene sind sich darüber einig, daß Kenntnisse über den Selbstschutz lebensnotwendig sind. Zur Zeit werden Beamte und Strafgefangene in der Justizvollzugsanstalt Neumünster im Selbstschutz ausgebildet. Beamte aus dem schleswig-holsteinischen Bereich nehmen im Rahmen einer Ausbildung bei der hiesigen Anstalt an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teil. Das rege Interesse der Teilnehmer läßt ihre Überzeugung erkennen, hier für die Gegenwart

und Zukunft etwas Nützliches zu lernen. Solche „Schüler“ sind der Wunschtraum eines Lehrers. Das Gleiche kann aber auch von den Strafgefangenen, die im Rahmen des „Resozialisierungsvollzugs“ an dem Selbstschutz-Grundlehrgang teilnehmen, gesagt werden. Erfreulich ist auch hier die große Zahl der Freiwilligen, die sich nach Feierabend an der Ausbildung beteiligt. Das Schulungsprogramm wurde Anfang vergangenen Jahres von einem jungen Beamten der Strafvollzugsanstalt in die Wege geleitet. Für diese Aufgabe wurde er vom Bundesverband für den Selbstschutz ausgebildet. Seine Dienststelle gewährte ihm für die Zeit der entsprechenden Lehrgänge Dienstbefreiung. Resozialisierung der Strafgefangenen, eine aktuelle Forderung, wird so in der Justizvollzugsanstalt Neumünster auf dem Gebiet des Selbstschutzes seit fast einem Jahr praktiziert.

J. So.

Gertraude Schudoma †

Am 2. November verstarb unsere Kollegin und Mitarbeiterin Gertraude Schudoma.

Mit ihr verliert die BVS-Dienststelle Mölln und die BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein eine pflichtbewußte, verantwortungsfreudige und allseits geschätzte und beliebte Kollegin.

Nach zweijähriger ehrenamtlicher Tätigkeit als BVS-Helferin war Gertraude Schudoma ab 1967 hauptamtlich als Angestellte im Schreibdienst bei der Dienststelle Mölln tätig. Ihre Aufgeschlossenheit für alle Dienst- und Zeitprobleme und ihre ungezwungene und fürsorgliche Art im Umgang mit allen Helfern und Kollegen machte sie bald zum Mittelpunkt in ihrem Arbeitskreis. Wir bedauern tief ihr so frühes Hinscheiden; unser Mitgefühl gehört ihren Angehörigen.

Sohl
Landesstellenleiter
Heinitz

Vorsitzender des Personalrates

Empfang im Hamburger Rathaus

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hatte Vertreter aller in Hamburg stationierten Bundeswehreinheiten und zum erstenmal auch Helfer der Zivilverteidigung und des Katastrophenschutzes zu einem Empfang ins Hamburger Rathaus eingeladen. Als Vertreter des Bundesverbandes für den Selbstschutz nahmen hieran teil der Selbstschutz-Zugführer Horst Kunze, der BVS-Beauftragte Heinz Hoyer und der Dienststellenleiter Harburg, Horst-Günter Balfanz.

Nach einer kurzen Begrüßung durch Bürgermeister Schulz fand im Kaisersaal ein Abendessen statt, bei dem Gelegenheit gegeben war, mit führenden Persönlichkeiten aus Politik und Staat Kontakt aufzunehmen.

In einer Ansprache hob Bürgermeister Schulz die Notwendigkeit der

Bundeswehr auch im Zeichen weltweiter Entspannungsversuche hervor. Im weiteren Verlauf seiner Ansprache ging er auf die Rolle der zivilen Hilfsorganisationen ein und erklärte, nachdem er an die Flutkatastrophe vom Februar 1962 erinnert hatte: „Wir haben damals begriffen, wie wichtig es ist, das Land nicht nur im Falle einer politischen Katastrophe zu schützen, sondern auch über eine ganz zivile, aber wirkungsvolle Organisation zur Abwehr von Unglücken zu verfügen, mit denen wir hier an der Küste und in einem hochindustrialisierten Ballungsraum immer rechnen, auf die wir vorbereitet sein müssen. In unserem Kreise sind heute zum ersten Mal Vertreter der in Hamburg bestehenden Hilfsorganisationen. Sie sind Repräsentanten von 8 250 Bürgern unserer Stadt, die sich freiwillig der humanitären Aufgabe des Dienstes am Nächsten widmen. Allein die Zahl

macht deutlich, daß es in unserem Lande viele Menschen gibt, die nicht nur von der Verantwortung und den Pflichten des Bürgers reden, sondern bereit sind, persönliche Lasten und Opfer auf sich zu nehmen. Diese Organisationen haben zusätzliche staatliche Aufgaben im Katastrophenschutz übernommen. Sie werden weiterhin bei Katastrophen Seite an Seite mit den Soldaten der Bundeswehr im Einsatz stehen. Ich heiße die Vertreter dieser Organisationen besonders herzlich willkommen, und ich möchte, daß sie diese Einladung als Ausdruck unseres Respektes vor ihren Leistungen ansehen.“

Im Namen aller Versammelten dankte Admiral Jung dem Senat für diesen Abend. Den Beteiligten blieb es nun bei einem Umtrunk überlassen, Verbindungen zu suchen und zu finden. Diese Möglichkeit wurde von allen voll ausgeschöpft.

niedersachsen

Im Dienste der Fernsehlotterie

Im Rahmen der diesjährigen Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne“ hatte sich die Stadt Wolfsburg mit einer Sammelaktion beteiligt. Überall, wo Menschen zusammenkamen, waren Sparschweine aufgestellt und wurde zum Spenden aufgerufen. Auch die BVS-Helfer wollten nicht abseits stehen. Sie stellten einen Schutzhelm – mit einem Aufruf zum Spenden – an gut sichtbarer Stelle in ihrer Dienststelle auf.

Nach Abschluß der Aktion wurden die Sparschweine im Wolfsburger Rathaus im Beisein des „Vaters der Fernsehlotterie“, Jochen Richert, des Wolfsburger Oberbürgermeisters Hugo Bork, von Mitgliedern des Stadtrates und der Verwaltung sowie der lokalen Presse geleert. Von den BVS-Helfern konnte ein namhafter Betrag beigesteuert werden.

Besondere Aufmerksamkeit fand der originelle Sammelbehälter, der auch

in den Berichten der Presse erwähnt wurde. Alle Spender – auch die BVS-Dienststelle Wolfsburg – erhielten eine Dankesurkunde.

Sa.

Schon seit Jahren arbeiten die BVS-Dienststelle Wolfsburg und die Freiwillige Feuerwehr der Wolfsburger Nachbargemeinde Hattorf im Katastrophenschutz im besten Einvernehmen zusammen. So konnte auch in diesem Jahr eine gemeinsame Katastrophenschutzübung durchgeführt werden.

An einem Samstag, Ende Oktober, bot sich dem Beobachter auf dem Kahlenberg in Hattorf ein gespenstisches Bild. Aus einem schwer beschädigten und einem fast völlig zerstörten Haus am Rande der Kahlenbergwiese stiegen dunkle Rauchwolken auf. Beide Gebäude stehen in Flammen. Weiter nördlich liegt das brennende Wrack eines abgestürzten Transportflugzeuges. Durch die Explosion der Maschine und den auslaufenden Treibstoff beginnt sich auf der Kahlenbergwiese ein Flächenbrand zu entwickeln. Das Feuer breitet sich schnell aus und droht auf den nahen Wald sowie

Selbstschutz und Feuerwehr üben gemeinsam



Die Freiwillige Feuerwehr beginnt mit der Brandbekämpfung.



Alle Einsatzgruppen stehen mit der Katastrophenschutzleitung in ständigem Funkkontakt.

eine Siedlung überzugreifen. Aus den brennenden Wohnhäusern und von der angrenzenden Kahlenbergwiese sind die Hilferufe der Eingeschlossenen und Verletzten zu hören.

Dieser Situation sieht sich der Kommandoführer der Feuerwehrbereitschaft Hattorf gegenüber, als er um 15.40 Uhr, alarmiert von einem Augenzeugen, mit einem Löschfahrzeug und einem Löschtrupp am Unglücksort eintrifft. Über Funk wird der Gemeindedirektor Siegmund Spannuth benachrichtigt und um umgehende Entsendung von weiteren Hilfskräften und Gerät gebeten. Dieser ordnet sofort die Auslösung von Katastrophenalarm an. Gleichzeitig fordert er auf dem Wege der Amtshilfe, über die BVS-Dienststelle Wolfsburg, einen Selbstschutzzug an. Die Feuerwehrmänner haben inzwischen mit der Brandbekämpfung im Keller und im Erdgeschoß des schwer beschädigten Hauses begonnen. In der 1. Etage sind Frauen und Kinder vom Feuer eingeschlossen. Wenige Minuten nach Auslösen des Alarms treffen weitere Feuerwehrmänner ein. Es gelingt ihnen, sich zu den Eingeschlossenen in der 1. Etage durchzukämpfen. Als der Se-Zug aus Wolfsburg um 16 Uhr zusammen mit BVS-Dienststellenleiter Manfred Schuh auf dem Kahlenberg eintrifft, sind bereits einige der Eingeschlossenen aus der 1. Etage durch Abseilen aus einem Fenster in Sicherheit gebracht worden. Die Laienhelferstaffel beginnt sofort mit dem Aufbau eines Zeltes, in dem die Verletzten versorgt und bis zum Abtransport betreut werden. Die Kraftspritzenstaffel unterstützt

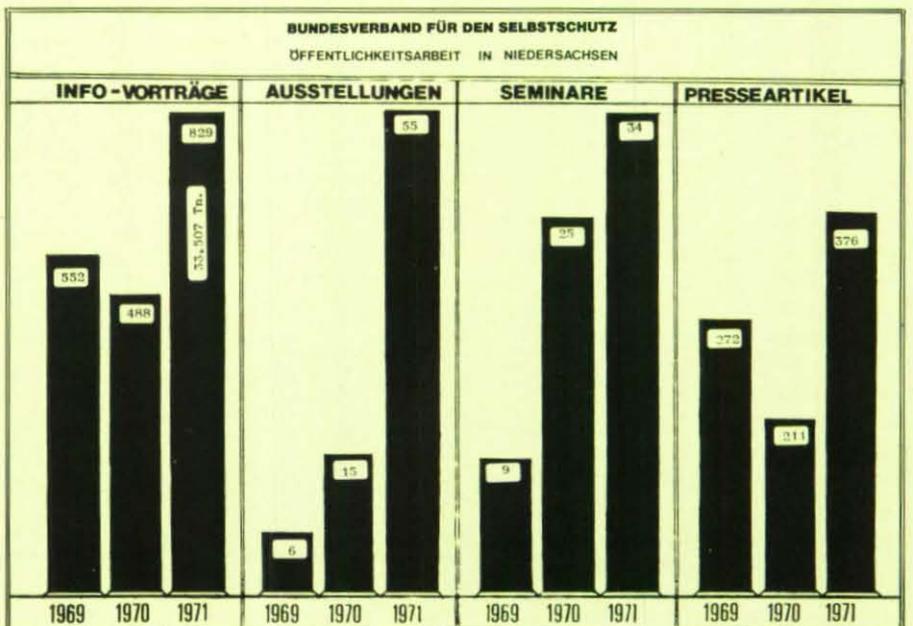
unterdessen die Feuerwehr bei der Eindämmung des Flächenbrandes auf der Kahlenbergwiese und beim Ablöschen des Trümmerbrandes. Den im Keller befindlichen Personen ist der Fluchtweg durch die Trümmer des völlig zusammengestürzten Hauses versperrt. Während noch der Brand bekämpft wird, beginnt die Rettungsstaffel mit den Bergungsarbeiten, bei denen aus Sicherheitsgründen umfangreiche Abstützungen erforderlich werden.

Weitere Helfer werden von der Katastrophenschutzleitung zur Suche und zum Bergen von Verletzten auf der Kahlenbergwiese eingesetzt. Über stationäre und tragbare Funk-sprechgeräte koordiniert und lenkt

die Katastrophenschutzleitung den Einsatz aller Helfer. Um 17.30 Uhr ist das Übungsziel erreicht. Die Eingeschlossenen sind geborgen, die Verletzten haben eine erste Versorgung erhalten. Die Brände sind abgelöscht. Der Abtransport der Verletzten ist mit Fahrzeugen der Hattorfer Feuerwehr in vollem Gange.

Abschließend bedankt sich der Gemeindedirektor und Leiter der Katastrophenschutzübung Spannuth über Lautsprecher bei dem Wolfsburger BVS-Dienststellenleiter und den mehr als 60 freiwilligen Helfern für die geleistete Arbeit und die gezeigte Einsatzfreude.

Sa.



Arbeitsgemeinschaften für Öffentlichkeitsarbeit

Für die ehrenamtlichen BVS-Helferinnen und -Helfer aus Bremen-Nord



Landesstellenleiter Hans Umlauf spricht zu Helferinnen und Helfern der Arbeitsgemeinschaft VI in Bremen.

fand im kleinen Lehrsaal der Katastrophenschutzschule des Senators für Inneres eine Arbeitsgemeinschaft für Öffentlichkeitsarbeit statt. An ihr nahmen u. a. der BVS-Beauftragte im ZS-Abschnitt Bremen-Nord, Günter Chairsell, und sein Amtsvorgänger, August Knoll, teil. Hierbei wurde auch über die personelle Ergänzung der Selbstschutzzüge diskutiert.

Aus der Beantwortung von Fragebogen, die den Teilnehmern vorgelegt und von ihnen ausgefüllt wurden, ergaben sich z. B. über die für die Arbeitsgemeinschaften gewünschten Themen und für die Gestaltung der Bremer Seite des ZS-Magazins wertvolle Anregungen, die von der Landesstelle ausgewertet werden. Für die in den anderen ZS-Abschnitten Bremens wohnenden und an der Öffentlichkeitsarbeit interessierten Helferinnen und Helfer wurde im Klubraum am Breitenweg eine weitere Arbeitsgemeinschaft veranstaltet, bei der auch die BVS-Beauftragten anwesend waren. Dabei nahm Hans Umlauf, Amtsnachfolger des Landesstellenleiters Martin Hecht, Gelegenheit, sich vorzustellen und die Mitarbeiter kennenzulernen. Auch an diesem Abend, an dem u. a. einige in den Fragebogen gegebenen Anregungen zur Diskussion standen, verlief die Aussprache sehr rege. Insbesondere wurde das Problem des Schutzraumbaues erörtert.

Den Abschluß bildete ein Reisebericht der Fachgebietsleiterin VII, Frau Martha Werbelow. Anschaulich und sachlich schilderte sie an Hand von Postkarten ihre Eindrücke aus der

Sowjetunion, wie sie sich heute dem Reisenden darbieten.

Da die Öffentlichkeitsarbeit ein Schwerpunkt der Aufgaben unseres

Verbandes ist, sind alle Helferinnen und Helfer eingeladen, an den hierfür veranstalteten Arbeitsgemeinschaften ohne besondere Auforderung teilzunehmen.

E. L.

Zur rechten Zeit

Im Augenblick der Gefahr das Richtige zu tun, ist nicht immer leicht. Durch umsichtiges Verhalten einer Hausfrau in Bremen-Blumenthal konnten Kinder aus Gefahr gerettet und größerer Brandschaden verhindert werden. Beim Spielen mit Streichhölzern setzten zwei kleine Mädchen die Zimmereinrichtung in Brand. Die Schwestern — zwei und fünf Jahre alt — hatten sich aus der Küche der elterlichen Wohnung eine Schachtel mit Streichhölzern geholt. Im Kinderzimmer zündeten sie dann Möbel und Teppichboden an. Die schlafende Mutter wurde erst durch starken Qualm und Brandgeruch aufmerksam. Sie stürzte aus dem Bett, brachte ihre Kinder in Sicherheit und löschte selbst die Flammen. Die von Nachbarn gerufene Feuerwehr brauchte nicht mehr einzugreifen.

Durch ihre Selbsthilfe bewies die mutige Frau, wie wichtig und entscheidend es ist, in den ersten Minuten nach einem Entstehungsbrand überlegt und richtig zu handeln. So betrug der angerichtete Schaden im Kinderzimmer nur 1000 DM.

H.-G. F.

Selbstschutz geht jeden an

Durch die Initiative des ehrenamtlichen Helfers August Knoll wurde mit der Altenhilfe in Bremen-Nord eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Vor 45 Besuchern der Lebensabend-Gemeinschaft (LAG) sprach August Knoll über das Thema „Selbstschutz auch für ältere Menschen“. Er wies auf die gesetzliche Aufgabe des BVS hin, die Bürger über den Selbstschutz zu informieren und sie zu unterrichten, wie man in Notsituationen und bei Unfällen richtig handelt.

Martha Werbelow, Fachgebietsleiterin VII, machte ergänzende Ausführungen und gab wichtige Hinweise über Möglichkeiten von Vorsorgemaßnahmen im Haushalt. Die Teilnehmer zeigten großes Interesse an den Vorträgen, an die sich eine lebhafte Diskussion anschloß.

Weitere Veranstaltungen werden auf Wunsch der Altenhilfe in Bremen-West und -Süd folgen.

H.-G. F.

Ehrennadel für Ewald Bollmann

Anläßlich der Feierstunde zur Verabschiedung des Landesstellenleiters Hecht und Einführung seines Amtsnachfolgers durch den Präsidenten Kuhn überreichte Hecht, gewissermaßen als letzte Amtshandlung, dem über 15 Jahre lang ehrenamtlich tätigen Helfer Ewald Bollmann die Ehrennadel unseres Verbandes. Bollmann wurde am 15. Februar 1913 in Hildesheim geboren und zog im November 1955 nach Bremen-Nord. Bereits am 29. Juni 1956 stellte er sich unserem Verband als ehrenamtlicher Helfer zur Verfügung. Seit 15. Januar 1957 ist er in Bremen-Nord als Teilabschnittsstellenleiter, anschließend als BVS-Beauftragter dieses ZS-Teilabschnittes, unermüdlich und mit beachtlichem Erfolg tätig. Jede Gelegenheit nahm er wahr, sich für die von ihm freiwillig übernommenen Aufgaben gründlich ausbilden zu lassen. Er absolvierte im Laufe der Zeit viele Lehrgänge auf Orts-, Landes- und Bundesebene. Außerdem

betätigte er sich als Ausbilder und fördert, soweit es seine Freizeit irgend zuläßt, die Öffentlichkeitsarbeit des BVS.

E. L.

Herr Pastor läßt bitten ...

Auf Einladung von Pastor Hans Helmreich wurde anläßlich einer Nachmittagsveranstaltung des Frauenkreises der Martin-Luther-Gemeinde in Bremen-Findorff eine BVS-Informationsveranstaltung unter dem Thema „Vorsorge und Sicherheit für unsere Familie“ durchgeführt. Nach einführenden Worten von Pastor Helmreich vor über 60 Frauen und Müttern sprach Martha Werbelow über Selbsthilfe im Alltag und Vorsorgemaßnahmen im Hause sowie insbesondere zu Fragen der Lebensmittel- und Trinkwasserbevorratung. Die Zuhörerinnen dankten der Vortragenden nach Schluß ihrer Ausführungen mit herzlichem Beifall für die vielseitigen Anregungen und Empfehlungen.

H.-G. F.



Die ehemalige Landesschule Bremen

Marineoffizier bereits mit vielen Eigenschaften der Menschen an der Küste und im Küstengebiet vertraut ist, in sein neues Aufgabengebiet eingearbeitet. Umlauf will keineswegs nach dem Motto „neue Besen kehren gut“ verfahren. Er fand in Bremen ein Team guter Mitarbeiter vor und hofft, mit ihrer Hilfe seine Vorstellungen verwirklichen zu können. Seine vordringlichste Aufgabe sieht der neue Landesstellenleiter in der Belegung der gesamten Öffentlichkeitsarbeit. Viele Vereine und Organisationen sollen angesprochen werden. Ein Diskussionsabend mit einer Bremer Jugendgruppe zum Thema Selbstschutz bewies, daß in Bremen die Menschen trotz der schon fast sprichwörtlichen Behauptung, hier sei alles anders, sich gar nicht so sehr in ihren Auffassungen von anderen unterscheiden. Die Gesprächspartner waren durchaus interessiert an allen Fragen des Selbstschutzes. Auch die Informationsarbeit in den Schulen soll nach dem Wunsch von Hans Umlauf weiter ausgebaut und verstärkt werden. Die Sturmflut-Katastrophe von 1962 hat gerade in Bremen gezeigt, wie rasch es trotz aller Sicherheitsvorkehrungen auch in der heutigen Zeit zu einer Katastrophe kommen kann. Wichtig ist nach Meinung von Hans Umlauf vor allem die „Hilfe auf der untersten Stufe“. Bei jeder Katastrophe muß sich der organisierte Hilfsdienst, sei es die Feuerwehr oder das Rote Kreuz, oft behindert durch den Verkehr auf den Straßen, an den Unfallort heranarbeiten. Soll für die Opfer einer Katastrophe oder eines Unglücksfalles aber keine Chance versäumt werden, ist man auf die Hilfe auf der untersten Stufe angewiesen, nämlich auf den Menschen und seine Kenntnisse vom Selbstschutz.

-ta-

Jugend informiert sich

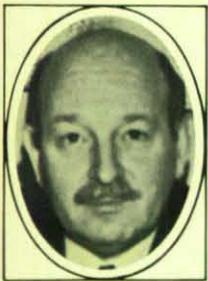
Inge Schwanck (19), BVS-Ausbildungshelferin, Abiturientin und Leiterin einer evangelischen Jugendgruppe, hatte die BVS-Ortsstelle um eine fachliche Unterrichtung über Selbstschutz innerhalb ihres Jugendkreises gebeten. Dem Wunsch konnte entsprochen werden. Hermann Behrmann, Fachgebietsleiter III, führte die Veranstaltung durch.

Die Not-Kirche in Schönebeck war für zwei Stunden nicht nur Hör- und Lehrsaal, sondern auch Diskussionsforum für achtzehn interessierte Mädchen und Jungen. Der Redner gab, ausgehend von den Begriffen Selbstschutz — Selbsthilfe, eine Einführung über den gesetzlichen Auftrag und die Arbeit unseres Verbandes, durch stete Information und Unterrichtung den Gedanken des Selbstschutzes zu verbreiten. Die Vorführung der Tonbildschau „15 junge Mädchen“ und des Films „Kleine Fische“ trug wesentlich dazu bei, das Thema zu veranschaulichen und zu beleben. Aus einer anschließenden Diskussion im Beisein des Landesstellenleiters Hans Umlauf ging klar hervor, daß auf demokratisch freiwilliger Grundlage Selbstschutz- und Vorsorgemaßnahmen zu allen Zeiten notwendig sind.

H.-G. F.

Ein Zentrum der Begegnung

Die Helfer des BVS im Lande Bremen sollen schon bald Gelegenheit erhalten, ihre gegenseitigen menschlichen Kontakte besser als bisher zu pflegen. Die frühere Landesschule Bremen, in Ritterhude — unmittelbar vor den „Toren der Hansestadt an der Weser“ gelegen — soll als ein Zentrum der Begegnung die Arbeit des BVS beleben. Das ist eines der Ziele, die sich der neue Leiter der BVS-Landesstelle Bremen, Hans Umlauf, gesteckt hat.



Umlauf, der frühere Leiter der BVS-Dienststelle Saarbrücken, hat die Landesstelle Bremen nach dem altersmäßig bedingten Ausscheiden ihres langjährigen Leiters Martin

Hecht übernommen. Schon in wenigen Wochen hat sich der gebürtige Saarländer, der als ehemaliger

Warum Vorratshaltung?

Hermine Gutsche, Beraterin in Bremen-Süd, führte eine Arbeitsgemeinschaft VI der Dienststelle Bremen durch. Sie sprach zu dem Thema Lebensmittelbevorratung. Dem Vortrag schloß sich eine Diskussion an.

Zur Trinkwasserbevorratung gab Ernst Lindemann, Landesstelle Bremen, einen umfassenden Überblick über Maßnahmen auf diesem Gebiet, da die hierfür zu treffenden Vorkehrungen umfangreicher sind als auf den anderen Gebieten der Vorsorge. Es ist jedoch zu hoffen, daß diese Maßnahmen sich in ihrer Vorsorgefunktion erschöpfen, ohne ihre Bewährungsprobe ablegen zu müssen.

Beide Vortragende hatten aufmerksame Zuhörer, Helferinnen und Helfer, die Aufgaben in der Öffentlichkeitsarbeit übernehmen werden.

H.-G. F.

Ausstellung für den Zivilschutz

Wie in den vergangenen Jahren häuften sich auch im 2. Halbjahr 1971 für den BVS die Möglichkeiten, sich an Wirtschaftsmessen und „Tagen der offenen Tür“ der Gemeinden zu beteiligen. Die Dienststellen entwickelten in dieser Zeit starke Aktivität, um sich in der Öffentlichkeit vorzustellen. Trotz der Schwierigkeiten, die eine enge Folge von Ausstellungen mit sich bringt, hat die Landesstelle keinen von den Dienststellen an sie herangetragenen Wunsch zur Beteiligung an den Veranstaltungen abgeschlagen, um die Dienststellen an ihrem Willen nicht zu hindern.

Für die Mitarbeiter des Fachgebietes VI der Landesstelle bedeutete dies eine überaus große Belastung, der sie sich auf die Dauer nicht aussetzen können, zumal dadurch andere – ebenso wichtige – Aufgaben zu kurz kommen mußten. Um diesem „Notstand“ zu begegnen, wird die Landesstelle für das kommende Jahr einen Arbeitsstab aus den Facharbeitern Öffentlichkeitsarbeit der großen Dienststellen bilden, der der Landesstelle dann für Schwerpunktveranstaltungen zur Verfügung stehen soll.

Folgende Ausstellungen wurden im 2. Halbjahr 1971 durchgeführt:

2. bis 12. Juli: Henrichsburg-Einsatz des Rundzeltes

14. bis 21. August: Hamm/Marl-Tag der offenen Tür, Einsatz Rundzelt
11. bis 19. September: Ahlen- – Ahlener Woche, Einsatz der IPA-Koje

18. September: Hagen – ZS-Tag, Einsatz der Fahrbaren Informations- und Beratungsstelle

23. bis 26. September: Gevelsberg – Tag der offenen Tür, Ausstellungsgut (Bielefeld-Ausstellung)

24. September bis 3. Oktober: Detmold – Ostwestfalen ruft, IPA-Koje

1. bis 3. Oktober: Herne – Tag der offenen Tür, „Der Mensch in der Katastrophe“

9. bis 17. Oktober: Kempen-Krefeld – Lebendiger Niederrhein, IPA-Koje

16. bis 23. Oktober: Leverkusen – Tag der offenen Tür, Einsatz Rundzelt.



Der BVS auf der Wirtschaftsmesse in Dortmund: Vorführungen am Phantom vor interessierten Besuchern.



An den „Tagen der offenen Tür“ in Leverkusen besuchten 6000 Personen das Rundzelt des BVS.

Rechnet man die im 1. Halbjahr durchgeführten Ausstellungen hinzu (Solingen, Hattingen, Recklinghausen, Porz, Remscheid), so ergibt sich ein Bild beachtlicher Aktivität auf dem Sektor „Ausstellung“ in Nordrhein-Westfalen. Über die Mehrzahl der Ausstellungen ist in Veröffentlichungen berichtet worden.

Soweit dies nicht geschehen ist, nachfolgend Auszüge aus den Berichten der Dienststellen:

Detmold: Die Wirtschaftsmesse „Ostwestfalen ruft“ ist zu einer ständigen Einrichtung dieses Wirtschaftsraumes geworden. Aus dem Bericht der Dienststelle: Gespräche mit Kreistagsabgeordneten, Ratsmitgliedern der Gemeinden, dem Bürgermeister und dem Rat der Stadt Detmold sowie Einzel- und Gruppengespräche mit interessierten Personen. 120 Personen waren an einem Selbstschutzlehrgang interessiert.

Bei dem Rundgang mit der Presse und den besonders hierfür geladenen Gästen äußerte sich Stadtdirektor Dr. Kross über den Stand des BVS: „Ich möchte wünschen, daß diese Ausstellung in der Bevölkerung die Beachtung findet, die sie tatsächlich verdient“.

Kempen: Wirtschaftsmesse „Lebendiger Niederrhein“

Die von der GEFA (Gesellschaft für Ausstellungen in Mühlbach/Obb.) organisierten Wirtschaftsmessen zeichnen sich dadurch aus, daß sich die Ausstellungshallen in einem einwandfreien und optisch guten Zustand befinden, und daß nur leistungsfähige Firmen zugelassen sind.

Der BVS beteiligt sich seit Jahren an den von der GEFA veranstalteten Wirtschaftsmessen.

Aus dem Bericht der Dienststelle ist zu entnehmen, daß die Besucherzahl am BVS-Stand recht beachtlich war. Die eingesetzten BVS-Berater hatten ausreichend Gelegenheit, mit Interessenten Informationsgespräche zu führen.

Leverkusen: „Tag der offenen Tür“. Die Stadt Leverkusen führte in Verbindung mit dem Richtfest eines neuen City-Bauabschnittes Tage der offenen Tür durch. Beteiligt waren außer der Stadtverwaltung: die Polizei, das Technische Hilfswerk die Bundespost, die Bayer-Werke und die Basisorganisationen. Der BVS setzte für dieses Aufklärungsvorhaben das Rundzelt mit der Aussage „Der Mensch in der Katastrophe“ ein. Auf einer Pressekonferenz erläuterte Dienststellenleiter Harms die Aufgaben des Verbandes und erreichte damit, daß der BVS eine „gute Presse“ erhielt. Als besonderen Gast konnte die Dienststelle die Bundestagsabgeordnete Maria Stommel begrüßen. Der Besuch des Rundzeltes war außerordentlich gut. Insgesamt waren es nahezu 6000 Personen. Besonders hervorzuheben ist die Unterstützung, die der Dienststelle durch den örtlichen Zivilschutzleiter zuteil wurde.

Außer diesen Schwerpunktveranstaltungen „Ausstellungen“ führte die Landesstelle an der Landesschule Schloß Körtlinghausen 13 Informationstagungen durch; davon sechs Tagungen für in Ausbildung befindliche Rechtsreferendare der Regierungsbezirke Aachen, Arnsberg, Düsseldorf, Detmold und Münster, fünf Informationstagungen für Führungskräfte von Frauenverbänden, eine Informationstagung für Amtsleiter in Duisburg, eine Informationstagung für Ausschußmitglieder der FDP auf Landesebene. Ein Rückblick auf dieses Programm zeigt, daß die

Landesstelle im Jahr 1971 mit Erfolg bemüht war, dem Auftrag „Aktivierung der Öffentlichkeitsarbeit gerecht zu werden.“

BVS-Helfer im Umweltschutz-Einsatz

Am Donnerstag, 4. November, in den Nachmittagsstunden, rief Fritz Wegener, Dienststellenleiter der BVS-Dienststelle Walsum, die Dienststelle Dinslaken an, um ihr mitzuteilen, daß am Freitagmorgen, 8 Uhr, eine Besprechung des K-Stabes der Stadt Walsum angesetzt sei, zu der der BVS eingeladen sei.

An der Besprechung nahmen vom BVS Dienststellenleiter Wegener (Walsum) und Dienststellenleiter Schuster (Dinslaken) teil. Darüber hinaus waren Vertreter des THW, der Feuerwehr und der Stadt anwesend. Einziger Besprechungspunkt war eine Blitzaktion zur Reinigung des zur Stadt Walsum gehörenden Rheinufers von mehreren Kilometern Länge. Diese Reinigung sollte am Samstag, 6. November, um 8 Uhr beginnen. Da die Kurzfristigkeit eine Alarmierung aller Mitarbeiter unmöglich machte, wurden nur die in Walsum und Dinslaken tätigen Mitarbeiter durch ein Rundschreiben verständigt und um Mithilfe gebeten. Es ergab sich noch die Schwierigkeit, daß acht Mitarbeiter an diesem Tage in der Ausbildung tätig waren und aus diesem Grunde für den Einsatz ausfielen. Trotz dieser Schwierigkeiten beteiligte sich der BVS ständig mit zehn, zeitweilig sogar mit vierzehn Helfern an den Aufräumarbeiten. Er übernahm einen festgelegten Strandabschnitt von zwei Kilometer Länge und verbrannte in sechs großen Feuern alle gefundenen brennbaren Stoffe. Die nicht brennbaren Teile wurden gesammelt und von der Stadt abgefahren. Die Aktion endete gegen 14 Uhr. Für aufwärmende Getränke sowie einem Mittagsimbiss hatte die Stadt gesorgt.

Kontakte aufgenommen

„Bürger sprechen mit ihren Abgeordneten“ – so stand es auf einem Plakat im Dienstbereich Ehrenfeld der BVS-Dienststelle Köln.



V. l. n. r.: Dienststellenleiter Amtsdirektor a. D. Friedrich Redmer, Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Frau Dr. Katharina Focke, Fachbearbeiter VI Hanns Chantrain.

Auf dem Wochenmarkt am Neptunplatz diskutierten Staatssekretärin Dr. Katharina Focke MdB und Michael Geuenich MdL sowie die Ehrenfelder Stadtverordneten mit den Bürgern ihres Wahlkreises.

Eine gute Gelegenheit für den Leiter der Kölner Dienststelle und den „Vler“ ihre Anliegen für eine Unterstützung des Selbstschutzes vorzubringen.

Eine gute Tat

Die Dienststelle Siegburg konnte als Ergebnis einer Tombola gelegentlich eines Helferabends der „Aktion Sorgenkind“ 366 DM überweisen.

Ein sichtbarer Erfolg

Nicht immer wird der Erfolg einer Informationsveranstaltung so augenfällig sichtbar. Hier ist es gelungen. Die BVS-Dienststelle Köln hatte den Vorstand der Bürgervereinigung Köln-Ehrenfeld e. V. zu einem Informationsabend eingeladen. Hanns Chantrain, Fachbearbeiter VI der Dienststelle, gelang es, mit seinen Ausführungen die Anwesenden von der Notwendigkeit des Selbstschutzes der Bevölkerung zu überzeugen. Wilhelm v. d. Valentyn, 1. Vorsitzender der Bürgervereinigung, sagte seine volle Unterstützung zu. Der 2. Vorsitzende, Hans Wallpott, Inhaber eines Bekleidungshauses, stellte spontan auf unbegrenzte Zeit einen



Eines der Ergebnisse eines Informationsabends in Köln war diese Werbung in einem Schaufenster, das ein Teilnehmer dem BVS zur Verfügung stellte.

seiner Schaukästen zur Werbung für den Selbstschutzgedanken zur Verfügung. Doch nicht genug damit: Der Bürgerverein bekennt sich – wie im Bild zu sehen ist – durch Emblem und Namenszug öffentlich zum Selbstschutzgedanken.

Sonderausstellung Henry Moore

Angeregt durch Veröffentlichungen in der früheren Zeitschrift „ZB“ trat das Amt 38 der Stadt Solingen an den BVS mit der Bitte heran, die Sonderausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ – aus der Sicht des Künstlers Henry Moore – der Bevölkerung zugänglich zu machen. Nach der Zusage des BVS erfolgte die Festlegung des Termins und des Ortes. Es bot sich hierfür das Foyer des Stadttheaters Solingen an. Als Zeitraum wurde der Beginn der Theatersaison gewählt.

Die Einladungen zur Eröffnung der Ausstellung am 29. Oktober ergingen durch Oberstadtdirektor Dr. Fischer. Von den eingeladenen Gästen waren u. a. erschienen: Stadtdirektor Dr. Pliester, die Beigeordneten Schulte und Engelen, der Leiter des Amtes 38, Stadtoberamtmann Mandt, Stadtverordnete der CDU, Vertreter der Stadtparkasse, Direktoren der berufsbildenden Schulen, Rektoren der Hauptschulen, der Leiter der Volkshochschule, Vertreter des DRK, des Technischen Hilfswerkes, der Berufsfeuerwehr und des Bundes der Vertriebenen sowie der örtlichen Presse. Außerdem nahmen an der Eröffnung teil: BVS-Mitarbeiter der



Beigeordneter Schulte (mit Brille rechts) nach der Eröffnung der Solinger Sonderausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ im Gespräch mit Gästen.

Landesstelle, der Bezirksstelle, der Dienststelle Solingen und einiger benachbarter Dienststellen.

Der Beigeordnete Heiko Schulte eröffnete in Vertretung des Oberstadtdirektors die Ausstellung und dankte dem BVS für die wertvolle Unterstützung beim Zustandekommen und dem Aufbau der so eindrucksvollen Ausstellung. Der Leiter des Fachgebietes „Öffentlichkeitsarbeit“ an der Landesstelle, Dr. Kutscha, wies in seinen einführenden Worten auf die kunsthistorische und zugleich zeitgeschichtliche Dokumentation hin, die den Betrachter zum Nachdenken zwingt. Die hierin enthaltenen Aussagen menschlichen Erlebens seien zeitlos und hätten auch heute noch Gültigkeit. Die Bedrohung des Menschen sei allen gegenwärtig. Sie wird besonders deutlich und augenfällig in den kriegerischen Auseinandersetzungen. Aber Gesichtern mit dem Ausdruck der Angst, des Schreckens und der Furcht begegnen wir auch bei Naturkatastrophen.

Aufgabe des Staates ist es, für alle Notsituationen Vorsorge zu treffen, dem Menschen Hilfe an die Hand zu geben, Notsituationen zu begegnen oder deren Folgen zu mildern. Der BVS tut dies durch Informationen im staatspolitischen Bereich und im Bereich der Selbst- und Nachbarschaftshilfe. An diesen Aufgaben — so betonte Dr. Kutscha — sei aber nicht nur der Bundesverband für den Selbstschutz beteiligt, sondern gleichermaßen alle im Katastrophenschutz tätigen Organisationen und Verbände. Abschließend dankte Dr. Kutscha den Verantwortlichen der Stadt, die keine Gelegenheit verstreichen ließen — diesmal auf dem Weg über die Kunst — den Bürger

auf seine Eigenverantwortung im Falle von Katastrophen hinzuweisen. Die örtliche Presse hat nach der Eröffnung der Ausstellung ausführliche Bildberichte gebracht und der Bevölkerung den Besuch der Ausstellung empfohlen. Auch im Mitteilungsblatt der Stadt Solingen regte Oberstadtdirektor Dr. Fischer zum Besuch der Ausstellung an. Der Beigeordnete für das Schulwesen Engelen hat sich mit einem Rundschreiben an alle Hauptschulen, weiterbildende und berufsbildende Schulen gewandt, die Ausstellung zu besuchen.

Nach einem Zwischenbericht der Dienststelle Solingen findet die Ausstellung eine kaum erwartete Beachtung.

Hannelore Thiele verabschiedet

Landesstellenleiter Kopsieker verabschiedete Ende Oktober im Kreise seiner Mitarbeiter und in Anwesenheit seines Vorgängers B. Ketteler die Leiterin des Fachgebietes Frauenarbeit an der Landesstelle, Hannelore Thiele.

In seinen Abschieds- und Dankesworten würdigte Kopsieker ihr zielstrebiges und erfolgreiches Wirken für den Verband, besonders bei der Wahrnehmung der ihr gestellten Aufgabe: Gewinnung der Frau für die Selbst- und Nachbarschaftshilfe. In zahlreichen von ihr verantwortlich geleiteten Informationstagungen an der Landesschule für Führungs-



Der ehemalige Landesstellenleiter Ketteler (links) und Landesstellenleiter Kopsieker verabschiedeten ihre langjährige Mitarbeiterin Hannelore Thiele.

kräfte von Frauenverbänden, sozialpädagogischen Frauenbildungsanstalten, Frauengruppen politischer und kirchlicher Verbände sowie in repräsentativen Vortragsveranstaltungen hat Hannelore Thiele aufgrund ihrer fachlichen, pädagogischen und menschlichen Qualitäten, aber gleichermaßen auch durch ihr persönliches Engagement, die Mitverantwortung des Bürgers mit besten Erfolgen angesprochen.

Hannelore Thiele verläßt den BVS auf eigenen Wunsch, um die Leitung des DRK-Kreisverbandes Recklinghausen-Stadt zu übernehmen. Landesstellenleiter Kopsieker bedauerte den Fortgang der überaus aktiven Mitarbeiterin, zeigte jedoch Verständnis für ihre Entscheidung. Er wünschte ihr für die neuen Aufgaben und ihr persönliches Wohlergehen im Namen der Mitarbeiter alles Gute.

Herr Ketteler, unter dessen Leitung Hannelore Thiele mehr als vier Jahre tätig war, schloß sich dem Dank an und wünschte ihr gleiche Freude und gleichen Erfolg in ihrem neuen Aufgabenbereich.

An alle Mitarbeiter

Den Jahreswechsel möchte ich zum Anlaß nehmen, allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern im Bereich der Landesstelle NRW ein Wort des Dankes zu sagen für ihre durch die Tat erwiesene Bereitschaft, jederzeit dort für die Idee des Selbstschutzes einzutreten, wo immer sich eine Möglichkeit bietet.

Trotz mancher Erschwernisse war in dem vergangenen Jahr eine in ihrem Umfang kaum erwartete allgemeine Leistungssteigerung festzustellen. Der Umdenkungsprozeß in der Ausbildung zu einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit ist in vollem Gange und hat bereits ihren Niederschlag in den Arbeitsergebnissen vieler Dienststellen gefunden. Es ist zu erwarten, daß in absehbarer Zeit bei allen Dienststellen eine gesunde Relation zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung erreicht sein wird.

Gleichzeitig möchte ich allen Mitarbeitern ein gesundes und erfolgreiches Jahr 1972 wünschen.

Ihr
Günther Kopsieker

Abschlußübung 1971

Eine gute Zusammenarbeit von Katastrophenschutz und BVS bewies die Abschlußprüfung 1971 in Darmstadt, die auf Anregung des THW von der BVS-Dienststelle Darmstadt, der Bergungsbereitschaft und den Fachdiensten des THW vorbereitet wurde.

Am 31. Oktober, 7 Uhr, begann die Übung mit rund 150 Helfern an vier Einsatzorten. THW-Fachdienst Rohr-Wasser verlegte Rohre und setzte Schieber, Fachdienst Netz-Elektrik errichtete Stahlgittermasten. Die Bergungsbereitschaft rückte zunächst zu einem Not-Marsch aus. Eine zur Löschgruppe verstärkte Kraftspritzenstaffel des Se-Zuges Darmstadt nahm auf THW-Fahrzeugen daran teil. Nach der Ankunft auf einem ehemaligen Panzerschießstand hatten die Bergungsgruppen Wettkämpfe auszutragen, die das Verladen und Einsetzen des gesamten Gerätes erforderten. Sieben Se-Fachlehrer des BVS wirkten dabei als unparteiische Schiedsrichter mit.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen aus dem Feldkochherd begann die eigentliche Einsatzübung. 17 Mitarbeiter des BVS waren mit angeschminkten Verletzungen an schwer zugänglichen Stellen untergebracht worden. Weitere BVS-Helfer zündeten Übungsbrände. Ein Zug der Bergungsbereitschaft und die Löschgruppe des Se-Zuges hatten die Aufgabe, brennende Personen (Brandpuppen) zu retten, Fahrzeugbrände zu bekämpfen und einen Mittelbrand abzulöschen. Die Männer des Bergungszuges erstickten die Flammen an den Puppen mit Decken und bekämpften die Fahrzeugbrände mit Handfeuerlöschern. Die Löschgruppe hatte den Mittelbrand mit Brackwasser aus einem versumpften Teich zu bekämpfen.

Ein zweiter Zug der Bergungsbereitschaft barg die Verletztendarsteller aus Tiefen und Höhen und transportierte sie zur Verletztenablage. Ein dritter Zug mußte, um etwa 40 m Höhenunterschied zu überwinden, zwei Seilbahnen bauen und Verletzentransporte vorbereiten. Auf allen Einsatzplätzen waren BVS-Fachlehrer als Schiedsrichter und



Die auf Gruppenstärke erweiterte Kraftspritzenstaffel des Se-Zuges beim Löschangriff



Helfer der Bergungsbereitschaft bekämpfen einen Fahrzeugbrand

Sicherheitsposten tätig. Für den reibungslosen Ablauf sorgten die Fernmelder und Funker des THW durch Verlegen von Leitungen und Herstellen von Funkbrücken. Begutachtet wurden die Wettkämpfe und Einsätze durch den Polizeipräsidenten der Stadt Darmstadt, P. C. Bernet, den Leiter des Amtes für Katastrophenschutz, K. Colin, den Fachgebietsleiter Ausbildung der BVS-Landesstelle Hessen, H. Sickert, den Ortsbeauftragten des THW, P. Merck, den BVS-Dienststellenleiter G. Straube sowie von Bildreportern und Journalisten von zwei Tageszeitungen und einem Wochenblatt. Zum Abschluß trafen sich alle Beteiligten im Stadtzentrum. Der Polizeipräsident sprach den Helfern der verschiedenen Organisationen seinen Dank und seine Anerkennung aus und kündigte für das Jahr 1972 eine Großübung unter Mitwirkung weiterer Organisationen an.

Die gemeinsame Übung regte die Beteiligten an, den Winter 1971/72 zu nutzen, um durch gegenseitige Ausbildungstätigkeit das Fachwissen aller zu vertiefen.

W. R.

Verdienstvoller Helfer

Der Ausbildungsleiter der Dienststelle Alsfeld, Ferdinand Knappe, hat am 10. November 1971 seinen 100. Selbstschutz-Grundlehrgang durchgeführt. Dies war der Anlaß, daß sich am ersten Abend des 100. Lehrganges in der Gemeinde Landenhausen BVS-Dienststellenleiter Ludwig sowie der Fachgebietsleiter der Landesstelle, Werner Schmitt, als Vertreter des verhinderten Landesstellenleiters, eingefunden hatten.

Der 34jährige Ferdinand Knappe hat in den letzten sechs Jahren als ehrenamtlicher Ausbildungsleiter 100 Selbstschutz-Grundlehrgänge, drei Fachlehrgänge Brandschutz, fünf Fachlehrgänge Laienhilfe, einen Fachlehrgang Rettung, 49 Fachvorträge, einen Lehrgang Erste Hilfe und sechs Aufklärungsveranstaltungen für den BVS durchgeführt. Er hat damit im Landkreis Lauterbach über 5000 Mitbürger mit dem Gedanken des Selbstschutzes vertraut gemacht. Das sind rund 11 Prozent der Kreisbevölkerung.

Dienststellenleiter Ludwig dankte dem bewährten Helfer für seine unermüdete Arbeit im Interesse des BVS und wünschte, noch lange mit ihm zusammenarbeiten zu können. In der kleinen Feierstunde überbrachte Fachgebietsleiter Schmitt im Auftrag der Landesstelle Hessen Glück-



Ferdinand Knappe bei seinem 100. Selbstschutz-Grundlehrgang

wünsche und ein Buchgeschenk. Er würdigte die Leistung des ehrenamtlichen Helfers und wünschte ihm weitere erfolgreiche Arbeit im Dienste des BVS.

R. L.

Baden-Baden unter neuer Leitung

Nachdem der langjährige Leiter der BVS-Dienststelle Baden-Baden, Altstadtrat Fischer, aus Altersgründen seine Arbeit niedergelegt hatte, war es fast selbstverständlich, daß sein engster Mitarbeiter Walter Müller an seine Stelle trat. Der Übergang vom „alten“ zum „neuen“ Dienststellenleiter verlief wohl nach außen hin reibungslos, gleichwohl gab es, wie in vielen ähnlich gearteten Fällen, kleinere und größere Spannungen in der Helferschaft. Es blieben manche „Alte“ zunächst zeitweilig, später ganz weg. Für den neuen Dienststellenleiter hieß es nun, neue Helfer zu gewinnen, um die Dienststelle in der gewohnten Aktivität zu erhalten. Diesem Bestreben stellten sich zunächst kommunale Probleme — Bleibt Baden-Baden selbständig oder nicht? — entgegen. Erst als das letzte Wort gesprochen, d. h. der Bestand der Stadt in der gegenwärtigen Selbstständigkeit beschlossene Sache war, unterstützte die Stadt wieder die Arbeit der BVS-Dienststelle. Vom Wehrdienst Freigestellte wurden zur Arbeit in der BVS-Dienststelle abgestellt. Und damit begann erneut aktive Tätigkeit in Baden-Baden. Wenn auch noch nicht mit eigenen Kräften, wurde zunächst die Ausbildung in den Schulen vorangetrieben. Verhandlungen, Besprechungen, Beratungen mit anderen Gremien folgten und sind zum Teil noch im Gange. Um der Gesamtarbeit eine solide Grundlage zu geben, wurde eine Reihe von Helferabenden mit den neu gewonnenen Mitarbeitern abgehalten. Jeder Abend wurde von einem Sach- oder Fachgebietsleiter der Dienststelle bestritten. Es begann mit den Fragen der Ausbildung. Der Leiter Fachgebiet III de la Porte begann mit einer Diskussionsrunde über Fragen der Ausbildung. Ernsthaft bemüht in die ungewöhnliche Materie einzudringen, waren die jungen Helfer bei der Sache, zumal einige von ihnen bereits eine Selbstschutzgrundausbildung mitgemacht hatten und daher besonders am Weitergang interessiert waren. Der Leiter des Sachgebietes IV Baumgarten hatte eine Woche später

die schwierige Aufgabe, ein Referat über die Verwaltungsaufgaben zu halten und sie zur Diskussion zu stellen. Es galt vor allem, wenigstens für die Dienststelle einen IVer Mann zu gewinnen, wenn möglich auch einen Vertreter. Als Erfolg dieses Abends kann wohl die verständnisvolle Aufnahme des Referates gewertet werden und die Tatsache, daß sich einige Helfer für diese Tätigkeit interessiert zeigten.

Fortgesetzt wurde die Reihe der Arbeitsgemeinschaften von Fachgebietsleiter VI Kwopil. Auf dem Programm stand: Öffentlichkeitsarbeit als primäre Aufgabe des Verbandes. Von den Themen der eben abgelaufenen Rettungswoche ausgehend, erläuterte der Referent die Probleme der Öffentlichkeitsarbeit, ihre Spielarten und ihre praktische Durchführung in den Dienststellen. Dabei ergab sich eine ganze Reihe von Diskussionspunkten. Besonderes Interesse fand bei den Teilnehmern der Bericht über den Tag des freiwilligen Helfers, an dem nur wenige teilgenommen hatten. Man kam überein, in weiteren Arbeitsgemeinschaften besonders die Pressearbeit und die Gesprächsführung zu behandeln.

Fachgebietsleiter I Bethge war der nächste Referent. Organisationsfragen sind stets interessant. Es wurde der Stellenwert des BVS im Gesamtkonzept der zivilen Verteidigung deutlich dargelegt — und was wichtig ist — auch verstanden. Mancher junge Skeptiker hat seine Meinung über die Notwendigkeit und den Sinn der Organisation wohl korrigieren müssen. Es hat sich an diesem Abend die alte Erkenntnis bestätigt: Unser größter Feind ist die Unkenntnis. Wird diese überwunden, ist damit zu rechnen, daß das Bekenntnis zum Schutzgedanken folgt.

Die erste Reihe der Arbeitsgemeinschaft schloß der Leiter der Bezirksstelle Stalter mit einer Zusammenfassung der Gesamtarbeit des BVS ab.

Im Rahmen der Rettungsdienstwoche hat der Innenminister des Landes, Krause, die Bevölkerung aufgerufen, die Arbeit aller Rettungs- und Hilfsdienste durch Mitarbeit zu verstärken. Das sei notwendig, denn „viele

Menschen hätten gerettet werden können, wenn Rettung schneller möglich gewesen wäre. Sie kommt oftmals deshalb zu spät, weil es noch immer an dem Wissen der Bevölkerung über das Verhalten in Notfällen mangelt.“

Die Arbeitsgemeinschaften der Dienststelle sollen dazu beitragen, diesem Mangel abzuweichen.

Kwapil

Aus der Dienststelle Pforzheim

Die BVS-Dienststelle Pforzheim plant ab Mitte Januar die Durchführung weiterer Selbstschutz-Grundlehrgänge für die achte und neunte Klasse an den Hauptschulen. Diese Ausbildung wird im Stadt- und Landkreis Pforzheim seit drei Jahren durchgeführt, so daß ein großer Teil der Jugendlichen eine gute Ausbildung erhalten hat und über die notwendigen Kenntnisse im richtigen Verhalten am Unfallort verfügt.

Außerdem will die Dienststelle für diesen Winter mit den Bürgermeistern des Landkreises einen Vortrag vor den Gemeinderäten über die Aufgaben der Gemeinden im erweiterten Katastrophenschutz vereinbaren. Es kommt dabei darauf an, im Ratkollegium Verständnis für die Gewinnung eines geeigneten Selbstschutzbeauftragten für die Gemeinden zu finden. Bis jetzt hat etwa die Hälfte der Kreisgemeinden einen Selbstschutzbeauftragten benannt.

H. B.

Aufklärung an Ort und Stelle

Man muß den Freiburger Marktbetrieb auf dem Münsterplatz am Samstagvormittag erlebt und die Luft dort selbst geschnuppert haben! Tausende und abertausende Freiburger kaufen dort ein oder machen einfach nur einen Bummel und genießen die Atmosphäre. Die



Mit einer Kleinstausstellung warben Freiburger BVS-Helfer auf dem Markt für den Selbstschutz.

Fremden lassen sich gerne mitreißen und staunen über das reichhaltige Angebot.

Mitten in das Marktgewühl stellten sich am 6. November die Helfer der BVS-Dienststelle Freiburg mit ihrer Aufklärungsvitrine, einem schwer sich beugenden Tisch voll Lebensmittelkonserven und dem Filmvorführgerät. Das alte gotische Kaufhaus, das an diesem Tag ein über seine ganze Vorderseite sich erstreckendes Transparent trug mit der Aufschrift: „wichtig – lebenswichtig – Selbstschutz“, gab eine malerische Kulisse ab.

Die Mitarbeiter vom BVS hatten alle Hände voll zu tun, um die gut 4 000 Besucher, die sich eingehender informieren wollten, zu beraten und sie mit Aufklärungsmaterial zu versorgen.

Der Film des Bundesernährungsministeriums mit dem Titel „Denk dran, schaff' Vorrat an“ lief pausenlos. Es war selbstverständlich, daß vor dem Hintergrund des Marktes der Schwerpunkt der Aufklärung auf die Lebensmittelbevorratung gelegt werden mußte. Es war eine überraschend gelungene Aktion.

Jeder Laie ein Helfer durch den BVS

Seit dem Bestehen unserer Schule, der Helene-Lange-Mädchenrealschule in Heilbronn, also seit neun Jahren, finden durch die Herren Naujoks und Werner Selbstschutz-Grundlehrgänge für unsere Mädchen statt. Es mußten immer drei Klassen mit jeweils 40 Schülerinnen unterrichtet werden.

Abgesehen von einer Informations- und Einleitungsstunde im Biologieunterricht der Klassen 9, wurden die Kurse grundsätzlich und selbstverständlich (auch von den Mädchen aus gesehen) stets in der Freizeit durchgeführt. Zunächst an sechs bis acht Mittwochnachmittagen, nach einigen Jahren dann zu Beginn oder Ende der Oster- oder Pfingstferien. Es waren jedesmal noch Nachzügler aus den 10er Klassen dabei, so daß man von einer fast 100%igen Teilnahme der in Frage kommenden Schülerschaft sprechen kann. Nicht selten brachten die Schülerinnen noch Freundinnen mit, die an ihren Schulen keine Gelegenheit zum Besuch solcher Kurse hatten.

Es versteht sich von selbst, daß im Biologieunterricht eindringlich auf die Notwendigkeit und die moralische bzw. soziale Verpflichtung, einen Selbstschutz-Grundlehrgang mitzumachen, hingewiesen wurde. Nach Möglichkeit besuchte ein Lehrer die Schüler während eines Kurses oder nahm an der Abschlußprüfung teil. Da der Unterricht von den Herren Naujoks und Werner immer sehr aufgelockert und abwechslungsreich gestaltet wurde, war ihnen ein interessantes und diszipliniertes Publikum sicher.

Da Herr Werner der Schule eine Zusammenstellung der wichtigsten Fragen zur Verfügung stellte, war die Möglichkeit gegeben, während des Biologieunterrichts das Behandelte aufzufrischen.

Es ist zwischen Schule und Bundesverband für den Selbstschutz vereinbart worden, eine Wiederholung der praktischen Übungen während des 10. Schuljahres in zwei bis drei Schulstunden durchführen zu lassen. Es freut einen dann zu hören, daß einem Vater, der sich auf einer

Urlaubsfahrt eine beachtliche Handverletzung zugezogen hatte, seine Tochter einen sach- und fachgerechten Verband anlegte.

Von einem weiteren Beispiel soll noch berichtet werden:

Zwei Schülerinnen unserer Schule, die vor einem $\frac{3}{4}$ Jahr ihre Grundausbildung absolviert hatten, beobachteten auf ihrem Heimweg eine Menschenansammlung, auf die sie, zunächst voller Neugierde, zustreben. Ein älterer Herr lag auf dem Rücken am Boden. Die Umstehenden gestikulierten und stritten sich, doch niemand unternahm etwas. Als die Mädchen sich durchzuzwängen versuchten, um zu helfen, wurden sie ziemlich unsanft angefahren. Erst der Hinweis, sie seien für solche Fälle ausgebildet, verschaffte ihnen Raum. Sie brachten den Mann in die stabile Seitenlage, wie sie es beim Bundesverband gelernt hatten. Fast im gleichen Augenblick mußte sich der offensichtlich Ohnmächtige übergeben.

Bei den Lehrgängen hat es sich stets gezeigt, daß die Schülerinnen gegenüber den Aufgaben des Katastrophenschutzes und der Katastrophenhilfe sehr aufgeschlossen waren.

Wir möchten in unserer lebensbezogenen Schularbeit die Ausbildungsarbeit der Herren Naujoks und Werner vom BVS nicht mehr missen.

O. Schitz

Kleinstausstellung

Die Dienststelle Mannheim ist mit der „Kleinstausstellung“ in die Ämter und Behörden gegangen. Gefällig aufgenommen, erregte der Anruf „Hilfe durch Selbstschutz“ die Aufmerksamkeit der Besucher. Die ausgelegten Schriften wurden gerne mitgenommen.

Arbeitsgemeinschaften über Selbstschutz

„Nach langer Wartezeit liegt nun endlich die Verwaltungsvorschrift über Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes auf dem Tisch. Das bedeutet für unseren Verband, daß wir alle verfügbaren Kräfte mobilisieren müssen, damit wir unseren Pflichten

gerecht werden können.“ Dies schrieb die BVS-Dienststelle Pforzheim in einem Rundbrief an alle Helferinnen und Helfer im Stadt- und Landkreis Pforzheim. Es wurde der Beschluß der Dienststelle bekanntgegeben, im Winter Arbeitsgemeinschaften zu veranstalten, in denen das vergessene Fachwissen aufgefrischt wird und Neuerungen besprochen werden. In den Arbeitsgemeinschaften sollen u. a. die Notstandsverfassung, das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, die zivilen Hilfsdienste, der Selbstschutz, die Aufenthaltsregelung, die Sicherstellungsgesetze, der Schutzraumbau und der Warn- und Alarmdienst behandelt werden.

Die Pforzheimer Dienststelle hat innerhalb der Organisationen des erweiterten Katastrophenschutzes einen festen Platz. Die rege Ausbildungsarbeit und die konsequente Aufklärungsarbeit haben bei der Bevölkerung in Stadt und Land ihre Wirkung nicht verfehlt.

Im Jahr 1970 haben an 41 Aufklärungsveranstaltungen 1 026 Personen teilgenommen. 1971 waren es 50 Veranstaltungen mit 1 240 Teilnehmern. 40 Selbstschutz-Grundlehrgänge wurden von 530 Personen, 45 fachliche Unterrichtungen von 712 Personen besucht. 92 Schutzraumbauberatungen und eine weitere Anzahl von Arbeitsgemeinschaften, Dienstbesprechungen mit den aktiven Helfern runden das Bild der Arbeit in der Dienststelle ab.

H. B.

Die Vwv und die Bürgermeister

Die Bürgermeister des Kreises Freudenstadt tagten diesmal im Kurhaus in Hugenbach. In dem reichhaltigen Programm war auch das Referat „Aufgaben des BVS und die Vwv-Selbstschutz“ enthalten, das der Bezirksstellenleiter Erwin Müller hielt. Er erläuterte den Aufbau und die Leitung des Selbstschutzes. Es war den Kommunalpolitikern wohl bekannt, daß für sie eine Reihe von Aufgaben in der Verwaltungsvorschrift Selbstschutz enthalten ist, jedoch drückten einige offen ihren Unmut darüber aus, daß sie diese Aufgaben erfüllen sollten. Besonders viel Unkenntnis über den Selbstschutz zeigten die Bürgermeister, die der Meinung

waren, daß die etablierten Organisationen, wie Feuerwehr und DRK, mit ihren klar umrissenen Aufgaben im Ernstfall ausreichen würden.

Erst die nähere Erläuterung der Aufgaben des Selbstschutzes und seiner Möglichkeiten konnten einige Teilnehmer überzeugen, daß der Selbstschutz wirksam sein kann, auch wenn er keine straff organisierte Organisation darstellt.

Reg.-Rat Dr. Kollnig sprach im Anschluß an dieses Referat über Fragen des Baues von Schutzräumen. Er gab bekannt, daß das Landratsamt in der nächsten Zeit vor allem Architekten und Baumeister über Bau und Finanzierung von Hausschutzräumen informieren werde.

Dienststellen berichten

Dienststelle Reutlingen. Es ist Samstag. Das Fernsehen bringt an diesem Tag ausgerechnet in beiden Programmen interessante Sendungen. So konnte der Heimkehrerverband Reutlingen, der zu seiner üblichen Monatsversammlung eingeladen hatte, mit keinem großen Besuch rechnen; 32 Personen kamen. Der Peter von Zahn-Film „Und wer hilft dann?“ war Diskussionsgrundlage. Manche Unklarheiten konnten beseitigt werden. War doch erst in diesen Tagen über den Film und die Arbeit des BVS in der Presse abfällig berichtet worden.

Urach. Sicherheitsbeauftragte der Industrie, Kommandanten und Beauftragte von Werksfeuerwehren haben im Lehrsaal der Firma Minimax an einem Brandschutzlehrgang teilgenommen. Im Rahmen dieses Lehrgangs wurden die Teilnehmer in einem einstündigen Informationsvortrag mit den Aufgaben und Einsatzmöglichkeiten des Selbstschutzes bei Katastrophen aller Art vertraut gemacht.

Großengstingen. 40 Soldaten, Offiziere und Angestellte haben an einer Aufklärungsveranstaltung teilgenommen, die das Thema behandelte „Die zivile Verteidigung in der BRD“.

Dienststelle Rottweil. Die Einweihung des Vereinsheims des Vereins für deutsche Schäferhunde in Schramberg bot in Verbindung mit dem Städtepokal-Wettbewerb eine günstige Gelegenheit, für die Ausbildung von Rettungshunden zu werben. Besonders Interesse fand das Bild- und Filmmaterial vom „Tag der offenen Tür“ in Rottweil.

Dienststelle Sigmaringen. Aus allen Berichten der Dienststelle geht hervor, daß die Feuerwehr und die Bürgermeister an den Aufklärungsveranstaltungen des BVS teilnehmen. Ein erfreulicher Beweis guter Zusammenarbeit.

Dienststelle Tübingen. 97 Behördenangehörige waren im Sitzungssaal des Landratsamtes zu einem Vortrag „Selbstschutz als Grundlage des Zivilschutzes“ erschienen. Das Referat wurde mit großer Aufmerksamkeit und viel Interesse aufgenommen.

Dienststelle Friedrichshafen. Im Rahmen einer Ausschußsitzung des Vorstandes für berufliche Fortbildung Wangen fand das Referat „BVS und Zivilschutz“ interessierte Zuhörer. 19 Damen und Herren hatten sich im Sitzungssaal der Kreissparkasse eingefunden.

Gruß zum Jahreswechsel

1971 gehört der Vergangenheit an und die Erwartungen, Hoffnungen und Wünsche richten sich auf das neue Jahr 1972 aus.

Das vergangene Jahr hat neben den täglichen dienstlichen Dingen auch Höhepunkte gehabt. Die sehr gut besuchten Ausstellungen und der Tag des freiwilligen Helfers haben den BVS wieder einmal mehr breiten Bevölkerungsschichten näher gebracht und damit für weitere Öffentlichkeits- und Ausbildungsarbeit Möglichkeiten geschaffen. Diese Möglichkeit sollte jeder Helfer und Bedienstete nutzen, damit das Ergebnis des kommenden Jahres sich neben dem des Jahres 1971 gut behaupten kann. Ich danke allen Helfern und Bediensteten für treue Mitarbeit und wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein glückliches „Neues Jahr“.

**Herzliche Grüße
Ihr Görnemann
Landesstellenleiter**

Hauptamtliche Gewerkschafter in Birkenfeld

Wenn es in der Öffentlichkeitsarbeit erlaubt wäre, von „stolzen“ Zahlen zu berichten, dann gehörten ganz gewiß die Informationstagungen für ehrenamtliche Funktionäre der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft dazu, die auf Initiative der Landesstelle Saarland an der Regionalschule in Birkenfeld oder extern veranstaltet wurden. Es waren im Verlauf von drei Jahren 25 Informationstagungen mit annähernd 1000 Teilnehmern der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft aus den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland. Durch die DAG-Geschäftsstellen wurde es ermöglicht, die verschiedensten Berufszweige zu erfassen und auf breiter Basis das Gedankengut des Bundesverbandes für den Selbstschutz und im besonderen die Probleme der Zivilverteidigung verständlich zu machen. Um auch den hauptamtlichen Bediensteten im Bereich des Landesverbandes Rheinland-Pfalz-Saar der DAG die Möglichkeit einer umfassenden Information über den gesamten Aufgabenkatalog des BVS vermitteln zu können, wurden im November auf Wunsch des Landesverbandsleiters und des Personalrates der DAG alle hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Gewerkschaft für einen Tag an die BVS-Landes-schule eingeladen. Es nahmen teil: der Landesverbandsleiter Rudolf Woll, die Leiterin der Abteilung Weibliche Angestellte und der Abteilung Presse, Hedwig Bremer, der Leiter der Rechtsabteilung, Werner Frischholz, der Landesbeauftragte für Betriebspolitik, Heinz Ripplinger, sowie der Landesberufungsgruppenleiter Öffentlicher Dienst, Hans-Dieter Renck, alle aus Mainz, und der Landesberufungsgruppenleiter Bergbauangestellte, Theo Grittner, Saarbrücken. Vertreten waren außerdem die Geschäftsführer und die Verwaltungsangestellten der saarländischen und rheinland-pfälzischen Geschäftsstellen der DAG.

Geschäftsführer K. Becker (Saarbrücken) stellte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Personalvertretung der DAG das gute Ver-



BVS-Landes-schule Birkenfeld: ein Informations- und Ausbildungszentrum

hältnis seiner Gewerkschaft zum Bundesverband für den Selbstschutz heraus, durch das die erfolgreiche Zusammenarbeit in der Vergangenheit möglich wurde. Landesverbandsleiter Rudolf Woll und BVS-Landesstellenleiter E. Scholz (Mainz) würdigten in ihren Ansprachen ebenfalls den Erfolg der jahrelangen Zusammenarbeit. BVS-Fachgebietsleiter Oskar Wachsmuth (Saarbrücken), der Initiator der Veranstaltungen, wies in seinem Referat über die Öffentlichkeitsarbeit des BVS darauf hin, daß insbesondere die DAG im Sinne ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung erheblich dazu beigetragen hat, die Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz in der Öffentlichkeit zu erleichtern.

Nach verschiedenen Fachvorträgen hatten die Tagungsteilnehmer Gelegenheit, die BVS-Landes-schule Birkenfeld zu besichtigen und dabei auch einer Übung zur Ausbildung von Rettungshunden beizuwohnen.

Zum Abschluß der Tagung konnte festgestellt werden, daß die Tagungsteilnehmer — ein sehr kritisches Auditorium — sich nicht nur interessiert zeigten, sondern teilweise überrascht waren über die Vielseitigkeit der Aufgaben des BVS. So hat Landesverbandsleiter R. Woll spontan für alle Bediensteten der DAG eine Grundausbildung während der Dienstzeit angeordnet. Weitere Informationstagungen für das Jahr 1972 wurden von den Berufsgruppenleitern und den Geschäftsführern als Wochen- oder Wochenendtagungen für Personalräte und Funktionäre, ins-

besondere der Berufsgruppen Öffentlicher Dienst, Bergbau, alliierter Dienst und der Privatwirtschaft gewünscht. Die Vorbereitungen dazu laufen in Kürze an.

-LA-

Rückblick auf die Öffentlichkeitsarbeit 1971

Das Ziel der Öffentlichkeitsarbeit der Landesstelle Saarland war im vergangenen Jahr die Verbreiterung der Information, der Meinungspflege und der Klimaverbesserung gegenüber der Öffentlichkeit, wobei es darauf ankam, die Aufgaben des Verbandes durch eine äußerste Konzentration in der gedanklichen und ökonomischen Planung der Werbemittel wirkungsvoll herauszustellen. Demzufolge wurde die Öffentlichkeitsarbeit im Sinne einer echten Vertrauenswerbung geführt.

Auf örtlicher Ebene bildeten zwei besondere Veranstaltungen beachtenswerte Schwerpunkte. Das war einmal die Zivilschutzwoche der Stadt Homburg/Saar, mit deren Durchführung der örtliche Zivilschutzleiter die Dienststelle des BVS beauftragt hatte. Hier wurde im Saarland erstmals durch eine ehrenamtlich besetzte Dienststelle des BVS mit modernen Methoden der Öffentlichkeitsarbeit die Arbeit aller Basisorganisationen der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die zweite Veranstaltung war die Beteiligung der Dienststelle Saarlouis im nördlichen Raum des Saarlandes an der „Grünen Woche“ der Marktgemeinde Lebach, die Jahr für Jahr mehr an regionaler Bedeutung gewinnt.

Überregional wichtig war im Raum des Montandreiecks die BVS-Ausstellung „Erst informieren, dann diskutieren“ anlässlich der Europäischen Verbraucherausstellung „Welt der Familie 1971“ in Saarbrücken, die zum ersten Mal von der Dienststelle Saarbrücken durchgeführt wurde. Hier war besonders die Werbung für den privaten Schutz-

raumbau herausgestellt worden. Auf die Informierung der Bauwilligen über die Möglichkeiten der staatlichen Zuschüsse beim Schutzraumbau wurde im Jahr 1971 großes Gewicht gelegt. Die Arbeit der Landesstelle blieb auf diesem Sektor nicht ohne Erfolg.

Das bereits über zwei Jahre laufende Informationsprogramm für Parteien und Gewerkschaften begann im Februar mit einer Informationstagung für den Verein ehemaliger Saarbergleute (Frührentner) und für die Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute. Von außergewöhnlicher Bedeutung erwies sich im März eine Informationstagung mit dem Landesbüro Saar der Friedrich-Naumann-Stiftung für Kommunalpolitiker der FDP in Anwesenheit von Staatssekretär Wolfram Dorn. Dieser Tagung folgte noch vor Ostern eine Informationsveranstaltung für das Katastrophenschutzamt der Landeshauptstadt Saarbrücken. Nach weiteren Tagungen für verschiedene Gewerkschaften und die Junge Union schloß dieses Programm im November mit einer Informationstagung für alle haupt-

amtlichen Mitarbeiter des DAG-Landesverbands Rheinland-Pfalz-Saar. Diese Tagungen trugen in starkem Maße dazu bei, das Image des BVS zu verbessern und dem Selbstschutz neue Freunde und Multiplikatoren zu gewinnen.

Eine wichtige Aufgabe fiel im abgelaufenen Jahr dem Filmwagen der Landesstelle zu. Er wurde verschiedentlich auch in unserer Nachbarlandestelle Rheinland-Pfalz eingesetzt. Im Saarland hatte er eine Sonderaufgabe; nach dem Vorbild der fahrbaren Informations- und Beratungsstellen besuchte er mit einer leichttransportablen Wanderausstellung verschiedene kleine Orte. Hierbei legte er fast 5000 Kilometer zurück, stand aber auch bei großen Ausstellungen, wie in Homburg, Saarbrücken und Ludwigshafen, „fest vor Ort“ und erreichte beachtliche Zuschauerzahlen.

Selbstverständlich darf bei einem Rückblick auf das Jahr 1971 nicht der gemeinsame Helfertag der Landesstellen Baden-Württemberg Rheinland-Pfalz und Saarland in Stuttgart vergessen werden, bei

dem das Saarland mit 500 Helfern vertreten war. Dieser Helfertag hat zweifellos dazu beigetragen, dem Zusammenhalt unserer Helfer neuen Auftrieb zu geben.

O. R. W.

Personalien

Der bisherige Leiter der BVS-Dienststelle Saarlouis, Walter Therre (51), schied am 31. Oktober 1971 auf eigenen Wunsch aus den Diensten des BVS aus. Walter Therre trat am 1. 1. 1963 hauptamtlich als Sachbearbeiter IV bei der Landesstelle Saarland ein und leitete seit dem 1. 11. 1964 die damalige Kreisstelle — heutige Dienststelle — Saarlouis. Walter Therre war Mitglied und 2. Vorsitzender des Bezirkspersonalrates bei der BVS-Landesstelle Saarland. Als sein Nachfolger in dieser Funktion wurde in der Sitzung des Bezirkspersonalrates am 12. 11. 1971 Claus Schwinger (50), Leiter des Filmwesens, eingeführt.

Bayern



Dank und Ehrung für langjährige Mitarbeiter

Im Rahmen einer Bezirksstellenleiter-tagung in Wasserburg am Inn verabschiedete Direktor Wolfgang Fritze den langjährigen Leiter der Bezirksstelle Oberbayern, Hans-Peter Rittweiler, der in den Ruhestand getreten ist. In einer Ansprache würdigte er die Verdienste Rittweilers um den Verband, besonders sein

Wirken als Mitglied des Hauptpersonalrats, dem er sei 1962 angehörte. Vorher war er Vorsitzender des Bezirkspersonalrats. Bei dieser Gelegenheit überreichte er dem Scheidenden die Ehrennadel des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

Während der gleichen Tagung empfing Sachgebietsleiter Joachim Oeder aus der Hand des Landesstellenleiters Freiherr von Leoprechting die

Dankurkunde anlässlich seines 25jährigen Dienstjubiläums. Der Jubilar leitet seit 1959 das Sachgebiet für das Personalwesen der Landesstelle Bayern.

F.D.P.-Mandatsträger an der Landesschule in Tutzing

Zu einem einwöchigen Informationsseminar über Fragen der zivilen Verteidigung, des Zivil-, Katastrophenschutz und Selbstschutzes trafen sich an der Landesschule in Tutzing am Starnberger See zwei Dutzend kommunale und regionale Mandats-träger der Freien Demokratischen Partei. Die Bürgermeister, Landräte, Stadträte sowie Dezernten und Verordneten zeigten sich sehr aufgeschlossen für die angesprochenen Probleme und gaben freimütig zu, bisher diesen Fragen — die im Bereich des Selbstschutzes gerade die Gemeinden, Städte und Landkreise



Direktor Fritze übergibt Bezirksstellenleiter Rittweiler die Urkunde



Freiherr von Leoprechting überreicht Sachgebietsleiter Oeder die Urkunde.

angehen – zu wenig Beachtung geschenkt zu haben. Landesstellenleiter Frhr. von Leoprechting hatte die aus allen Teilen der Bundesrepublik angereisten Mandatsträger an der Landesschule begrüßt und in das Seminar eingewiesen. Fachreferate, gehalten von den Referenten der Bundeshauptstelle des BVS, leiteten die Tagung ein, die im Abschluß auch praktische Vorführungen im Selbstschutz brachte. Neben den Referenten Dr. Schneider (Öffentlichkeitsarbeit), Häusler (Ausbildung und Unterweisung), Dipl.-Ing. Neckermann (Schutzraumbau) sprachen MinDirig. Dr. Prandl



Großes Interesse fanden in Tutzing vor allem die praktischen Selbstschutz-Vorführungen.

des Reiseleiters Kretzing von der Bundestagsfraktion der F.D.P. an Direktor Fritze deutlich zum Ausdruck.

Ehrung für Stadtdirektor Dr. Raab

Im Amtszimmer des Münchner Oberbürgermeisters Dr. Hans-Jochen Vogel überreichte Landesstellenleiter Freiherr von Leoprechting Stadtdirektor Dr. Ludwig Raab die Ehrennadel des Bundesverbandes für den



Frhr. von Leoprechting (l.) steckt Stadtdirektor Dr. Raab die BVS-Ehrennadel an. Rechts Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel.

vom Bayerischen Staatsministerium des Innern über den erweiterten Katastrophenschutz in Bayern, Frau Darimont über die Frauenarbeit im BVS, Oberstleutnant a. D. Staebler über militärische und zivile Verteidigung in der BRD, Chefredakteur Weidner über das Ziel der Zeitschrift ZS-Magazin sowie Direktor Fritze und Abteilungsleiter Hanke über spezielle Fragen der Gesamthematik. Lehrkräfte der Landesschule übernahmen die Einführung theoretisch wie praktisch in den Selbstschutz. Ergänzt wurde das Tagungsprogramm durch einen Besuch im Warnamt X Starnberg.

Zum Abschluß dieses Seminars zeigte sich, daß die Mandatsträger der F.D.P. – unter ihnen auch der frühere Bundestagsabgeordnete Werner Porsch – neben dem erweiterten Wissen um den Stand der zivilen Verteidigung auch die Überzeugung mit nach Hause nahmen, innerhalb ihres Wirkungskreises verstärkt die Aufgaben des Zivil- und Selbstschutzes ansprechen zu müssen. Dies kam nicht zuletzt in den Dankesworten

Selbstschutz. Die Ehrung Dr. Raabs erfolgte für seine besonderen Verdienste um den Zivil- und Selbstschutz, wie um den Katastrophenschutz in München.

Oberbürgermeister Dr. Vogel erklärte in einer kurzen Ansprache, Stadtdirektor Raab habe für die Sache mehr getan, als es seine Pflicht gewesen sei. Weiter sagte er: „Sie haben die Weisungen und Anordnungen mit Leben erfüllt und sich persönlich sehr engagiert. In Ihrem Fall ist tatsächlich ein Mann ausgezeichnet worden, der es verdient.“

BVS im Dienste der Unfallverhütung

Auch in diesem Jahr hat sich der Bundesverband für den Selbstschutz wieder an der Ostbayerischen Landwirtschafts-, Gewerbe- und Handwerksausstellung in Straubing mit einem Informationsstand beteiligt. „Gefahr, Vorsorge, Schutz und Hilfe“ waren die

Leitworte des BVS-Standes. Dienststellenleiter Tschirnig sowie die Lehrkräfte Pischkale und Rosenhammer von der örtlichen fahrbahnen Ausbildungsstelle beantworteten die Fragen interessierter Ausstellungsbesucher. Nicht weniger als 78 695 Besucher sahen den BVS-Stand, gesegnet über 69 720 Besuchern im Vorjahr.

Besonderes Interesse fand ein Silo-Modell, das die Besucher aus ländlichen Gebieten auf die im Silo drohenden Gefahren hinwies. Das Hauptaugenmerk wurde dabei auf die Verhütung von Silo-Unfällen gelenkt. Die „Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Niederbayern/Oberpfalz“ begrüßte diese zusätzliche Information des BVS und richtete ein Dankschreiben an die Dienststelle Straubing.

Uns unvergessen

Im 78. Lebensjahr verstarb der langjährige Mitarbeiter der Dienststelle Bamberg Georg Förtsch. Er war seit 1935 an führender Stelle im Reichsluftschutzbund tätig, stellte sich 1955 dem Bundesluftschutzverband, Ortsstelle Bamberg, zur Verfügung und war auf dem Gebiet der Organisation und der Ausbildung maßgeblich am Aufbau der Dienststelle Bamberg beteiligt. Seine Frau verstarb zwei Tage vor ihm. Eine Abordnung der Dienststelle Bamberg legte an dem Doppelgrab einen Kranz nieder. Georg Förtsch war Träger der BVS-Ehrennadel.

*

Während eines Erholungsaufenthaltes verstarb überraschend Pius Becht, ein langjähriger Mitarbeiter der Dienststelle Dachau. Der Verstorbene war seit 1964 unermüdlich für den Verband tätig. Er wirkte zuerst als Verwaltungsmann, dann bis zur Umstrukturierung des Verbandes als Leiter der Ortsstelle Dachau und zuletzt als Fachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem war er in letzter Zeit auch noch auf dem Gebiet der Verwaltung tätig. Dienststellenleiter Beetz erwies mit einer Helferabordnung Pius Becht die letzte Ehre.

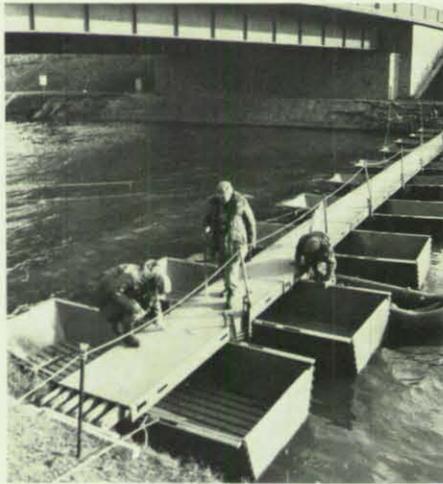
Der BVS wird den beiden verdienten Helfern ein ehrendes Gedenken bewahren.

Herbstübung des THW Berlin

Seit kurzer Zeit besitzt der Landesverband Berlin fünf Funkmeldeempfänger im 4-m-Band, die zur Alarmierung des THW für eine Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr beschafft wurden. Die Geräte sind tragbar, und neben der akustischen und optischen Alarmierung kann auch eine Durchsage der Alarm auslösenden Stelle, der Feuerwehr, empfangen werden. Ausgerüstet wurden mit diesen Funkmeldeempfängern fünf Mitglieder des THW-Einsatzstabes, der sich aus haupt- und ehrenamtlichen Führungskräften zusammensetzt. Die Mitglieder sind Fachführer aller Fachdienste.

Erst seit kurzer Zeit sind sie vom LB zusammengerufen worden und haben, außer in Planbesprechungen, noch nicht zusammenarbeiten können. Die Premiere sollte anlässlich der Herbstübung neben der Alarmierung über die Funkmeldeempfänger ein wesentlicher Übungsfaktor sein.

Die Übung wurde erstmalig nur von ehrenamtlichen Bezirksbeauftragten vorbereitet, die auch die Übungsleitung als Katastropheneinsatzstab übernommen hatten. Alle Lagen, Einlagen und Anforderungen wurden von dort, im Rathaus Lankwitz, über Funk an den THW-Einsatzstab, der in der LB-Dienststelle saß, abgesetzt. Alarm: Am 5. November 1971 um 16.51 Uhr war es endlich soweit: Die Feuerwehr hatte von ihrer Fernmeldezentrale über die Funkmeldeempfänger eine Alarmübung für Einheiten aller Fachdienste ausgelöst. Insgesamt kamen 238 Helfer, davon 206 vom THW und 32 vom ASB, zum Einsatz. Alle Stabsmitglieder und Geschäftsstellen erhielten bis 17.25 Uhr telefonisch einen ersten Einsatzbefehl mit Lagebericht. Der Stab war um 18.30 Uhr voll einsatzbereit, und die Geschäftsstellen hatten ihre Helfer voralarmiert. Eine endgültige Alarmierung war vom Katastropheneinsatzstab zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorgesehen. Gegen 19 Uhr wurde von dort die erste Anforderung herausgegeben. „Die Südpfeiler der Eugen-Kleinbrücke in Lichterfelde sind auf Grund eines starken Sturmes und der damit verbundenen Flut unterspült. Die Brücke ist nicht mehr passierbar. Für



Der Bau eines LH-Pontonsteges über den Teltowkanal war eine der Aufgaben, die im Verlauf der Übung zu bewältigen waren.



Hier lautete der Auftrag, ein Autowrack aus dem Teltowkanal mit Unterstützung der Schwimmtaucher zu bergen und abzutransportieren.

Fußgänger ist ein Überweg über den dort 32 m breiten Teltowkanal zu schaffen.“

Der zuständige Fachführer für den B- und W-Dienst ordnete den Bau eines LH-Pontonsteges an; die ersten zwei Einheiten wurden alarmiert. Drei bis vier Stunden später wurde ein weiterer Überweg gefordert, der als Tonnensteg zu errichten war. Danach ging es Schlag auf Schlag; die ID-Dienste wurden zur Störtruppbegleitung bei der GASAG, BEWAG und zur Schadenbehebung für die Abwasserwerke eingeteilt. — Es zeichnet sich ein Einsatz über rd. 24 Stunden ab, so daß der V-Zug der Bezirksverbände Kreuzberg/Neukölln zur Bereitstellung von Kalt- und Warmverpflegung mit Hochdruck arbeiten mußte.

Bis zum nächsten Morgen gegen 6 Uhr wurden nur die dringend erforderlichen Arbeiten unter Mitwirkung der Sanitätskräfte des ASB ausgeführt. Weitere Einheiten wurden zum

6. November, 6 Uhr, in ihren Unterkünften in Alarmbereitschaft versetzt und die Einheiten vom vergangenen Tag zum größten Teil ausgewechselt. Um 6.32 Uhr erhielten zwei Bergungseinheiten die Anweisung, ihre Kräfte in erhöhte Alarmbereitschaft zu versetzen, da in Kürze mit einem größeren Einsatz des THW in einem U-Bahnhof zu rechnen sei.

Ein K-Zug, eine ID-Gruppe und der ASB wurden um 7.01 Uhr zur Bergung von „Verletzten“ und zum Auspumpen von durch Regenwasser vollgelaufenen U-Bahn-Schächten, wobei eine Trafostation auf dem U-Bahnhof Moritzplatz explodiert war, beordert. Die Einheiten mußten alle Arbeiten unter sehr schwierigen Bedingungen ausführen, denn es handelte sich um Tiefkeller, die noch 15 m unterhalb des eigentlichen U-Bahnhofes liegen. Nach 4 1/2 Stunden waren 15 „Verletzte“ geborgen und wurden vom ASB abtransportiert. Alle Beteiligten waren froh, als sie in ihre Unterkünfte zurückkehren konnten, ein hartes Stück Arbeit lag hinter ihnen.

Andere Einheiten hatten inzwischen mit Unterstützung der Schwimmtaucher des THW aus dem Teltowkanal ein Autowrack zu bergen und abzutransportieren. Wiederum andere Gruppen mußten in Zusammenarbeit mit Störtruppen der Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen Wasser-Gas- und Abwasserleitungen instandsetzen.

Nachdem die Brückenpfeiler durch eine „Baufirma“ wieder repariert waren, konnten auch die beiden Fußgängerstege abgebaut werden; ein hartes Stück Arbeit bei der steilen Randböschung. — Der gesamte Einsatz war am 6. November gegen 19 Uhr beendet.

In einer kurzen, am Nachmittag abgehaltenen ersten Übungsbesprechung, an der die Übungsleitung sowie der THW-Einsatzstab teilnahmen, wurde zum Ausdruck gebracht, daß es eine der härtesten Übungen für alle Beteiligten gewesen sei, die Arbeit jedoch durch den ständigen persönlichen Einsatz jedes einzelnen reibungslos verlaufen sei. Allgemein wurde der Wunsch geäußert, im nächsten Frühjahr wieder eine Übung durchzuführen.

Trautvetter



Große Katastrophenschutz- übung in Dithmarschen

Eine Großübung führte der Kreis Dithmarschen für seine Einsatzkräfte für Katastrophenfälle auf dem Truppenübungsplatz in Riese durch. Dort sollte ein Flugzeug bei einer Notlandung in Flammen aufgegangen sein. Vorher, hieß es in der Übungslage, sei in der Nähe der Ortschaft Neuenkirchen ein Triebwerk der Maschine in einen Bauernhof gefallen und habe ihn in Brand gesetzt. Hier wurden die Freiwilligen Feuerwehren des Amtsbezirks Weddingstedt eingesetzt.

Auf dem Hauptplatz selbst trafen in schneller Reihenfolge ein Fernmeldezug, fünf Züge von zwei Brandschutzbereitschaften, zwei Sanitätszüge, eine Krankentransportgruppe, ein Betreuungszug, eine Verpflegungsgruppe und ein ABC-Zugtrupp ein.

Schiedsrichter sorgten für Einlagen, wie Verkehrsunfälle, Waldbrände und die Entflammung naher Gebäude — alles Möglichkeiten, die bei echtem Einsatz hätten eintreten können. Funk- und Fernsprechverbindungen sorgten für die direkten Kontakte der einzelnen Einsatzstellen.

Die beiden Feuerwehrebereitschaften hatten lange Leitungen von den Wasserstellen bis hin zum Schadensort zu verlegen. Sie halfen außerdem bei der Bergung der Verletzten. Der THW-Bergungszug des OV Meldorf befreite Verletzte aus dem brennenden Flugzeugrumpf. Er bereitete ferner unter Einsatz von Scheinwerfern, Notstromaggregaten und einer Flutlichtanlage die Ausleuchtung der Schadensstelle vor. Die Sanitätseinheiten sicherten die Erstversorgung und den Abtransport der Verunglückten. Der ABC-Dienst übernahm Spür- und Entgiftungsaufgaben. Betreuungsdienst und

Verpflegungsgruppe sorgten für die Verpflegung der Einheiten. In einer anschließenden Besprechung wurde die Notwendigkeit einer sofortigen Einrichtung von Führungsstellen als unumgänglich notwendig erachtet. Dann einigten sich die Teilnehmer darauf, das Kommando über eine Einsatzstelle zunächst dem zuerst eintreffenden Einheitsführer, zumeist dem örtlichen Wehrführer, zu übertragen. Er stellt dann aus Spezialisten eine Führungsgruppe zusammen oder läßt sich auf eigenen Wunsch von einem Vorgesetzten ablösen. Landrat Buhse sprach in dieser Zusammenkunft allen Beteiligten den Dank für das Gelingen der Übung aus. Abschließend wurde den insgesamt 400 Männern und Frauen des DRK, des THW, des Arbeitersamariterbundes, der Feuerwehren, des ABC- und Betreuungsdienstes, die Schulter an Schulter im Zivilschutz Dienst tun, eine heiße Mahlzeit gereicht.



Eine Notbrücke über die Lieser

Wittlich. Der Ortsverband des Technischen Hilfswerks hatte am 29. September eine ganztägige Übung an der Mündung der Lieser in die Mosel. Die Aufgabe der Übung war der Bau eines Trümmer- bzw. Chinasteges. Die 32 Helfer bewiesen bei dieser Übung unter der Leitung von Gruppenführer Hans Lützig ihr hervorragendes technisches Können. Als Gäste waren anwesend: der Bezirksgeschäftsführer des THW, Franz Fass (Trier), sowie die Ortsbeauftragten Stadtbauamtman Hahn (THW Wittlich), Bauamtman Breitbach (THW Bitburg) und der Bereitschaftsführer der 23 LS-BB-RPL, Hans Elsen (Bitburg).

Über die Lieser, an ihrer Mündung in die Mosel, wurde ein Trümmersteg mit einer Länge von 30 Metern für Fußgänger gebaut. Da viele Helfer erst seit kurzer Zeit aktiv im THW sind, hatte diese Aufgabe einen besonderen Reiz. Nachdem der Einsatzleiter sie theoretisch durch-

gesprochen hatte, ging man daran, die erlernten Stiche und Bunde in die Praxis umzusetzen. Das Material für diesen Steg bestand ausschließlich aus Rundholz und Bohlen, die mit Hilfe von Kreuz- und Bockschnürbund zusammengehalten wurden. Nach rund drei Stunden harter Arbeit war der Steg erstellt und das Übungsziel erreicht.

Für das leibliche Wohl sorgten die Köche Karl Weber und Josef Schuhmacher. Ihnen gilt ein besonderer Dank für das vorzügliche Essen!

J. A. Henke

THW-Ortsverband Hermeskeil gegründet

„Ich erkläre den THW-Ortsverband Hermeskeil für gegründet“. Mit diesen Worten des rheinland-pfälzischen Landesbeauftragten des THW, Dipl.-Ing. Sulitze, nahm die Arbeit

einer vielseitigen Hilfsorganisation in der Hochwaldmetropole ihren Anfang. Zu der Gründungsversammlung am 19. November 1971 im Johanneshaus waren rd. 100 Teilnehmer und Gäste erschienen. Darunter waren viele Jugendliche, die nach ihrer Ausbildung den Kern der Helfer des neuen Ortsverbandes bilden werden.

Damit bestehen in Rheinland-Pfalz 37 Ortsverbände.

Zu dieser Gründungsversammlung hatten sich auch Abordnungen der benachbarten Ortsverbände Trier, Saarburg und Bitburg eingefunden. Dem Gründungsauftrag waren 17 Männer aus Hermeskeil und Umgebung gefolgt. Beim ersten Ausbildungsabend fanden sich 31 Helfer ein und stellten Aufnahmeanträge an das THW.

Auch die Ausrüstung für die neuen THW-Helfer steht schon bereit. Wie der LB Dipl.-Ing. Sulitze bekanntgab, wird dem neuen OV eine gute Erstausrüstung zur Verfügung gestellt.

Dazu gehören Motorsäge, Notstromaggregat, Greifzug, Brennschneider und Pumpen ebenso Arbeitskleidung für 30 Helfer. Noch in diesem Jahr wird der OV zusätzlich einen 3,5-to-Mannschaftswagen erhalten.

Die von der Stadt bereitgestellte Unterkunft, das ehemalige Feuerwehrgerätehaus in der Martinusstraße, wird in den kommenden Wochen von den Helfern instand gesetzt und für eine praktische, den THW-Bedürfnissen angepaßte, Nutzung hergerichtet. Auch für die Ausstattung der neuen Unterkunft, wie für Lager-, Schulungs- und Büroräume ist bereits gesorgt. Das Amt eines ehrenamtlichen Ortsbeauftragten hat Max Prösch übernommen, dem der LB das Ernennungsschreiben des Direktors des THW und den Ausweis als Ortsbeauftragter überreichte. Für die Ausbildung der neuen Helfer werden zunächst Ausbilder der Ortsverbände Trier und Nonnweiler zuständig sein. Geschäftsführer Franz Faß, OV Trier, gab der Versammlung einen Überblick über die Vorgeschichte dieser Gründung, während Bürgermeister Schmitt die Gründung des OV Hermeskeil mit anerkennenden Worten begrüßte. Für den Landkreis Trier-Saarburg hob der Kreisoberrechtsrat Werdel die Eigeninitiative der Helfer hervor und sagte die Unterstützung des Kreises zu. Wie Geschäftsführer Faß mitteilte, wurden 1970 von 322 Helfern im Bezirk Trier 32 767 Arbeitsstunden geleistet. Durch die Gründung des OV Hermeskeil wird sich im kommenden Jahr diese Zahl noch erhöhen.

Zehn Jahre THW OV Germersheim

Das Bild an der Rheinfähre war am Samstag, 6. November, vom THW beherrscht. Anlaß war das zehnjährige Bestehen des Ortsverbandes Germersheim. An der Großübung nahmen außerdem die Ortsverbände Neustadt/W., Landau und Bad Bergzabern sowie der Malteser Hilfsdienst Rülzheim teil. Das THW war mit 142 Helfern und vier Amphibienfahrzeugen sowie 20 Geräte-, Funk- und Mannschafts-Kraftfahrzeugen vertreten, der MHD mit zwei Krankenwagen, einem Zelt sowie 15 Helfern. Viele Zuschauer verfolgten die Übung, die unter der Gesamtleitung des THW-Landesbeauftragten für Rheinland-Pfalz, Dipl.-Ing. Sulitze, und des



Bergung eines in das Hafenbecken gestürzten PKW.

Ortsbeauftragten Karl Keller stand. Die Übung erhielt eine besondere Bedeutung durch die Anwesenheit von MdB Leicht, MdL Heid, Oberbürgermeister Morio (Landau), Bürgermeister Maußhardt (Bad Bergzabern), Dr. Elmar Sitzenstuhl als Vertreter von Landrat Schwetje, einem Vertreter der Bezirksregierung und ROAR Ständer als Vertreter des Direktors des THW im Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz.

Für das persönliche Engagement und das große Verständnis bei der Gründung und der Entwicklung des THW in der Kreisstadt, das einmalig in der Bundesrepublik einen Hochwasseralarmzug mit vier Amphibienfahrzeugen, zehn Mehrzweckbooten, einer Feldküche und drei Mannschaftszelten einsatzbereit hält, überreichte der LB Dipl.-Ing. Sulitze MdB Albert Leicht das vom Direktor des THW übersandte THW-Ehrenzeichen in besonderer Ausführung mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die Unterstützungen.

„Man müßte ein Dutzend Augen haben“, so stellten viele Gäste fest, um alle Einzelübungen verfolgen zu können.

Der OV Neustadt hatte eine Ausstellung mitgebracht, führte die im OV und Bergungszug verwendeten Materialien vor, baute ein Gästezelt auf und nahm am Wasserdienst teil. Der OV Landau baute in einer Stunde eine behelfsmäßige Toilette mit Wasserspülung auf, stellte einen Hängesteg her und versorgte rund 180 Helfer und Gäste mit einem wohlgelungenen Erbseneintopf. Der OV Bergzabern baute einen „Beseler Steg“ und demonstrierte die Anwendung der Sauerstofflanze. In 15 Minuten wurde ein 60 cm starker Betonklotz bei 2000 Grad Hitze durchschmolzen, in Katastrophenfällen eine bedeutsame Hilfe für Verschüttete.

Die Helfer vom Malteser Hilfsdienst errichteten ein Zelt für Erste Hilfe, versorgten „Verletzte“, die ihnen mit Amphibienfahrzeugen und Übersetzbooten über den Rhein zugeführt wurden.

Schließlich baute der THW-OV Germersheim eine Grabenbrücke und ein Podium aus Wasserdienstgerät und führte Gerätschaften der Katastrophenschutzgruppe des LRA Germersheim vor.

Die Bergung eines PKW aus dem Hafenbecken durch zwei Amphibienfahrzeuge, die Vorführung eines Tonfilmes „Oelschadensbekämpfung“ und manche andere Demonstrationen von Hilfeleistungen zu Lande und zu Wasser zeigten die Vielseitigkeit und Wendigkeit des THW als Helfer in fast allen Notfällen.

Am Abend fand im Saal der Katholischen Kulturgemeinde ein festlicher Ausklang statt. Eine Kapelle der französischen Streitkräfte aus Neustadt/Weinstraße spielte flotte Weisen zum Tanz. Zu dieser festlichen Veranstaltung waren prominente Vertreter des öffentlichen Lebens, der Industrie u. a. mehr erschienen. Für besondere Verdienste um das THW wurden durch den LB Dipl.-Ing. Sulitze der Ortsbeauftragte Karl Keller und der stellvertretende Ortsbeauftragte Adalbert Schuller mit dem THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz und der Geschäftsführer des Betreuungsbereiches Neustadt/W., Wilhelm Rauh, der gleichzeitig Zugführer des Hochwasser-Alarmzuges ist, sowie die Helfer Rudi Bastian und Udo Kunzfeld mit dem Helferzeichen in Gold ausgezeichnet.

Als Anerkennung für seine dem THW gegenüber immer gezeigte Aufgeschlossenheit wurde vom LB Sulitze Bürgermeister Janzer ein vom LV Rheinland-Pfalz gestiftetes Relief mit Darstellungen aus der Arbeit des THW überreicht.



Der BV Altona in Worms

Am 25. September 1971 erkämpften wir uns auf der Landesausbildungsstätte des THW in Hamburg-Veddel den 1. Platz im Leistungsvergleich auf Landesebene. Der Jubel war groß, und wir freuten uns auf die Teilnahme in Worms.

An den drei Wochenenden vor dem Wettkampf in Worms übten wir nochmals: Stiche und Bunde, Arbeiten mit der Motorsäge, mit dem Brennschneidergerät und den Transport von Verletzten mit und ohne Hilfsgeräten.

Die beiden Kraftfahrer befaßten sich mit der Theorie und der Praxis im Kfz-Wesen. Der Gruppenführer überprüfte zusätzlich sein Wissen auf dem Gebiet der Führungstechnik und -taktik in der Gruppe sowie im Kartenlesen. Die Generalprobe fand am Sonnabend, 16. Oktober, in der Unterkunft und auf dem Übungsgelände des BV Altona statt. Sie klappte gut. Die Gruppe war von Gruppenführer Engel auf den Wettbewerb sehr gut vorbereitet worden, und die Stimmung war ausgezeichnet.

Der Mot.-Marsch war ebenfalls vom Gruppenführer mit Marschzeiten, Marschskizzen und Marschbefehl entsprechend vorbereitet worden; er begann für die beiden Kraftfahrer des GWK am Donnerstag, 21. Oktober 1971.

Am Abend des gleichen Tages trafen sich die restlichen elf Helfer im BV Altona. Die erste Frage von allen:

„Na, sind die beiden Kraftfahrer gut weggekommen?“ Diese Frage konnten wir bejahen, nachdem wir einen Anruf von einem Kraftfahrer gegen 21 Uhr mit einer Erfolgsmeldung kurz vor Frankfurt erhalten hatten. Wir stellten unsere persönliche Ausrüstung zusammen, beluden damit die beiden THW-Kombi und übernachteten im BV Altona. Am anderen Morgen wurden wir um 5 Uhr geweckt. Um Punkt 6 Uhr wurden wir von unserem BB aus Altona und von dem GF verabschiedet. Die Stimmung in der Gruppe war ausgezeichnet. Je weiter wir nach Süden kamen, um so mehr THW-Fahrzeugen begegneten wir.

Am Freitagabend traf noch eine Gruppe des THW BV Hamburg-

Harburg in Worms ein sowie ein Helfer von unserem eigenen BV. Sie waren gekommen, um uns zusätzlich moralisch zu unterstützen. Nachdem unser Gruppenführer die besonderen Weisungen auf einer Dienstbesprechung empfangen hatte, hielten wir in einem ruhigen Lokal eine letzte Besprechung ab. Unsere Ruhe und Ausgeglichenheit hatte plötzlich gelitten, keiner von uns konnte sagen, warum. Jeder wollte etwas zur Diskussion beitragen. Unser Gruppenführer stellte wieder Ruhe und Ordnung her. Um 23 Uhr gingen wir, wohl auch etwas übermüdet, ins Bett. Am Sonnabend ging es pünktlich zum Morgenkaffee und anschließend zum Wettkampfsplatz. Die Aufgabenstellung war klar, und nach einer Begrüßungsansprache durch den Direktor des THW begann pünktlich um 9 Uhr der Wettkampf.

Plötzlich bemerkten wir eine gewisse Nervosität unter uns. Wir dachten mit Unruhe an unsere erste Aufgabe „Stiche und Bunde“. Der eine oder andere von uns wußte plötzlich nicht mehr, wie ein Zimmermannsschlag gebunden wurde, war der Kreuzbund richtig gebunden worden, hatten wir die Bindeleine richtig aufgeschossen? Die vorgegebene Zeit für dieses Aufgabengebiet war um; wir hatten zwar die Zeit nicht überschritten, wußten aber genau, daß wir uns Fehlerpunkte eingehandelt hatten, die unnötig waren.

Bei der zweiten Aufgabe, dem Transport von Verletzten, lief es wesentlich besser. Hier fanden wir unsere Ruhe wieder, und die einzelnen Übungsphasen wurden konzentriert und sachlich durchgeführt.

Anschließend kamen wir zur Kampfbahn für das Arbeiten mit der Motorsäge in drei Trupps. Der Gruppenführer zeichnete die einzelnen Hölzer an, wir montierten die Motorsägen und brachten sie zum Laufen. Die Sägearbeit begann. Wir bemerkten, daß bei einem Trupp von uns eine alte BKL Motorsäge ausgefallen war. Was nun? Die Zeit lief uns weg. Die Säge mußte gegen die mitgebrachte Ersatzsäge ausgetauscht werden. Die Ersatzsäge wurde angerissen, sie lief, die ersten Schnitte am Holz wurden damit ausgeführt, die Übungszeit war abgelaufen, ohne daß

die Arbeit vorschriftsmäßig beendet worden war. Nervös und unruhig gingen wir alle zum Geräteablageplatz zurück. Wir wußten, bei diesem Übungsteil hatte nicht alles so geklappt wie es sollte. Die Stimmung unter uns sank. Unser Gruppenführer verstand es aber nochmals, Ruhe unter uns herzustellen.

Jetzt kam der letzte Übungsteil, das Arbeiten mit den Brennschneidergeräten. Fast alle hatten beruflich damit zu tun, hier konnte nicht viel passieren, und doch, plötzlich bei einem unserer ganz „alten und sicheren Hasen“ fiel das herausgebrannte Eisen nicht aus der Eisenplatte heraus. Also, auch hier unerwartete Fehlerpunkte! Nach Beendigung dieses Übungsteiles gingen wir alle ziemlich „geknickt“ vom Wettkampfsplatz. Der Leistungsvergleich war beendet. Unsere erste Frage an unsere beiden Kraftfahrer: „Wie ist es bei euch gelaufen?“ „Ganz gut, aber einige wenige Fehlerpunkte hatten wir auch.“ – Wir waren alle der Meinung, daß ein von uns erhoffter vorderer Platz nicht erreicht worden war.

Trotzdem, voller Spannung warteten wir auf das Eintreffen von Bundesinnenminister Hans Dietrich Genscher. Wir konnten es nicht fassen, als es bei der Siegerehrung hieß: „3. Platz: Der BV Altona aus Hamburg, Empfang eines Ehrenpreises – eine große Tonvase mit dem Stadtwappen der Stadt Worms – durch den Oberbürgermeister von Worms.“ Wir konnten uns im ersten Moment nicht von unserem Aufstellungsplatz lösen, um die Glückwünsche entgegenzunehmen, doch dann war unser Jubel groß. Die Anspannung in uns allen war plötzlich weg, wir klopfen uns auf die Schultern und beglückwünschten uns gegenseitig. Die Helfer des BV Hamburg-Harburg freuten sich so, als wenn sie den 3. Platz selbst erkämpft hätten. Anschließend beglückwünschten wir die Siegermannschaft aus dem Saarland und den zweiten Sieger aus Bayern.

Beim gemeinsamen Mittagessen überreichten wir Bundesinnenminister Genscher und Ober-Ing. Feydt von der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler einen Gruß aus Hamburg in Form einer Standarte, versehen



Die 3. Siegermannschaft im Bundeswettkampf um den Genscher-Pokal. Die siegreichen Helfer vom BV Altona auf der Heimfahrt.

mit dem Hamburg- und THW-Wimpel. Am Nachmittag sandten wir einen Helfer aus unseren Reihen zu einer gemeinsamen Besprechung mit Staatssekretär Dorn und Ministerialdirektor Thomsen, um dort die THW-Sorgen und Wünsche für die Zukunft noch einmal klar und deutlich vorzutragen.

Der gemeinsame Kameradschaftsabend wurde mit Fröhlichkeit, Humor und Ausgelassenheit über unser gutes Abschneiden verlebt. Wir konnten für alle THW-Helfer zur allgemeinen Unterhaltung auf der Bühne „Hammerlied“ zum Besten geben und ernteten viel Beifall. Nach Beendigung des offiziellen Teiles beschlossen wir in einem ruhigen Lokal den Abend mit lebhaften Diskussionen. Am Sonntagmorgen lag so dichter Nebel im Rheintal, daß wir unseren Abmarsch von 8 Uhr auf 10 Uhr verschieben mußten. Bei einem technischen Halt auf einem Rastplatz kamen wir dann dazu, von unserer Gruppe eine gemeinsame Fotoaufnahme zu machen. Am Sonntagabend waren wir um 20 Uhr wieder im BV Hamburg-Altona bis auf den GWK,

der erst im Laufe des Montages zurückerwartet wurde. Während der Rückfahrt kamen wir auf die Idee, aufgrund unseres guten Abschneidens in Worms, ein Fest – vor allem für unsere Damen – am kommenden Wochenende zu arrangieren. Am Montag, nachdem der GWK mit den beiden Fahrern eingetroffen war und wir das geliehene Gerät und den GWK wieder übergeben hatten, setzten wir uns zusammen, um das kommende Fest zu besprechen. Am Festtag waren wir dann einschließlich der Gäste und Damen insgesamt 47 Personen. Zwischen 19.30 und 20 Uhr trafen wir in der Unterkunft des BV ein. Unser Koch hatte bereits vorher den Grünkohl gekocht. Am Freitagabend wurden von einer Helferin 25 Pfund Kartoffeln geschält. Am Sonnabendnachmittag kamen in den Grünkohl noch 20 Pfund Kassler und 20 Pfund Kochwürste hinein. Während wir uns an einem Sherry genüßlich taten, deckten vier Mann Bedienung – junge Helfer unseres BV sowie eine Ehefrau – sachkundig und mit viel Liebe die Tafel im Kameradschaftsraum. Unser

Koch bat uns um 20.30 Uhr zum Essen. Zum Grünkohl gab es je nach Geschmack Rotwein oder Bier. Es muß allen Festteilnehmern gut geschmeckt haben, denn außer einer ganz kleinen Portion Grünkohl und Kartoffeln blieb nichts übrig. LB Kluge würdigte noch einmal unsere Leistung in Worms und überreichte uns die Ehrenurkunde für den 3. Platz im Bundeswettkampf. Der Ausbildungsleiter Klock, von der Landesausbildungsstätte THW Hamburg-Veddel, überreichte uns nachträglich den THW-Ehrenpreis – ein graviertes Silberteller für den Erwerb des 1. Platzes beim Leistungsvergleich auf Landesebene in Hamburg. Zur großen Freude der Damen war damit der offizielle Teil des Festes abgeschlossen. Der Tanz nach mitgebrachten Tonbandkassetten begann, und das Fest endete in feucht-fröhlicher Stimmung erst in den frühen Morgenstunden des Sonntages. Alle waren zufrieden, vor allem die Damen, die uns – im voraus – die Erlaubnis gaben, an kommenden Leistungswettbewerben mit ebenso großem Erfolg teilzunehmen.

J. Schlumbohm

THW-Erfolgsmeldung einmal anders!

Am Mittwoch, 15. September 1971, wurden beim DRK Bremen als Blutspender 6 THW-Helfer mit der goldenen, 7 mit der silbernen und 9 mit der bronzenen Ehrennadel ausgezeichnet.

Im BV Bremen-Ost besteht seit Jahren eine 30 Mann starke „Blutspender-Gruppe“, die vom Bezirksbeauftragten Erich Behrendt angeführt wird. Der BB, gleichzeitig ältester Blutspender dieser Gruppe, ist ebenfalls mit der goldenen Ehrennadel geehrt worden. Aber auch die sportliche Ertüchtigung wird im BV großgeschrieben: Seit sechs Jahren beteiligen sich Helfer im Mannschaftskampf und als Einzelläufer an den „Internationalen Bremer Volksläufen“.

Auch hier konnten schöne Erfolge gebucht werden, so wurde die THW-Mannschaft 1969 Zweiter, 1970 Erster und 1971 Dritter und das bei starker Beteiligung von Militäreinheiten der Bundeswehr, der Holländer, Engländer und anderer NATO-Partner sowie befreundeter Katastrophenschutz-Organisationen. Nebenbei beteiligten sich die Helfer aber auch noch an den Wettbewerben für das Sportabzeichen.

Jochmann

Brückenbau beim OV Bremerhaven

Nach dem Bau einer 7 m langen und einer 12 m langen Fußgängerbrücke für die Stadt wurde dem OV Bremerhaven vom Straßen- und Brückenbauamt der Bau einer 22 m langen und 1,80 m breiten Fußgängerbrücke über eine Eisenbahnunterführung an der Bundesstraße 6 angeboten. Ein Brückenbauobjekt in dieser Größenordnung reizte die OV-Leitung sowie die Helfer, und so konnte die Zusage nicht ausbleiben. Bei der Konstruktion mußten eine Anzahl Bauauflagen der Bundesbahn und Bauwünsche der Stadt berücksichtigt werden. Gefordert wurden ein freitragendes Mittelstück von 7,50 m Stützweite mit einer Lichtraumhöhe von 4,80 m, sowie eine Verkehrslast von 500 kg/m². Während der Bauarbeiten durfte der Zug-



In 982 Stunden bauten die Helfer des THW-OV Bremerhaven eine Fußgängerbrücke von 22 m Länge.

verkehr nicht unterbrochen werden. Der Wunsch der Stadt: Eine gefällige Brückenkonstruktion mit Sprossen-geländer und einer Nutzzeit von 10 Jahren.

Alle diese Forderungen wurden in einem Bauentwurf mit Zeichnung, statischer Berechnung und Materialliste im OV erarbeitet. Als Fundament für die zwei Joche und die Endlager wurden Betonbohrpfähle vorgesehen; die von einer Baufirma eingebracht werden sollten.

Nachdem die Baupläne den langen Instanzenweg durchlaufen hatten und einige Neuauflagen der Bundesbahn berücksichtigt waren, konnte mit den Arbeiten begonnen werden.

Die Unterkunft des OV verwandelte sich in eine Großzimmerei; denn die Joche, Geländer und andere Bauteile sollten in den Ausbildungsstunden innerhalb von vier Wochen vorgefertigt werden.

Für das Geländer allein mußten 148 Sprossen geschnitten und beidseitig angezapft werden; das erforderte 296 Zapfenlöcher im Handläufer und dem unteren Geländerträger. Hier bewährte sich die zum Brückenbaugerätesatz gehörende Zapflochfräse hervorragend, die im OV erstmalig eingesetzt wurde. Während der Heimarbeit wurde der Arbeitsplan für die Baustelle erstellt, der ein sicheres Arbeiten ohne Behinderung des Zugverkehrs gewährleisten mußte. Für das Einbringen der Joche sowie der neun, etwa 550 kg schweren Tragbalken wurde eine Drahtseilbahn vorgesehen, die, über zwei Stahldreiböcke an den Böschungsköpfen geführt, unter Benutzung des GKW-

Windenseiles aufgebaut werden sollte. Bei den für den Zusammenbau der Brücke vorgesehenen drei Wochenenden bewährte sich diese Drahtseilbahn hervorragend.

Nachdem die Hauptelemente der Brücke gebohrt und verbolzt waren, wurde der Tragbelag aufgebracht, das vorgefertigte Geländer mit seinen Stützen und Streben montiert sowie ein Hartholz-Gehbelag befestigt. Nach einem zweiten Imprägnier-anstrich konnten die Arbeiten in der vorgesehenen Zeit abgeschlossen und die Brücke der Stadt durch den Ortsbeauftragten übergeben werden. Bei der Brückeneinweihung bedankte sich der Baudezernent der Stadt für die hervorragend geleistete Arbeit und stellte die selbstlose Tätigkeit der Helfer heraus.

Durch den Bau der Brücke konnte eine dauernde Gefahrenquelle für die Fußgänger an der Straßenecke endgültig beseitigt werden. Für diesen Brückenbau leisteten die Helfer des OV Bremerhaven 982 Stunden. Verbaut wurden 16 m³ Holz.

A. Schröder

Bremerhaven. Als der Wulsdorfer Schützenverein an den OV Bremerhaven mit der Bitte um Mithilfe bei der Verpflegung von 110 Vereinsmitgliedern herantrat, wurde dieser Bitte gerne entsprochen. Neben der Unterstützung des Vereins war damit die Möglichkeit gegeben, auch mal für eine größere Personenzahl ein Mittagessen zu kochen.

Wilhelm Hermann †

Der Landesverband Bremen trauert um seinen Kameraden Wilhelm Hermann, der im Alter von 56 Jahren von uns gegangen ist. Seit 1953 im THW, 1957 mit der Goldenen Nadel ausgezeichnet, hat er beim Aufbau des THW in Bremen mitgewirkt und an entscheidender Stelle seine Kenntnisse den jungen Helfern vermittelt. Wir werden ihn nicht vergessen.

Der Landesverband Bremen
Der Bezirksverband Bremen-Neustadt

In harter Arbeit eine Weiche für's Museum

Helfer des Ortsverbandes Minden bargen an drei Samstagen am Bahnhof Friedrich-Wilhelm-Straße wertvolles Gut: Eine inzwischen rar gewordene Doppelkreuzungsweiche (Schmalspur) der alten Mindener Kreisbahn (MKB). Sie war der neuen Straße im Wege, die hier entlang führen soll.



Die Mindener Helfer hatten nicht geringe Mühe, die alte Weiche aus dem Erdreich zu reißen.



Verladen der Weiche auf einen Waggon zur Fahrt ins Museum.

Mit einem THW-12-t-Kran verladen die Männer das Gleismaterial fachmännisch auf einen Waggon. „Der Umgang mit schweren Lasten unter Verwendung von schwerem Gerät — wie er gerade beim Eisenbahnbetrieb anfällt — bietet sehr gute technische Ausbildungsmöglichkeiten“, formulierte Ortsbeauftragter Ing. (grad.) Wilfried Reuter.

Die THW-Männer haben sich auch nicht umsonst so große Mühe bei der Demontage gegeben: Die Doppelkreuzungsweiche soll noch einmal zu einem rühmlichen Einsatz kommen. Sie wird in die Gleisanlagen der Museumsbahn in Bruchhausen/Vilsen eingebaut und den historischen Dampf-

zügen den rechten Weg weisen. Der THW-Ortsverband Minden hat an dieser Anlage bereits häufig Gelegenheit gehabt, im Rahmen von technischen Übungen den Hobby-Eisenbahnern zu helfen.

THW Leverkusen richtete sich ein Heim ein

Die Helfer von Leverkusen haben es geschafft: Sie können jetzt mit Stolz von ihrer Unterkunft, von ihrem Heim sprechen. In einem zunächst unwirtlichen, alten Bunker haben Helfer und oft auch sogar ihre Frauen in vielen Wochen ein Heim geschaffen, nachdem ihnen nur diese Möglichkeit aus einem nicht mehr haltbaren Zustand heraus offen blieb.

An einem städtischen „Tag der offenen Tür“ kamen Gäste und viele Besucher aus der Stadt Leverkusen, um der Indienststellung der Unterkunft beizuwohnen. Bürgermeister Lützenkirchen gab seiner Hochachtung vor der freiwilligen Absicht seiner THW-Bürger Ausdruck, und Landesbeauftragter Kautzky hatte wie der Vertreter des Regierungspräsidenten, Grillo, zuvor Dank und Anerkennung für die Eigeninitiative gesagt und eine günstige Entwicklung gewünscht.

Wie alle Bürger wünschen sich die 150 Leverkusener Helfer eine Entwicklung, die keine Noteinsätze kennt — bei aller Bereitschaft zur Vorsorge. Den Helfern wird es auch ohne Einsätze nicht langweilig. Im Gegenteil, die Gegenwartsaufgaben sind den Helfern Tag für Tag klar und Bedürfnis: Die theoretische und praktische, technisch orientierte Ausbildung, die den Helfern auch zu Hause und im Berufe zugute kommen kann. Weiter sind die Helfer vollauf damit beschäftigt, die kameradschaftliche Anleitung und Betreuung der jugendlichen Helfer immer wieder neu zu übernehmen, ihnen Humanität, Technik und Unfallverhütung nahezubringen, Modellbau, Heimausgestaltung und andere sinnvolle Freizeittätigkeiten neben den

Veranstaltungen für Geselligkeit, für Werbezwecke und vor allem auch neben den gemeinnützigen Hilfeleistungen verschiedener Art durchzuführen.

Es bedurfte nicht erst der THW-Beteiligung an der „Rhein-Kosmetik“, um die Leverkusener auf die permanente Nützlichkeit der freiwilligen THW-Helferschaft hinzuweisen. Die THW-Männer hatten zur anschaulichen Information für ihre sehr interessierten Gäste im „Vorgarten“ der Unterkunft, die noch eines freundlichen Anstrichs bedarf, THW-Geräte und kleine Übungsteile ausgestellt oder durchgeführt. Von der Tonnenfahre über eine (dem Land NRW gehörende) Wasserbereitungsanlage bis hin zur bewährten Sauerstoffpflanze, die der Helfer Berger meisterlich lenkt, erhielten die Zuschauer, zum Teil wohl erstmalig, einen Einblick in die OV-Arbeit. Die ganze Mühe der besorgt und emsig wirkenden Gastgeber, der Helfer also, die auch noch die Nacht über unentwegt Vorbereitungen getroffen hatten, kam aber erst richtig zur Geltung, als die Räumlichkeiten mit ihren liebevoll, zweckmäßig und einfallsreich eingebauten „Innereien“ gezeigt und erläutert wurden. Viele Quadratmeter konnten für die Ausbildung der Fachdienste, für die Kleider- und Gerätekammern, für die geschäftlichen bzw. administrativen Notwendigkeiten und auch für die Geselligkeitspflege hergerichtet werden. Es tat der Vorstellung keinen Abbruch, daß überall die Anstrengungen zu erkennen waren, wie man sich behelfsmäßig Komfort geschaffen hat, daß man „einem geschenkten Gaul nicht ins Maul gucken“ und „aus Alt wieder Neu machen“ solle, dies waren die Hilfswerker-Regeln der alten und jungen Helfer. Und die Gäste spürten es bei der Besichtigung, daß hier in Leverkusen über die gemeinsame Arbeit — der Ausbildungsleiter Otto Nowack und der Geschäftsführer Gerhard Straub haben sie angekurbelt und geleitet — eine zu guter Tat bereite Mannschaft zusammengewachsen ist.

Zum Abschluß fanden sich die Gäste und Besucher zum stets begehrten Feldküchen-Essen zusammen. Es war kein Wunder, daß das Eintopf-Essen

gut schmeckte, ebenso, wie die Gaben aus der selbstgebastelten Bier-Bar schnell ihr verständnisvolles Publikum fanden; es war gar kein Wunder, daß alles schmeckte, denn die

Ehefrauen und die Freundinnen der Helfer hatten ja mit Charme, Geschick und Eifer auf dem Versorgungs-Sektor zum Gelingen des bürgerschaftlichen THW-Festivals beigetragen. Ja, was

wäre das THW ohne die Frauen, ohne die Helferinnen, die mit und die vielen ohne Helfer-Ausweis, ihre Arbeit muß noch beschrieben und gewürdigt werden.

Aber auch in Leverkusen war es eben zu erfahren und zu sehen, eine Arbeit, die in Ziel, Aufgabe und in der Art und Weise solide, seriös, sinnvoll und überzeugend ist, eine solche humanitäre Arbeit wie die des THW findet und begeistert stets wieder neue Mitglieder, Männer und Frauen, die freiwillig nach Kräften und mit Herz einen Beitrag für jeden Nächsten leisten. THW in Leverkusen — Glück auf!

H. Wolf



Bei der Schauübung wird das Abseilen eines Verletzten demonstriert. Die Höhe des Bunkers ist geradezu ideal für solche Übungen.



Zur Mittagszeit gab es Erbsensuppe mit Wurst, die unter Mithilfe der Ehefrauen und Freundinnen der Helfer bereitet wurde.

Von einer Übung zum Einsatz

Kamen-Hengsen: Am 18. September, Samstagvormittag, war die Kamener Bereitschaft zur Ausbildung nach dem Truppenübungsplatz Hengsen-Opherdicke ausgerückt. Dort wurden Übungen im Gelände und für die Kraftfahrer Geländefahrten durchgeführt.

Gleichzeitig führten die Springer des Fallschirmsportspringerclubs Holzwickede eine Ausbildung im Zielspringen auf dem Truppenübungsplatz durch. Einer der Fallschirmspringer machte aus einer Höhe von 400 Metern einen automatischen Zielsprung. Zu seinem Pech landete er nicht in dem vorgezeichneten Ziel, sondern in einer knorrigen, etwa 20 Meter hohen Eiche. Hilflos hing er in den Ästen des Baumgipfels.

Zu seinem Glück beobachteten die in zirka 200 Meter Entfernung übenden THW-Helfer seinen „Seitensprung“. Der Sanitäter der Kamener Einheit fuhr sofort mit dem Jeep zur Unfallstelle, um Erste Hilfe zu leisten. Dem Fallschirmspringer war jedoch nichts passiert, nur konnte er sich nicht selbst aus seiner mißlichen Lage befreien.

So wurde aus der Übung ein Bergungseinsatz.

Ein Gerätewagen wurde über Funk angefordert, Leitern zusammengesteckt, Leinen und Seile zurechtgelegt. Mit einer Motorsäge mußten mehrere Äste aus dem Baumgipfel geschnitten werden. Mit Geschick holten die Männer des THW den Mann und seinen Fallschirm aus dem Baum auf die Erde zurück.

Peter Müller

Hilfsaktion nach einem „Unwetter“

Die teilweisen katastrophalen Ausmaße und Folgen von Unwettern, die sich in den beiden vergangenen Jahren im Kreisgebiet Merzig-Wadern ereigneten, hatten allen Hilfsorganisationen recht schwierige Aufgaben gestellt. Die Erfahrungen daraus — aber auch die Notwendigkeit, den Ausbildungsstand zu verbessern — veranlaßten THW-Geschäftsführer Ballnus, zusammen mit Peter Keren, dem Ortsbeauftragten des OV Obermosel, eine Großübung auszuarbeiten. Am Wochenende ging sie unter Beteiligung von 25 Helfern aus Perl/Besch, 20 aus Wadern, 15 aus Merzig und 18 aus Mettlach im Raum zwischen Besch und Nennig in Szene. Das Hauptquartier wurde auf der Halbinsel an der Laichmosel aufgeschlagen.

Vorausgesetzt wurde ein schweres Unwetter mit verheerenden Ausmaßen in beiden Orten. Bei Nennig an der B 419 sollte sich ein Bergrutsch ereignet haben, der die Evakuierung eines Teils der Bevölkerung notwendig machte. Da die Straßen versperrt und überflutet waren, blieb die Mosel der einzige offene Weg. Amtsvorsteher Langel beauftragte am Samstagnachmittag Einsatzleiter Keren, den Abtransport der gefährdeten Personen zu veranlassen. Dies geschah mit Hilfe der beiden mit Außenbordmotor ausgerüsteten Mehrzweckboote. In einem rasch aufgeschlagenen Zeltlager wurden die Geretteten betreut, mit warmen Getränken versorgt und in ein Ausweichquartier nach Tettingen gebracht.

Inzwischen war auch der Mettlacher THW-Ortsverband eingetroffen, um einem Seil-Hängesteg über die Laichmosel, eine Bootsanlegestelle und einen Tonnensteg zu bauen. Das alles geschah nicht etwa schulmäßig, sondern — wie im Ernstfall — unter hektischem Zeitdruck.

Aber das Anhalten des Unwetters mit starken Regenfällen machte den Einsatz auch der Ortsverbände von Merzig und Wadern notwendig. Die Merziger setzten eine Brunnenbohrung an und errichteten einen Wasser-Hochbehälter mit Waschanlage, während sich Wadern um die Nachrichten-



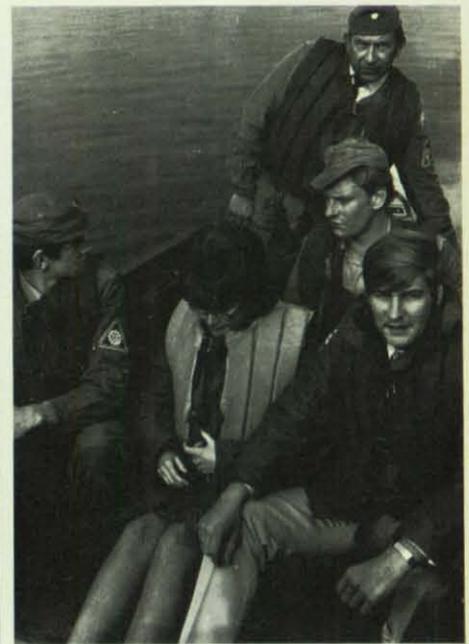
Ortsbeauftragter Keren erläutert als Einsatzleiter die Übung.



Anlegen des Mehrzweckbootes bei der Evakuierung von Obdachlosen.



Der Hängesteg über die Mosel ist fertig. Die Helfer überzeugen sich von der Stabilität des Steges.



Das Mehrzweckboot legt mit den ersten evakuierten Personen aus den gefährdeten Häusern am Ufer an.

verbindung bemühte. Der Amtsvorsteher hatte mitgeteilt, daß ein großer Teil des Fernsprechnetzes ausgefallen sei.

In Besch selbst war am Sonntagmorgen ein Wohnhaus unterspült worden und eingestürzt. Es gab mehrere Verletzte, die von Merziger Helfern geborgen und zur Ersten Hilfe ins Zelt auf der Halbinsel gebracht werden mußten. Insgesamt 93 Perso-

nen, teils von Kindern, freiwilligen Darstellern und auch THW-Helfern „gespielt“, wurden in die allgemeine Rettungsaktion einbezogen.

Der Übungsverlauf war, wie Geschäftsführer Ballnus und Einsatzleiter Keren am Sonntagmittag den „Manövergästen“ berichten konnten, durchweg befriedigend. Nur konnten die Einsatzgruppen, was Material und technische Ausrüstung anbetraf, leider nicht so

aus dem Vollen schöpfen, wie es eigentlich wünschenswert gewesen wäre. Es fehlt noch an manchem, vor allem an beweglichem Baumaterial und an Nachrichtengeräten. Auf diesen Mangel wurden besonders Landrat Linicus und die beiden Landtagsabgeordneten Becker und Frank hingewiesen.

Mit viel Interesse begutachteten der Stellvertreter des Landesbeauftragten, A. Schillo, sowie die Bürgermeister des Bezirks Perl, Polizeirat Huwig, Merzigs Bürgermeister Caspar, mehrere Beobachter der Feuerwehren, des DRK und des MHD und Offiziere der Bundeswehr die während des Einsatzes errichteten Bauten. Am Vortage hatte schon Graf Preysing als Repräsentant der Firma V & B der Übung einen Besuch abgestattet. Als sich der Nebel über dem Fluß gehoben hatte, gab es für die Gäste auch noch Gelegenheit zu einer Fahrt mit den beiden Mehrzweckbooten.

T. Plettenberg

25. Ortsverband gegründet

Am 16. November wurde im Beisein der hauptamtlichen Bürgermeister Blatt (Elversberg) und Kohler (Spiesen), des Landesbeauftragten, des zuständigen Geschäftsführers für den Betreuungsbereich Neunkirchen und Vertretern der örtlichen Feuerwehren und des DRK der Ortsverband XI/25 Elversberg gegründet. Geschäftsführer Müller begrüßte die Anwesenden, unter denen sich 36 Helfer des bisherigen Stützpunktes Elversberg-Spiesen befanden.

Anschließend gab Landesbeauftragter Reimann seiner Freude darüber Ausdruck, daß zur Sicherstellung des Katastrophenschutzes im Landkreis Ottweiler der OV Elversberg gegründet wird. Seine weiteren Ausführungen galten der Darstellung der Aufgaben des Katastrophenschutzes. Eine ausführliche Übersicht über die Entwicklung des Technischen Hilfswerks von der Gründerzeit bis zur Gegenwart folgte unter Hinweis auf Ziele und Aufgaben, wobei das vorgesehene Aufgabengebiet des neugegründeten Ortsverbandes umrissen wurde. Dann wurde die Ernennungsurkunde zum kommissarischen Ortsbeauftragten an Herrn Mayer ausgehändigt.

Die Bürgermeister Blatt und Kohler überbrachten in kurzen Ansprachen die Grüße der Mitglieder der Gemeinde-

räte und sagten jede mögliche Hilfe der beiden Verwaltungen zu. Die Vertreter der Freiwilligen Feuerwehren und des Deutschen Roten Kreuzes Elversberg und Spiesen überbrachten ebenfalls Grüße, wobei der Schwerpunkt ihrer Ausführungen auf dem Wunsch für gute Zusammenarbeit lag.

Zum Abschluß der Gründungsversammlung sprachen der Landesbeauftragte und der kommissarische Ortsbeauftragte die Hoffnung aus, daß der neugegründete Ortsverband Elversberg ein wesentlicher Bestandteil des Katastrophenschutzes im Saarland werde.

G. Faß

Mit neuen Kräften beginnen

Die Bestrebungen des THW-Landesverbandes Saarland, in Beckingen einen Ortsverband zu gründen, sind gelungen. In einer Gründungsversammlung im Lokal Tiné-Hoffmann, zu der Amtsvorsteher Jacobs eingeladen hatte, wurde Willi Schreier zum ersten kommissarischen Ortsbeauftragten ernannt. Die Begrüßung der Gäste nahm Amtsvorsteher Jacobs vor. Es war kein Zufall, daß bis auf einen alle Bürgermeister der amtsangehörigen Gemeinde, ebenso fast alle Wehrführer, gekommen waren. Vom THW waren Landesbeauftragter G. Reimann (Saarbrücken) sowie der Geschäftsführer des Kreises Merzig-Wadern, H. Ballnus, neben weiteren Mitgliedern gekommen. Reimann dankte dem Amtsvorsteher für die Unterstützung und gab seiner Freude über den außerordentlich guten Besuch der Veranstaltung Ausdruck. Heute versehen innerhalb des Bundesgebietes 70 000 Helfer in 570 Ortsverbänden ehrenamtlichen Dienst, alleine 2500 an der Saar; Beckingen ist nun der 26. Ortsverband des Landes.



Gründungsversammlung in Beckingen.
V. l. GF Ballaus, Amtsvorsteher Jacobs, OB Schreier, LB Reimann und TA Faß.

Obwohl eingangs durch den Amtsvorsteher und auch durch den Landesbeauftragten Reimann bereits darauf hingewiesen wurde, daß mit der Gründung eines THW-Ortsverbandes keine Konkurrenz zur Feuerwehr, zu DRK und MHD geschaffen werden soll, ergab sich in der nachfolgenden Diskussion, daß seitens der anwesenden Gäste gerade im Hinblick darauf Bedenken angemeldet wurden. Befürchtungen einiger Gäste wegen „Abwerbung“ ihrer Mitglieder durch den neuen THW-Ortsverband konnten jedoch zerstreut werden, weil das THW keineswegs daran denkt, bestehenden Institutionen Kräfte wegzuziehen, sondern sich darum bemühen wird, eigene Kräfte aus dem gesamten Bereich des Haustadter Tales zu gewinnen.

Josef Ernst †

Am Donnerstag, 18. November, starb der langjährige Verwaltungssachbearbeiter beim LV Saarland, Josef Ernst, nach einem kurzen Krankenhausaufenthalt unerwartet im Alter von 68 Jahren an einem Herzleiden.



Als Josef Ernst am 16. Okt. 1958 im Alter von 55 Jahren seinen Dienst beim Landesverband Saarland antrat, lag die Gründungsversammlung des LV erst rund 3/4 Jahre

zurück, da der jüngste Landesverband aufgrund der damaligen politischen Gegebenheiten erst am 21. Januar 1958 gegründet wurde. Somit gehörte er zum Kreis der wenigen hauptamtlichen Angestellten, die einen wesentlichen Anteil an der Aufbauarbeit im Landesverband haben. Am 30. April 1968, wenige Tage nach der Vollendung des 65. Lebensjahres, trat er in den verdienten Ruhestand. Mit Herrn Ernst verlieren wir einen verdienten Mitarbeiter, der auch nach seinem Ausscheiden als Bediensteter des Landesverbandes dem Technischen Hilfswerk kameradschaftlich verbunden war.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesbeauftragte für das Saarland



Tagung der Ortsbeauftragten in Schwäbisch-Gmünd

Die jährliche Zusammenkunft der THW-Ortsbeauftragten und hauptamtlichen Geschäftsführer aus Baden-Württemberg fand im vergangenen Jahr am 5. und 6. November in Schwäbisch Gmünd statt.

Nach der Begrüßung durch den Ortsbeauftragten für Schwäbisch Gmünd, Architekt Domhan, und den Grußworten von Oberbürgermeister Dr. Schoch sowie des Vertreters des Landrats, Reg.-Direktor Dr. Stroh, dankte der Landesbeauftragte Dipl.-Ing. Lenz für den freundlichen Empfang. Anschließend gab er einen Rückblick auf das Jahr 1971 und eine Ausschau für 1972.

Nach einem kleinen Frühstück, das von der Stadt Schwäbisch Gmünd gegeben wurde, sprach Ministerialrat Bozler als zuständiger Referent des Innenministeriums Baden-Württemberg. Er überbrachte die Grüße des verhinderten Innenministers Walter Krause und ging in einem längeren Vortrag auf den Zivil- und Katastrophenschutz des Landes ein. Verschiedene Probleme wurden anschließend in offener Diskussion zwischen ihm und dem Ortsbeauftragten besprochen. Es folgten Referate zu den Fachthemen: „Ausbildung der Führungskräfte in den OV“ und „Die Sprengerlaubnis“.

Um die Zusammenkunft aufzulockern, wurden nach dem gemeinsamen Mittagessen folgende Objekte besichtigt: eine vom Ortsverband Schwäbisch Gmünd gebaute Bailey-Brücke, das Werk Schießtal der Zahnradfabrik Friedrichshafen und die ständige Musterschau für Edelmetalle im Stadtzentrum. Der Abend war einem geselligen Beisammensein gewidmet.

Am Samstag wurde die Tagung mit den Referaten „Bailey-Brückenbau“, „Sprengvorhaben Neckarelz“, „Auswirkungen der neuen Straßenverkehrsordnung auf das THW“, „Aufstellung der Baubedarfsnachweisung 1972“ und „Entschädigung der ehrenamtlichen Mitarbeiter“ fortgesetzt.

Regierungsrat Arlitt von der Bundesanstalt THW im BzB konnte ein ganzes Paket an Wünschen mit nach Godesberg nehmen.

Mit einem Schlußwort durch den Landesbeauftragten fand die Tagung ihren Ausklang.
G. Krüger

Gäste sorgten die Kameraden vom Ortsverband Ulm mit ihrer Feldküche.
G. Pflugbeil

Tag der offenen Tür in Ehingen

Der Ortsverband Ehingen/Donau des Technischen Hilfswerks veranstaltete zum ersten Mal einen „Tag der offenen Tür“. Den interessierten Besuchern, an ihrer Spitze der Bürgermeister sowie Vertreter des Landrates, der Freiwilligen Feuerwehr, des Roten Kreuzes und der Polizei konnten alle Geräte des Ortsverbandes praktisch vorgeführt werden.

So waren die Preßlufthammer, das Schweißgerät, die Motorsäge und das Notstromaggregat mit Beleuchtungsanlage und sogar die Motorpumpe mit Wasserschlauch und Spritze im Einsatz.

Ein Beselersteg von etwa 30 m Länge, der von einer etwa 3 m hohen Rampe ausging, war ein anschauliches Behelfsbrückenobjekt. Den Höhepunkt bildete wohl das Abseilen aus dem 3. Stock der alten Ehinger Berufsschule.

Während der gesamten Vorführzeit liefen in den Unterkunftsräumen des Ortsverbandes Filme über die Arbeit und Einsätze des THWs.

Für das leibliche Wohl der Helfer und

Ladekran im Alten Tauberhafen abgebaut

Von 1921 bis 1967 leistete der Kran gute Arbeit im Rahmen des Umschlags im Alten Tauberhafen von Wertheim. Durch den Bau einer neuen Ladeanlage wurde dieses „Wertheimer Wahrzeichen“ brotlos.

Mit dem Brennschneidergerät und Greifzug rückten die Helfer vom OV Wertheim dem Kran zu Leibe. Mehr Mühe als erwartet machte das Abbauen. Die einzelnen Teile der Verkleidung waren so gut verankert, daß unsere Helfer eine ganze Weile zu arbeiten hatten; und wenn man dachte, es sei soweit, steckte bestimmt noch irgendwo ein dicker Bolzen, der das Ganze noch zusammenhielt.

Dach, Wände und Ausleger wurden am ersten Einsatztag demontiert. Für Maschine, Winde und Sockel wurden zwei weitere Einsätze notwendig. Das nicht alltägliche Übungsobjekt ergab vielfältige und reichhaltige Übungsaufgaben im Rahmen der Ausbildung.

M. Brell



Die Helfer des OV Wertheim in Aktion bei der Demontage des Kranehäuses.

Richtfest für das erste Zentrum für Katastrophenschutz

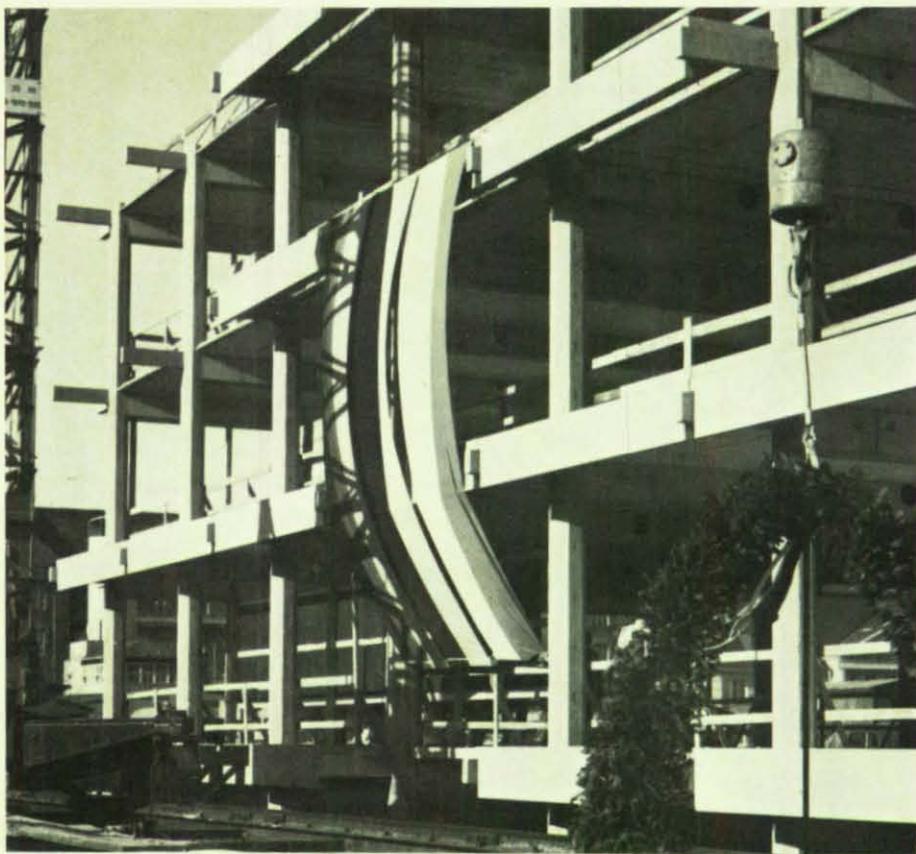
Das Zentrum für Katastrophenschutz (Z f K), dessen Herstellungskosten sich auf rund 16 Millionen DM belaufen werden, soll bis zu den Olympischen Spielen 1972 fertiggestellt sein, um eventuelle Einsätze während der Spiele von hier aus (Entfernung zum Olympiagelände 2 km) leiten und durchführen zu können. Für die Bauzeit sind insgesamt 18 Monate vorgesehen. Bauherr ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Finanzbureau München I. Das Gebäude dient dem friedensmäßigen sowie vor allem auch dem Erweiterten Katastrophenschutz. In ihm werden der THW-Landesverband Bayern und der THW-Ortsverband München I Aufnahme finden. Außerdem ist es für den Grundschutz für 3000 Personen angelegt.

Das Verwaltungs-Gebäude wird Administrationsräume, Schulungssäle, Lager- und Werkstatträume sowie eine Schlauchwaschanlage mit Trockenturm und zwei Verwalterwohnungen im Terrassengeschoß enthalten. Das Garagen-Gebäude wird im Erdgeschoß 140 Einsatzfahrzeuge aufnehmen, die von den dortigen Werkstätten gewartet werden können. Über Rampen werden die Helfer im Einsatzfälle mit ihren PKW in eine Tiefgarage (200 PKW) fahren können, wo auch die Personal-Umkleide- und WC-Anlagen sich befinden werden. Die Sozialräume bilden zusammen mit einem Teil der Tiefgaragenfläche des ersten Untergeschosses, den Technikräumen und der Befehlsstelle im zweiten Untergeschoß die Mehrzweckanlage, die im Friedensfall als Einsatz- und Ausbildungszentrum für Katastrophenschutzaufgaben und im Ernstfall als Schutzraum für rd. 3000 Personen verwendet werden kann.

p. schw.

THW-Plakette für Oberbürgermeister Scherzer

Fürth. Der OV Fürth hatte einen großen Tag: Oberbürgermeister Kurt Scherzer wurde mit dem „THW-



Das erste Zentrum für Katastrophenschutz im Rohbau.



Im Gespräch (v. l. n. r.): Direktor Schmitt, Stadtdirektor Dr. Raab und Stadtrat Hoffmann.

Helferzeichen in besonderer Ausführung“ ausgezeichnet. Der Direktor der Bundesanstalt hatte es ihm in Würdigung seiner großen Verdienste um das Technische Hilfswerk – im besonderen um den Ortsverband Fürth – verliehen. Der Landesbeauftragte Dipl.-Ing. Schwarz war nach Fürth gekommen, um die THW-Plakette zu überreichen. Er dankte in einer Ansprache dem Oberbürgermeister für sein großes Verständnis

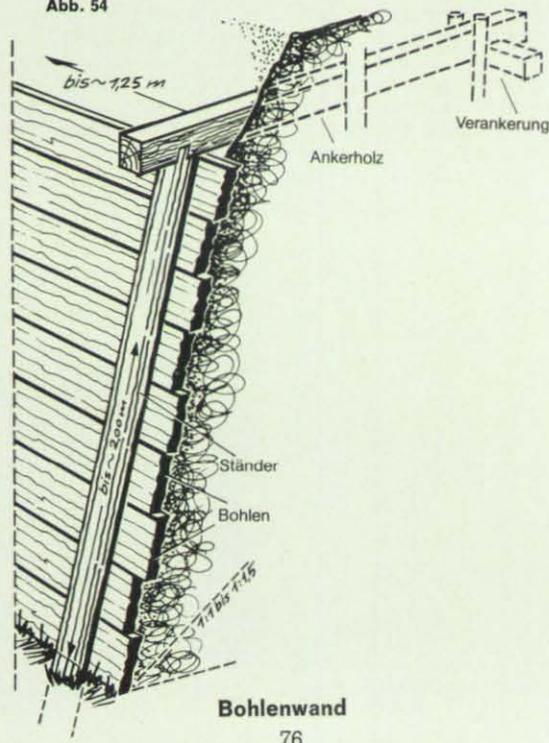
für die Tätigkeit der Hilfsorganisationen und für die nachhaltige Unterstützung, die die Stadt und er persönlich dem Technischen Hilfswerk in Fürth zuteil werden ließen. Mit den THW-Helfern und ihren Angehörigen waren Vertreter des Stadtrates, der Feuerwehr, des Roten Kreuzes, des BVS und der Presse zugegen, die mit Interesse den Ausführungen des THW-Landesbeauftragten über den Leistungsstand des Technischen Hilfswerks und den zu erwartenden weiteren Ausbau der Organisation folgten. In einer anschließenden Rede dankte Oberbürgermeister Scherzer für die ihm zuteil gewordene Ehre, sprach aber gleichzeitig auch seinerseits den Dank der Stadt an die THW-Helfer aus, von denen er wußte, daß sie als „gute Geister“ nur gerufen zu werden brauchten, um tatkräftig das Schlimmste zu verhüten. Eine Stadt wie Fürth, sagte Scherzer, könne nicht auf das Technische Hilfswerk verzichten und sei froh darüber, daß es diese Idealisten gäbe.

Erreichen Blockwände eine Höhe von mehr als 2 m, so müssen Verankerungen wie bei Ständer- und Bohlenwänden vorgesehen werden.

(3) Bohlenwand

[156] In Abständen von etwa 1,25 m werden 10 bis 25 cm starke Ständer böschungsgerecht in den gewachsenen Boden geschlagen und hinter diesen 5 bis 8 cm starke Bohlen dicht aufeinander geschichtet.

Abb. 54



Vorgefertigte Bongossi-Matten bestehen aus fertig verflochtenen und ringsum durch Nieten mehrfach gesicherten Streifen. Sie sind nach Bedarf 3,00 bis 6,00 m lang und 30 bis 50 cm breit.

Bongossi-Rollmatten werden aus 3 bis 6 cm breiten Streifen mit Kunststoffdraht genäht und vom Hersteller in Mattenbreiten von 1,00 bis 2,00 m angeliefert. Ihre Länge ist unterschiedlich.

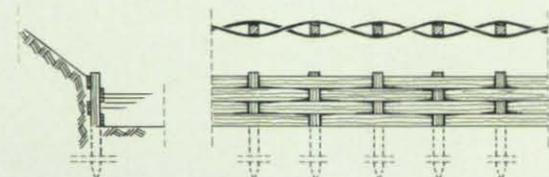
Vorgeschnittene Bongossi-Pfähle sind in der Regel 3 x 3 bis 6 x 6 cm stark. Ihre Länge richtet sich nach dem Verwendungszweck und den Bodenverhältnissen.

Kanthölzer, Bohlen, Bretter und Rammpfähle aus Bongossi werden auf Bestellung maßgerecht angeliefert.

(3) Anwendung

[165] Einen Einblick in die Verwendungsbreite von Bongossi vermitteln die Abb. 57 bis 60. Abweichungen in Verbindung mit anderen Behelfsbaustoffen wie Faschinen und Reisig-Flechtwerk sind möglich.

Abb. 57



Bongossi-Uferbefestigung
(normale Böschungs- und Bodenverhältnisse)

Pfahlbestände: 50 cm Pfahllänge: 70 bis 100 cm
Streifenhöhe: 25 bis 30 cm
(geflochten)

9. Sicherung von Ufern und Deichen mittels Bekleidungen aus Holz

9.1. Allgemeines

[152] In der Deichverteidigung greift man zu Bauholz, wenn Reisig und Flechtwerk nicht verfügbar oder allein mit diesem wirksame Abhilfe nicht geschaffen werden kann. Der Einsatz von Bauholz ist kostspielig. Erhöhte Kosten werden jedoch durch größere Beständigkeit und Festigkeit hölzerner Anlagen wettgemacht.

Steht die Wahl zwischen Bauholz und Reisigmaterial frei, so wird im Wasserbereich dem Bauholz der Vorzug zu geben sein. Voraussetzung ist allerdings, daß genügend Zeit für den sachgerechten Verbau zur Verfügung steht.

[153] In der Praxis wird Bauholz überwiegend in Gestalt von Ständerwänden, Blockwänden, Bohlen- und Bretterwänden eingesetzt. Der Abschnitt 9.2. beschäftigt sich mit der Erstellung von Bekleidungen aus Holz. Die erforderlichen Abmessungen sind den Abb. 52 bis 54 zu entnehmen. Die Abmessungen gelten als Anhalt, geringfügige Abweichungen dürfen in Kauf genommen werden. Bei der Abwehr von Katastrophen kann es erforderlich werden, verschiedene Bauweisen zu kombinieren und unter Umständen auch Flechtwerk und Holz gemeinsam zu verbauen.

9.2. Bekleidungen aus Holz

(1) Ständerwand

[154] Die Rundholzpfähle müssen 10 bis 25 cm stark sein. Bei einer lichten Höhe von 3,00 m werden sie ca. 1,00 bis 1,50 m tief dicht an dicht eingeschlagen oder eingegraben. Um einen festen Schluß zu gewährleisten, sollten die Pfähle mit einem Dechsel beiderseits beschlagen werden.

Ist ein Beschlagen nicht möglich, so sind die Zwischenräume mit Rohr, Moos, Grassoden o. ä. von hinten zu verstopfen, um ein Durchrieseln von Erde oder Sand zu verhindern.

Ständer und Ankerhölzer sind zu verbolzen oder zu verzapfen. Bei einer Wandhöhe bis zu 1,50 m darf die Verankerung entfallen.

(4) Bretterwand

[157] Bretterwände werden wie Bohlenwände gebaut (vgl. Zif. 156 und Abb. 54). Die Ständerabstände dürfen jedoch nur 1,00 m betragen.

[158] Zum Bau von Holzwänden können bei allen Typen auch Kanthölzer anstelle von Rundhölzern verwendet werden. Nach dem Aufschichten jeder Lage ist das Erdreich hinter dem Holz sorgfältig festzustampfen. Die Ständer sind vor dem Einschlagen mit einer Richtleine auszurichten.

9.3. Spezialbauholz (Bongossi)

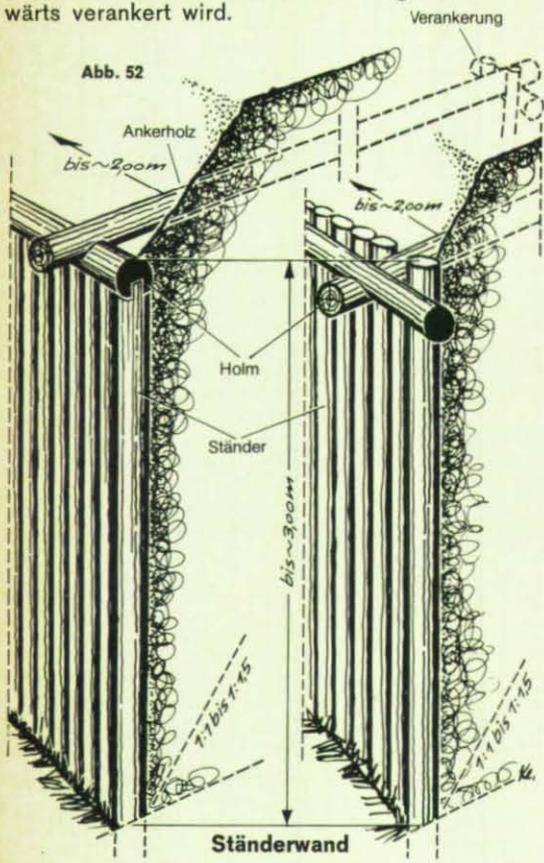
(1) Allgemeines

[159] Einheimische Hölzer finden im Wasserbau nur begrenzt Verwendung, da sie wenig dauerhaft und mechanisch nicht ausreichend fest sind. Außerdem sind einheimische Hölzer äußerst empfindlich gegen Schädlingsbefall. Ein gefährlicher Gegner ist u. a. die Bohrmuschel, die sich tief in das Holz einbohrt und in Meeressgewässern selbst bei einem Salzgehalt von 9 ‰ noch lebensfähig bleibt. Nadelhölzer müssen daher zu ihrem Schutz im Wasserbereich mit Steinkohlenteeröl getränkt werden. Ein solches Verfahren ist jedoch nur bei Kiefernholz möglich, Tannen und Fichten lassen sich mit Steinkohlenteeröl nicht behandeln.

[160] Auf der Suche nach geeigneten ausländischem Material stieß man auf afrikanische Hölzer, die sich durch besondere Härte, Dauerhaftigkeit und Widerstandskraft auszeichnen. Über diese Eigenschaften verfügt besonders Bongossi, das im westlichen Afrika beheimatet ist und bei Einsatz in feuchter Erde und in der Wasserwechselzone keiner Imprägnierung bedarf.

[161] Nachstehender Vergleich zeigt, inwieweit Bongossi einheimisches Kiefernholz und sogar

Die Ständerpfähle werden am Kopf mit dem Holm in durchgehender Nut verzapft. In Abständen von etwa 2,00 m ist ein Ankerholz vorzusehen, das hinter dem natürlichen Böschungswinkel rückwärts verankert wird.

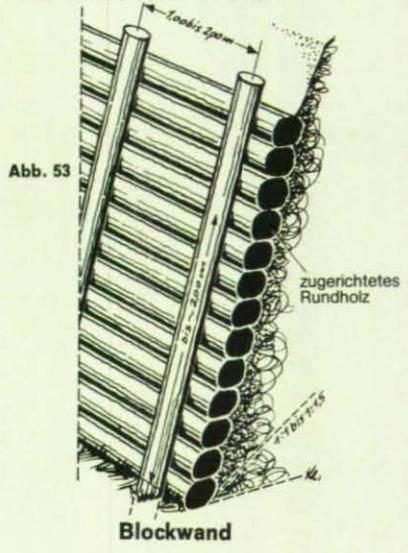


74

Legt man den Holm vor die Ständerreihe, so wird der jeweils unter dem Ankerholz befindliche Ständer mit dem Ankerholz verzapft und der Holm auf den Ankerhölzern eingezapft gelagert.

(2) Blockwand

[151] Ständer mit Durchmessern von 10 bis 25 cm werden in Abständen von 1,00 bis 2,00 m böschungsgerecht in den gewachsenen Boden geschlagen. Sodann werden beidseitig zugerichtete Rundhölzer möglichst gleicher Stärke hinter den Ständern dicht auf dicht aufgeschichtet. Ihre Stoßstellen sind jeweils hinter die Ständer zu legen. Ist das nicht möglich, so muß ein zusätzlicher Ständer in einem Abstand von etwa 50 cm zu dem betreffenden Regelständer eingeschlagen werden. Die Rundholzstöße treffen sich dann in der Mitte der verkürzten Strecke.



75

Eichenholz in den gesuchten Eigenschaften übertrifft.

	Bongossi	Eiche	Kiefer
Elastizitätsmodul	194000 kg/cm ²	110000 kg/cm ²	120000 kg/cm ²
Gewicht lufttrocken	1200 kg/m ³	700 kg/m ³	222600 kg/m ³
Druckfestigkeit	950 kg/cm ²	502 kg/cm ²	470 kg/cm ²
Biegefestigkeit	1470 kg/cm ²	722 kg/cm ²	870 kg/cm ²
Härte Brinell	13 kg/mm ²	6,6 kg/mm ²	—

Andere Harthölzer wie Basralocus und Manbarlak (Heimat Surinam), Demerara (Heimat British-Guayana) und Opepe (Heimat Westafrika) weisen vergleichbar günstige Werte aus. Sie sind daher im Wasserbau ebenfalls anzutreffen.

[162] Bongossi — auch unter dem Namen „Rotes Afrikanisches Eisenholz“ bekannt — ist dunkelrotbraun mit etwas helleren Zuwachszonen und scharf abgesetztem rosa gefärbtem Splint. Mineralablagerungen lassen es in den Poren leicht fleckig erscheinen. Gegenläufige Fasern machen Bongossi äußerst schwer spaltbar.

Trotz seiner großen Härte sind Widia-Werkzeuge für die Bearbeitung von Bongossi nicht erforderlich. Allerdings kann es nicht genagelt werden. Um Rissebildung zu vermeiden, darf Bongossi nicht künstlich getrocknet werden. In der Wasserwechselzone bleibt es 30 bis 50 Jahre uneingeschränkt haltbar.

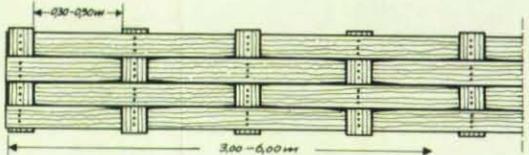
(2) Verwendung

[163] Bongossi findet Verwendung für den Bau von Schleusentoren, Brückenkonstruktionen und Fahrbahnbelägen. Ferner für Sielanlagen, Schöpfwerke, Dammbalkenverschlüsse, Rammpfähle sowie in zunehmendem Maße für die Befestigung von Ufern und von Böschungen anstelle von Faschinen oder Flechtwerk. Häufig wird Bongossi auch gemeinsam mit Kunststoffen verbaut.

[164] Der Import von Bongossi erfolgt in 6 bis 12 m langen und etwa 80 bis 150 cm starken Blöcken, gebräuchliche Handelsformen sind Streifen, Flechtmatten und Pfähle.

78

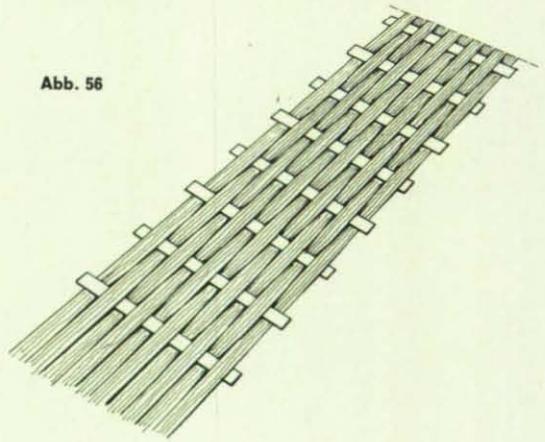
Abb. 55



Bongossi-Flechtmatte

Bongossi-Streifen werden zur Verarbeitung von Matten und Flechtzäunen vor Ort benötigt. Sie sind etwa 6,00 m stark, 5 bis 10 cm stark und 2,50 bis 6,00 m lang.

Abb. 56



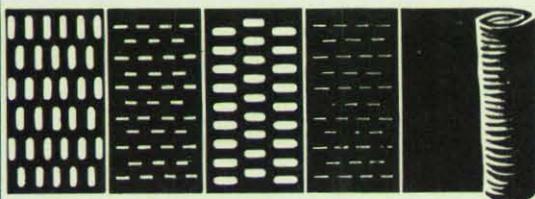
Bongossi-Flechtmatte

Flechtmatten aus Bongossi können auch mit Kunststoff-Folien belegt sein.

79

lieferten in der Regel verständliche Bedienungsanleitungen mit ihren Erzeugnissen an die Baustellen.

Abb. 61



Kunststoff-Folien

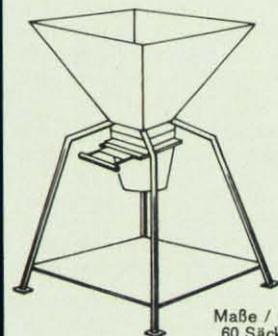
Länge / Breite: unterschiedlich
 Dicke: 1 bis 3 mm
 Spezifisches Gewicht: 0,96
 Verrottungs- und säurefest, nicht splitternd, zug- und abriebfest, durchström- und durchwachsbar, schlag- und stoßfest

[168] Kunststoff-Folien finden Verwendung beim Deich-, Bühnen- und Lahnungsbau, ferner zum Bau von Sandfängen, zur Sicherung von Böschungen und Grabensohlen und zur Grundabdeckung. Sie werden glatt oder perforiert (gelocht, geschlitzt) hergestellt. Die Wahl der Perforation richtet sich nach den örtlichen Erfordernissen (durchwachsen, durchströmen).

[169] Schlichte Kunststoff-Planen sowie Gitterplanen finden Verwendung bei der Deichverteidigung (vgl. Kapitel 7), darüberhinaus beim Bau von Entwässerungsgräben, bei der Sicherung von Böschungen und Sohlen sowie bei der Regulierung von Wasserläufen. Die Planen sind sehr reißfest und nach erfolgter Dehnung äußerst reversibel. Längen und Breiten werden von den Herstellern auf die Bedürfnisse der Baustellen abgestellt. Das Gewicht eines Quadratmeters liegt in der Regel zwischen 200 und 250 g.

84

Abb. 66



Bedienung:
 — 2 Schipper
 — 2 Schließer
 — 2 Abnehmer
 Leistung:
 1 Sack / Min. — 60 Sack / Std.
 Das Schließen der Säcke erfolgt möglichst mit Hilfe eines handelsüblichen Sackverschlußgeräts und vorgefertigter Drahtschlaufen.

Maße / Gewichte (Anhalt):
 60 Säcke 35 x 70 = 1 t = 1/2 m³
 360 Säcke 35 x 70 = 6 t = 3 m³
 bei Füllung mit trockenem Sand. —
 1 m³ feuchter Sand wiegt etwa 2 000 kg.

Selbstgefertigtes Sandsackfüllgerät

Die Säcke werden 3/4 („schlaff“, vgl. Zif. 175) gefüllt, damit sie sich besser an das Objekt und die Unterlage anschmiegen und auch untereinander einen dichten Verband bilden. Auf Böschungen geworfene Säcke müssen sich platt lagern, sie dürfen auf keinen Fall hin und her rollen.

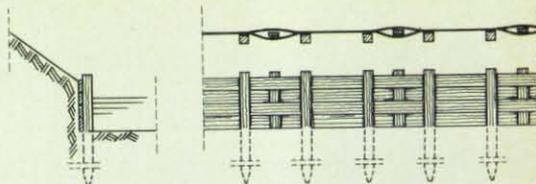
Beim Verlegen ist darauf zu achten, daß die Einfüllöffnungen (Blume) stets zum Deich (objekt- oder landwärts) zeigen.

[178] Das Füllen größerer Sandsackbestände ist selbst unter Zuhilfenahme eines Sandsackfüllgerätes eine Aufgabe, die einen erheblichen Aufwand an Personal, Material und Zeit erfordert (siehe Legende zu Abb. 66).

Einheiten, die in die Alarmplanung einbezogen sind, sollten daher vorsorglich einen begrenzten Bestand an gefüllten Sandsäcken (1 LKW-Last = 4 bis 5 t) bereithalten.

88

Abb. 58

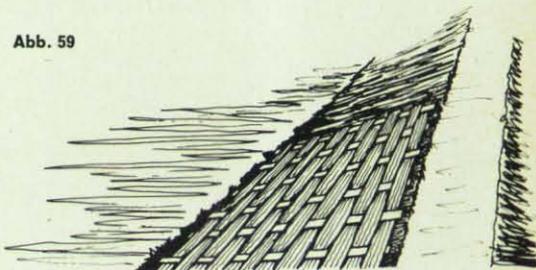


Bongossi-Uferbefestigung (Treibsand, nicht bindige Böden)

Pfahlabstände: 50 cm
 Pfahllänge: je nach Bodenverhältnissen 2/3 unter, 1/3 über Sohle.
 Streifenhöhe: 25 bis 30 cm (aufeinandergelegt)

Beim Verbau auf Treibsand oder nicht bindigem Boden wird in Abständen von 1,00 bis 2,00 m bzw. jeweils zwischen zwei Pfählen ein senkrechter Streifen in Flechtwerkhöhe durchgeflechtet, um ein Abgleiten der oberen Streifen zu vermeiden.

Abb. 59

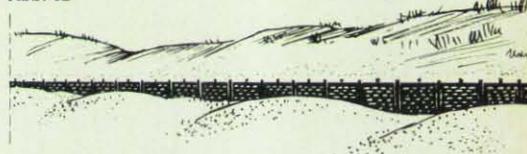


Bongossi-Böschungssicherung (Kragstück)

81

10.3. Sicherung von Deichen und Ufern mittels vorgefertigter Kunststoffteile

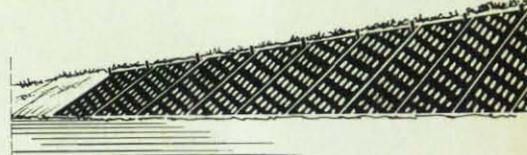
Abb. 62



Sandfang aus Kunststoff-Folie

[170] Die Abbildungen 62 bis 65 sollen zeigen, daß Kunststoff-Folien nach gleichen Grundsätzen und Regeln wie Reisig-Flechtwerk verbaut werden. Mit Hilfe der Anleitungen der Hersteller sollte ihre Handhabung auch einer ungeübten Mannschaft bald geläufig sein.

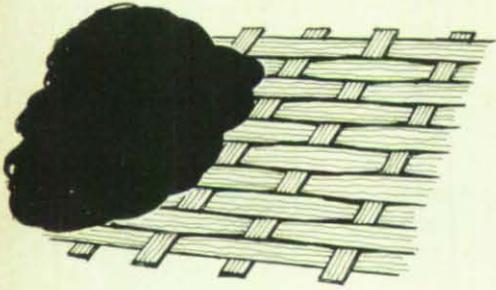
Abb. 63



Böschungssicherung aus Kunststoff-Folie

Kunststoff-Zäune (vgl. Abb. 62) haben den Vorteil, daß sie jederzeit aus- und an anderer Stelle wieder eingebaut werden können. Hat sich genügend Sand angesammelt, so werden die Zäune hochgezogen. Auf der alten Schicht sammelt sich so dann erneut Sand an.

85



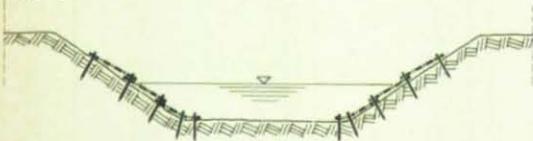
Bongossi-Flechtwerk mit
Bitumen-Auflage

82

10.

Wie alle Bauten aus Kunststoff haben Böschungssicherungen bei wechselnder Witterung und häufigen Unterspülungen eine nahezu unbegrenzte Haltbarkeit. Die spezielle Lochung gibt dem erwünschten Pflanzenbewuchs hinreichend Spielraum.

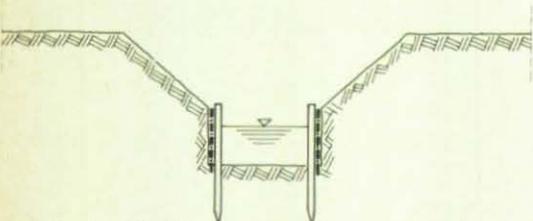
[171]
Abb. 64



Böschungssicherung aus Kunststoff-Folie

Die Folien werden parallel zum Ufer verlegt. Die erste Bahn überdeckt um 50 cm die Sohle. Die anschließenden Bahnen überlappen um eine Lochreihe, Lochung 80 x 20 mm. — Befestigung bei sandigen Böden mit Pfählen 4 cm ϕ (Querschnitt auch 3 x 4 cm), 1,00 m lang. Befestigung bei steinigem Böden mit Betonmoniereisen 16 mm ϕ , 1,00 m lang.

Abb. 65



Grabenfußsicherung aus Kunststoff-Folie

Die Folien werden senkrecht zwischen Pfahl und Böschung verlegt. Befestigung durch Pfähle 6 cm ϕ (Querschnitt auch 3 x 4 cm), 0,70 bis 1,00 m lang. Pfahlabstände 30 bis 50 cm.

86

10. Kunststoffe im Deich- und Wasserbau

10.1. Allgemeines

[166] In jüngerer Zeit gewinnt die Verwendung von Kunststoffen im Deich- und Wasserbau an Bedeutung. In Räumen, in denen natürliche Hilfsbaustoffe nur spärlich oder gar nicht anzutreffen sind, konnten Erzeugnisse aus Kunststoff Reisig und Reisig-Flechtwerk, in geringerem Umfang auch bereits das Holz, von ihren ersten Plätzen verdrängen.

Kunststoffe sind leicht formbar und mühelos zu handhaben. Sie haben ein relativ geringes Volumen, ein niedriges Gewicht und stellen somit bescheidene Ansprüche an den Transport. Zu ihren Gunsten sprechen jedoch vor allem ihre Unempfindlichkeit gegen Witterungseinflüsse und Korrosion und nicht minder die gleichmäßige Qualität des Materials.

10.2. Kunststoffe als Hilfsmittel im Deich- und Wasserbau

[167] Man unterscheidet bei Kunststoffen die Gruppe der Duroplaste und die Gruppe der Thermoplaste.

Duroplaste sind chemisch gehärtete Kunststoffe, die in der Wärme formbeständig sind, während Thermoplaste sich unter Wärmeeinfluß beliebig verformen lassen.

Zu den Duroplasten zählen Aminoplaste (Pollopas), Phenoplaste (Bakelit) und Polyester (Gießharz).

Thermoplaste sind Produkte wie Polyamide (Nylon, Perlon), Polyäthylen (Folien), Polystyrol (Styroflex) und Polyvinylchlorid (PVC, Mipolam, Igelit).

[167] Der Verbau von Folien und Planen aus Kunststoff ist einfach, so daß er nach kurzer Unterrichtung auch von ungelerntem Personal vorgenommen werden kann. Die einzelnen Hersteller

83

11. Sandsäcke

11.

11.1. Allgemeines

[172] Der Sandsack als wichtiges und unentbehrliches Allzweck-Instandsetzungsmittel des Deich- und Wasserbaus wird im Kapitel 7 angesprochen. Auf den Einsatz von Sandsäcken wird bei der Verteidigung von Deichen und Flußufern auch künftig nicht verzichtet werden können.

[173] Im Gebrauch sind Säcke aus Jute und aus Kunststoffen. Kunststoff-Säcke zeichnen sich gegenüber Jute-Säcken durch große Beständigkeit gegen Nässe, Fäulnisbildung und Witterungseinflüsse aus. Jute-Säcke sind hingegen empfindlicher und müssen mit einer fäulnishemmenden, wasserabweisenden Imprägnierung versehen sein.

[174] Sandsäcke auf Kunststoff-Basis werden aus einem Bändchengewebe oder aus Folien gefertigt. Als Material dient Polyäthylengewebe, Perlon, Nylon, PVC, Polypropylen- oder Hostalenstrip-Bändchengewebe.

[175] Schlaff gefüllte Sandsäcke (vgl. Zif. 177) fassen etwa 15 kg trockenen oder 20 kg feuchten Sand. Handelsübliche Leer-Abmessungen sind 30 x 60 cm, 30 x 70 cm, 35 x 70 cm und 40 x 80 cm.

[176] Eine ausreichende Bevorratung mit Sandsäcken ist verhältnismäßig kostspielig, da auch ihre Lagerung (lufttrocken, geschützt gegen Sonneneinwirkung, Ungezieferbefall und Schädlingsfraß) laufende Aufwendungen und regelmäßige Kontrollen erfordert. Die bereitgehaltenen Vorräte sind daher in der Regel begrenzt. Um mögliche Engpässe von vornherein auszuschließen, empfiehlt es sich, bereits bei der Alarmplanung Ersatzbestände — geeignet sind Säcke aller Art, zum Beispiel Mehl-, Kartoffel-, Kohlen- oder Düngemittelsäcke — zu erkunden und ihre Heranziehung im Einsatzfall sicherzustellen.

11.2. Verwendung

[177] Das Füllen von Sandsäcken erfolgt von Hand oder mit Hilfe eines häufig selbstgefertigten Sandsackfüllgeräts (Muster Abb. 66).

87

Udo Jacobsen

„Intex 71“

Als Verbindungskraft beim dänischen Warndienst

Für die internationale Warndienst-
übung INTEX 71 am

6. und 7. November 1971 bin ich als
Verbindungskraft des Warnamtes I
zum dänischen Warndienst beordert.
Gespannt darauf, was mich wohl alles
erwartet, trete ich tags vorher die
zwölfstündige Zugreise in die
Hauptstadt Dänemarks an.

Ein besonderes Erlebnis ist schon auf
der Hinreise der stimmungsvolle
Sonnenuntergang, den ich –
zusammen mit einigen wenigen
Mitreisenden – vom Oberdeck der
Fähre „Theodor Heuss“ auf der
Vogelfluglinie betrachte. Den meisten
der übrigen Fahrgäste bietet sich
dieses Schauspiel nicht, da sie es
vorgezogen haben, sogleich in die
Verkaufsräume unter Deck zu
verschwinden.

Am Abend des 5. November erreicht
der Zug Kopenhagen/Hauptbahnhof.
Hier soll ich vom dänischen
Übungsleitenden abgeholt werden.
Treffpunkt: Treppe zum Ausgang,
besondere Kennzeichen, da wir
einander noch fremd sind: Er – graue
Uniform des dänischen Zivilschutzes,
ich – kurzer Bürstenhaarschnitt.
Trotzdem dauert es länger als
vorgesehen, bis wir einander finden.
Grund: mehrere Treppen auf dem
Bahnsteig.

Zu einer ersten Übungsbesprechung
fahren wir noch am selben Abend
durch das illuminierte Kopenhagen
in die Privatwohnung des Leitenden.
Ein weiterer Offizier des Zivilschutz-
korps, als Angehöriger der Reserve
für die Dauer der INTEX-Übung
einberufen, nimmt ebenfalls teil. Es
entwickelt sich eine der gemütlichsten
Übungsbesprechungen, die ich je
miterlebt habe. Sie wird jedoch bald
beendet mit Rücksicht darauf, daß uns
ein Dienst über 24 Stunden und ohne
Ablösung bevorsteht.

Die Fahrt in die Befehlsstelle des

Warndienstes am nächsten Morgen
wird im Dienstwagen des Korpschefs
des Zivilschutzkorps unternommen.
Die in einem Waldstück außerhalb
Kopenhagens gelegene verbunkerte
Befehlsstelle ist zwar abgeschlossen,
besondere Sicherungen sind aber
nicht festzustellen. Nach langem
Läuten öffnet zu meiner Überraschung
eine uniformierte Helferin den
Schutzraum.

Im grell erleuchteten Lagerraum ist
das Personal mit Vorbereitungen
beschäftigt und nimmt nur am Rande
von unserem Erscheinen Notiz. Die
großen Lagekarten werden inspiziert,
aus Regalen und Schubladen werden
Formulare und Schreibzeug
entnommen. Diese Warndienst-
Zentrale ist neben hauptamtlichen
Bediensteten, Angehörigen der
Reserve und Wehrpflichtigen des Zivil-
schutzkorps auch mit weiblichen und
männlichen freiwilligen Helfern jeden
Alters besetzt. Die älteren von ihnen
gehören teilweise schon Jahrzehnte
dem Zivilschutz an. Alle tragen die
dunkelgraue Dienstkleidung der
Zivilschutzorganisationen. Sie ist
modisch geschnitten und kleidet
sowohl 18jährige als auch 70jährige.
Die Arbeitsplätze der Verbindungs-
kräfte aus England, Norwegen und
der Bundesrepublik sind so
angeordnet, daß alle Karten und
Übersichten im Lagerraum gut über-
schaut werden können.

Nach kurzer Begrüßung werde ich auf
meine Bitte hin vom Schichtführer
in die Organisation und die
Aufgaben des dänischen Warndienstes
eingewiesen:

„Dänemark ist in Zivilschutzregionen
eingeteilt, in denen jeweils eine voll
einsatzbereite, verbunkerte Zivilschutz-
Befehlsstelle mit einer Warnzentrale
eingrichtet ist. Die Regionen sind
höheren Zivilschutz-Landeskommandos
unterstellt. Zwischen den einzelnen



Regionen und den übergeordneten
Zivilschutz-Kommandos bestehen
Draht- und Funkverbindungen.
Ähnlich wie beim Warndienst der
Bundesrepublik befinden sich
Bedienstete des dänischen Warn-
dienstes in den Radarstellungen der
NATO. Sie übernehmen dort die
Meldungen über feindliche Einflüge.
Eine andere Gruppe von Warndienst-
Beobachtern leistet Dienst in den
Zentralen des visuellen Luftmelde-
dienstes der Luftwaffe.

In den Zentralen laufen die Luft- und
ABC-Meldungen der einzelnen
Luftbeobachtungsposten des aus
Freiwilligen bestehenden Flieger-
meldekorps zusammen. Auf Grund
dieser Meldungen geben die Warn-
dienst-Verbindungsführer selbständig
direkt an die gefährdeten Städte die
Anweisung, über Sirenen ABC- oder
Luftalarm auszulösen. Da nur in den
Städten Dänemarks Sirenen vorhanden
sind, können die Warnungen und
Alarmierungen der Landbevölkerung
vor ABC- und Luftgefahren nur mit
Durchsagen über den Rundfunk
erfolgen. Entsprechende Meldungen
gehen den Rundfunkstationen durch
die Warnzentrale der betroffenen
ZS-Region zu, die ihre Informationen
ebenfalls von den Warndienst-

Verbindungsführern erhalten.“ Ein Anruf auf meinem Fernsprechananschluß unterbricht die Einweisung. Das Warnamt I in Schleswig-Holstein führt Leitungsproben durch. Die Verständigung ist gut, auch der Rückruf funktioniert. Die Verbindung

und alarmiert werden kann. Andererseits erwarte ich auch von dort entsprechende Meldungen. Auf beiden Seiten wird dasselbe Arbeitsverfahren angewandt, so daß mir schon kurze Standartmeldungen genügen, da sie auch für die dänische

des anderen dessen Telefon. Nach Mitternacht — die Übung läuft jetzt schon über 18 Stunden — verläuft der Einsatz noch ruhiger, routinierter, rationeller. Überflüssiges Umhergehen hat ganz aufgehört, keiner macht mehr einen Schritt zuviel. Der Übungsleitende hat sein umfangreiches Drehbuch aus der Hand gelegt. Mit der Zeit wurde ihm das dicke Buch zu schwer. Das ist das Zeichen für die „Füchse“ unter den Helfern. Um sich nach hartem Einsatz weitere eigene Berechnungen und Lagebeurteilungen zu ersparen, möchte man die Resultate einfach dem Drehbuch entnehmen. So wird der Übungsleitende mittels eines fingierten Anrufes in einen Nebenraum gelockt. Wird er den Zweck dieser „Einlage“ durchschauen?

Fortsetzung im nächsten Heft



Dienstkleidung der Angehörigen der dänischen Zivilschutzdienste.

zum Warnamt ist hergestellt und wird es die Übung hindurch bleiben. Übungsbeginn! Die Tätigkeiten des Personals werden ohne Hast fortgesetzt. Die ersten Beobachtermeldungen der ZS-Regionen erreichen die Zentrale. Nach und nach ergibt sich auf den Karten ein erstes Bild der Lage. Die Auswirkungen des Einsatzes von ABC-Waffen durch den angenommenen Angreifer zeichnen sich ab. Meine vordringliche Aufgabe ist es, rasch festzustellen, ob auch für das angrenzende Gebiet der Bundesrepublik Gefahren drohen. Wenn nötig, muß ich sogleich mit dem Warnamt I in Verbindung treten, damit auch dort rechtzeitig gewarnt

Seite Wesentliches aussagen. Immer neue Waffenwirkungen werden auf den Karten und Übersichtstafeln ersichtlich und führen zu Warnungen und Alarmierungen in den betroffenen Gebieten. So vergeht Stunde um Stunde. Mal häufen sich die Ereignisse, dann ebbt das Geschehen wieder etwas ab. Die Übung läuft nun schon seit dem frühen Morgen. Eine Ablösung käme jedem von uns gelegen; sie ist aber nicht vorgesehen. Also geht es weiter. Kurze Unterbrechungen alle paar Stunden gewähren nur die Mahlzeiten. Hierbei wechseln mein englischer Kollege und ich ab, jeder bewacht für die kurze Zeit der Esseneinnahme

Bundesverdienstkreuz für Wilhelm Rogalla

Dem seit März des Jahre 1971 im Ruhestand lebenden ehemaligen Leiter des Warnamts I, Wilhelm Rogalla, wurde das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Die Auszeichnung erhielt er aus der Hand des Abteilungsleiters für den Warn- und Alarmdienst im BzB, Ltd. Regierungsdirektor Zielinski.



In seiner kurzen Ansprache hob Abteilungsleiter Zielinski hervor, daß Rogalla in den 15 Jahren seiner Tätigkeit im Warndienst Hervorragendes im Sinne der Stiftung dieser

Auszeichnung geleistet habe. Ihm sei es zu verdanken, daß aus dem im Jahre 1956 in Kiel provisorisch eingerichteten Amt ein gut funktionierendes Instrument für die Erfüllung der Aufgaben im Bevölkerungsschutz geschaffen werden konnte. Hierfür sei ihm anlässlich dieser verdienten Ehrung nochmals zu danken. In seiner Erwiderung zu der ihm zuteil gewordenen Auszeichnung hob Rogalla hervor, daß weniger ihm persönlich als vielmehr der gesamten Mitarbeiterschaft diese Auszeichnung gebühre, denn ohne ihre Treue und

Aufopferung wäre die erreichte Aufbauarbeit kaum so reibungslos verlaufen.

Wilhelm Rogalla wurde am 4. 3. 1906 in Potsdam-Babelsberg geboren, wo er auch 1926 das Abitur ablegte. Nach Eintritt in die Landespolizei wurde er 1934 von dort als Offizier in die Wehrmacht übernommen. Er besuchte

die Luftwaffenakademie und wurde als Major in den letzten Kriegstagen verwundet. Nach seiner Genesung trat er 1946 in den Dienst des Landes Schleswig-Holstein ein, das ihn mit Aufgaben im Flüchtlingslager Wentorf betraute. Seit dem Jahre 1956 war Rogalla im Bundesdienst als Leiter des Warnamtes I tätig.

Neuer Amtsleiter im Warnamt I

Am 16. September vergangenen Jahres wurde beim Warnamt I der neue Amtsleiter, der bisherige Landesbeauftragte des THW Hamburg, Joachim Kneppenber, eingeführt. Er folgt dem im März in den verdienten Ruhestand getretenen langjährigen Warnamtsleiter Wilhelm Rogalla.

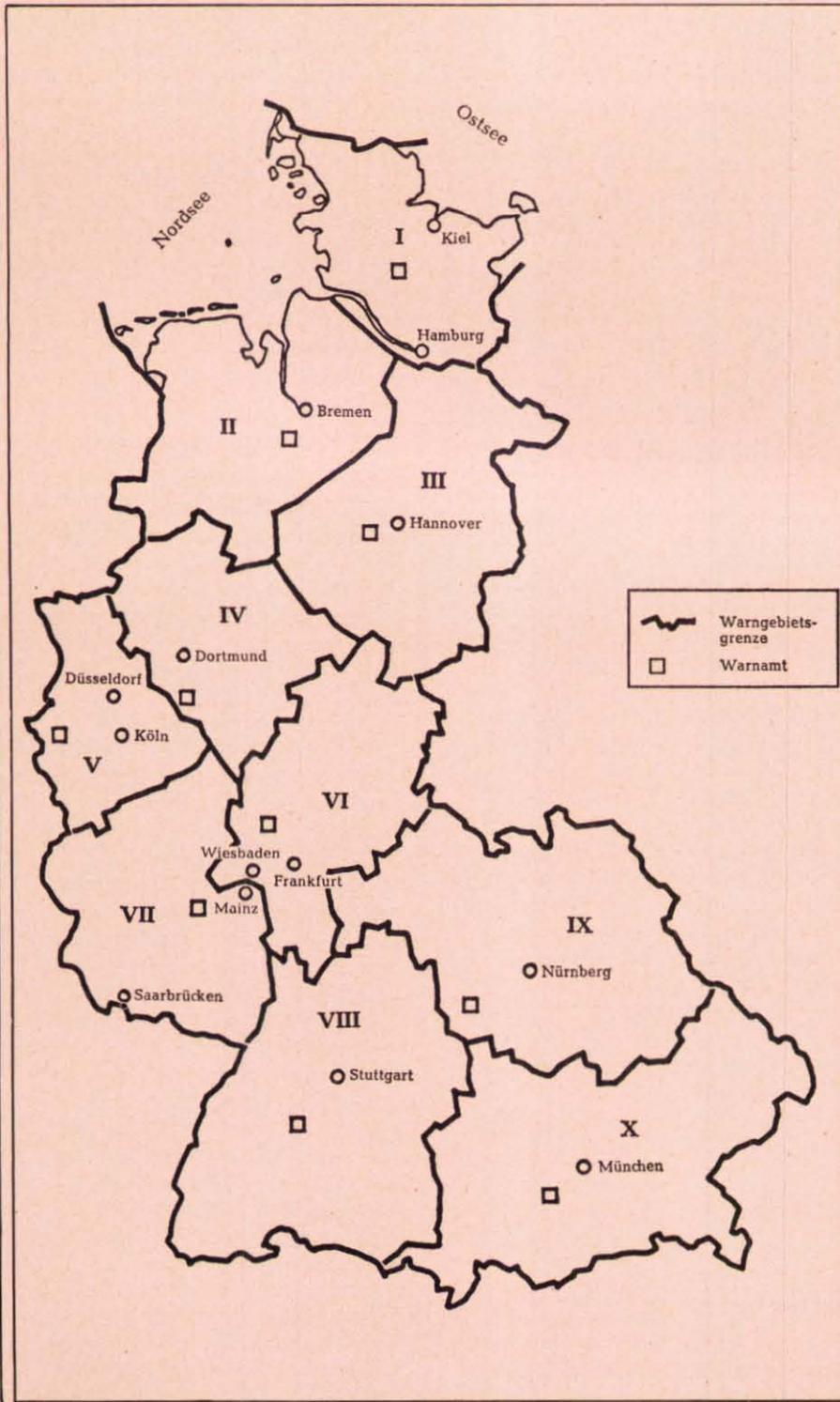
Der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Kolb, brachte in seiner Einführungsansprache zum Ausdruck, daß Kneppenber ein gut ausgestattetes Amt übernehme, das trotz der zahlenmäßig nicht befriedigenden Helferlage seine Funktionstüchtigkeit bei vielen Übungen unter Beweis gestellt habe.

Dr. Kolb würdigte die vom Amtsvorgänger Rogalla in den 15 Jahren seiner Amtszeit geleistete gute Aufbauarbeit, die vom Provisorium im Tiefkeller des Fernmeldeamtes Kiel zu dem voll eingerichteten Warnamt I in Hohenwestedt geführt habe. Bei Nennung der zukünftigen Aufgaben wies der Präsident auf die Mitwirkung des Warndienstes bei Katastrophen und im Umweltschutz ebenso hin, wie auf die in Aussicht genommene Modernisierung und Erweiterung von technischen Anlagen. Hier sei insbesondere an die Ausstattung der Beobachtungs- und ABC-Meßstellen mit halbautomatisch arbeitenden Geräten und an den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung gedacht.

Dr. Kolb warnte in diesem Zusammenhang vor allzu illusionistischen Vorstellungen. Der derzeitige Etat reiche gerade aus, um die bestehenden Anlagen und Einrichtungen des Warn- und Alarmdienstes funktionsfähig zu erhalten. Die Kosten für neue Vorhaben, insbesondere auch im Zusammenhang mit einer Übernahme weiterer Aufgaben, wären beträchtlich. Allein der Bau eines Schutzbaues für eine WD-Leitmeßstelle erfordere etwa 2 Millionen DM. Bei der Verwirklichung solcher Vorhaben werde man nicht mit Jahren, sondern Jahrzehnten rechnen müssen.

Der Abteilungsleiter für den Warn- und Alarmdienst im BzB, Leitender Regierungsdirektor Zielinski, dem der neue Amtsleiter aus früherer Zusammenarbeit im THW bekannt ist, wies in seiner Begrüßung im Hinblick auf den Helferbestand besonders auf die Fähigkeiten Kneppenber's im Umgang mit freiwilligen Helfern hin.

Skizze der Warngebiete





Amtsübernahme beim Warnamt I (v. l.): der neue Leiter Kneppenberg, Leitender Regierungsdirektor Zielinski und der ehemalige Amtsleiter Rogalla.

Dies habe er bei seiner Tätigkeit beim THW in Hamburg oft unter Beweis stellen können. Zielinski gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Gabe zusammen mit der erforderlichen Wendigkeit dem Warnamt besonders dienen möge.

Ministerialrat Dr. Weiß vom Innenministerium des Landes begrüßte Kneppenberg als einen persönlichen Bekannten aus vielen Begegnungen im Bereiche der Zivilverteidigung. Er freute sich, daß er ihn nun auch als Schleswig-Holsteiner sehen dürfe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die bisherige gute Zusammenarbeit im Warnamt I fortgesetzt würde. Dr. Weiß wies auf die Aufgeschlossenheit der Landesregierung für die Probleme des Bevölkerungsschutzes hin.

Besonders am Herzen lägen ihr zur Zeit noch die nötigen Regelungen über eine Verwendung der Einrichtungen des Warndienstes für den Katastrophenschutz, insbesondere an der sturmflutgefährdeten Westküste.

Er hoffe, daß der Warndienst gerade in diesem Bereich seine Mitarbeit wie bisher fortführe, damit die Pläne möglichst bald verwirklicht werden könnten. Auch er wünsche wie die

zahlreich erschienen Ehrengäste ziviler und militärischer Behörden Kneppenberg Glück und Erfolg bei seiner Arbeit im Warnamt I. Der neue Amtsleiter dankte in einer kurzen Erwiderung für die Wünsche, insbesondere dem Präsidenten des BzB, daß ihm diese verantwortungsvolle Aufgabe im Land Schleswig-Holstein übertragen worden sei. Er dankte auch seinem Vorgänger und dessen Mitarbeitern, daß er ein so gut aufgebautes Amt übernehmen könne. Er werde sich bei seiner neuen Arbeit im besonderen Maße auch der Helferfrage annehmen. Hierfür wünsche er sich eine allseits gute Zusammenarbeit zum Nutzen der Bevölkerung von Schleswig-Holstein und Hamburg.

Günter Petersson †

Am 3. Dezember 1971 verstarb nach langer schwerer Krankheit der Leiter des Warnamtes VII, Verwaltungs-

oberrat Günter Petersson, Oberstleutnant a.D.

Günter Petersson übernahm im Jahre 1965 die Leitung des für das Gebiet der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland zuständigen Warnamts VII.



Damals wurden die Arbeiten an den maschinen- und fernmelde-technischen Einrichtungen im Schutzbau des Warnamts ausgeführt und unter seiner Leitung in knapp

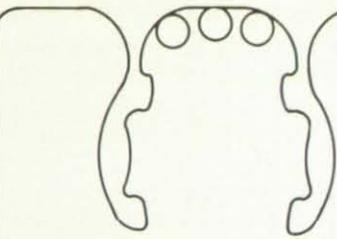
einem Jahr fertiggestellt. Gleichzeitig wurde am Ausbau des Warnnetzes gearbeitet. Auch der personelle Aufbau des Warnamts VII erfolgte in jenen Jahren.

Schwierigkeiten gewohnt, stellte sich Petersson den vielerlei Problemen dieser Aufbauzeit und setzte sich mit der ihm eigenen Beharrlichkeit für die Dinge ein, die er für richtig erkannt hatte, gleichgültig ob es sich um organisatorische Probleme, technische Neuerungen oder personelle Fragen handelte.

Er genoß das Vertrauen aller seiner Mitarbeiter und verstand es, das Personal des Warnamtes VII mit viel Sinn für Fürsorge und Gerechtigkeit zu leiten. Daneben arbeitete er auch an Vorschlägen zur weiteren Entwicklung und Verbesserung der Betriebsverfahren für den gesamten Warndienst mit und gab hierfür wesentliche Anregungen.

Günter Petersson wurde am 18. September 1910 in Freiburg/Breisgau geboren, besuchte in Berlin die Schule und trat 1931 nach der Reifeprüfung als Offiziersanwärter beim IR 14 ein. 1934 wurde er Leutnant. Im gleichen Jahr erfolgte in Cottbus seine Ausbildung zum Flugzeugführer. Im 2. Weltkrieg fand er als Stabsoffizier in höheren Fliegerstäben Verwendung. Nach dem Kriege betrieb er eine kunstgewerkliche Werkstätte.

Im Jahre 1960 stellte sich Petersson als einer der ersten Helfer dem Warnamt VIII zur Verfügung und wurde dort 1962 als hauptamtlicher Einsatzleiter eingestellt. Seine vielseitigen Vorkenntnisse und Erfahrungen prädestinierten ihn dafür, wenige Jahre später das Leitwarnamt VII zu übernehmen und im Warndienst zum Schutze der Zivilbevölkerung an hervorragender Stelle mitzuarbeiten. Er wird dem Warndienst unvergessen bleiben.



AKTUELLE NACHRICHTEN

Papierschlafsäcke für Massenunterkünfte

Aus besonders festem Papier werden die Schlafsäcke hergestellt, die von einer englischen Firma auf den Markt gebracht werden.

Diese Schlafsäcke können besonders in Katastrophensituationen Verwendung finden, wenn größere Menschenmassen in Lagern o. ä. untergebracht werden müssen. Sie bieten rund zwei Wochen lang Schutz gegen Kälte und sogar Regen. In die Außenhaut der Schlafsäcke ist eine Plastikschiene eingebettet, die zweite Schicht besteht aus festem Spezialpapier, die innere Hülle aus weichem Krepp-Papier. Eine Polystyrolschicht, die zwischen die Papierlagen eingearbeitet ist, schützt gegen Bodenkälte und hält die Körperwärme zurück.

Wenn die Schlafsäcke — sie wiegen ca. 650 g — nicht mehr zu gebrauchen sind, kann man sie noch als Abfallsäcke benutzen.

Nicht auf der gleichen Linie

Die Vorbereitungen eines Schutzes der Zivilbevölkerung in einem möglichen Atomkrieg werden in den USA und in der Sowjetunion sehr unterschiedlich gehandhabt.

Während die Richtlinien in den USA lediglich einen Schutz der Bevölkerung vor solchen Strahlenwirkungen vorsehen, die nach einer Kernwaffenexplosion noch längere Zeit wirksam bleiben, sollen die Bewohner der Sowjetunion auch gegen die unmittelbaren Auswirkungen beim Einsatz atomarer Waffen geschützt werden. Die Ausbildung der sowjetischen Bevölkerung, vor allem auch der Jugendlichen, ist dementsprechend sehr viel umfassender und intensiver.

In den USA dagegen beschränkt man sich für die nächste Zukunft noch

darauf, Neubauten auf ihre Eignung als zusätzliche Schutzbauten an solchen Orten, an denen öffentliche Schutzbauten geplant sind, zu untersuchen. Der Ausbau von sogenannten Doppelzweck-Schutzbauten in Neubauten wird unterstützt. Ein Hauptgewicht wird in den USA auf die Ausarbeitung kommunaler Zivilschutzpläne gelegt. Durch die Bekanntmachung dieser Pläne wird die Zivilbevölkerung auf etwa zu ergreifende Maßnahmen vorbereitet.

Ausbildung international

Im Rahmen internationaler Kurse leistet der schweizerische Zivilschutz gewissermaßen einen wertvollen Beitrag zur Entwicklungshilfe. Erstmals im Jahre 1969 wurde ein Kurs für Zivilschutz-Ausbilder, die aus dem Ausland kamen, durchgeführt. Im Jahre 1971 fanden zwei solcher Lehrgänge, die von der Internationalen Organisation für Zivilverteidigung ausgerichtet wurden, statt.

Ausrüstung und Material stellte das Genfer Zivilschutzzentrum zur Verfügung, ebenso die Instrukturen. Auch Großbritannien hatte 3 bekannte Fachleute des Zivilschutzes als Ausbilder entsandt.

Neben der rein praktischen Ausbildung werden die Teilnehmer auch in Organisationsfragen unterwiesen. Sie werden in ihren Heimatländern später die Katastrophen- und Zivilschutzmaßnahmen praktisch verwirklichen können, wenn sie an dem Aus- und Aufbau entsprechender Hilfe-Organisationen mitwirken.

Schweden koordiniert Planung

Schwedische Regierungspräsidenten müssen ihre Verwaltungsaufgaben im Frieden bereits so wahrnehmen, daß auch die Anforderungen einer Gesamtverteidigung im Kriege weitgehend berücksichtigt werden.

So bestimmen es die Dienstvorschriften, nach denen ein schwedischer Regierungspräsident arbeitet. Man ist in Schweden davon überzeugt, daß eine Verteidigungsplanung nicht unabhängig von der übrigen Gemeinschaftsplanung durchgeführt werden kann.

Dementsprechend und weil sie von

grundsätzlicher Bedeutung sind, müssen die Bereitschaftspläne, die die Durchführung von Verteidigungs- und Zivilverteidigungsvorhaben regeln, von einem Führungsgremium festgelegt werden.

Die Zuständigkeit für die Maßnahmen der Zivilverteidigung liegt nach diesen Bestimmungen jetzt im Verteidigungsdezernat der Planungsabteilung. Hier sind die Zivilverteidigungssektion und die allgemeine Bereitschaftsstelle zusammengelegt worden.

Leiter des Verteidigungsdezernats ist ein Verteidigungsdirektor; sein Dezernat gliedert sich in:

das Ressort für Personalangelegenheiten, Einberufung, Ausbildung, Schulung —; das Ressort für Organisationsangelegenheiten — Verteidigungsplanung —; das Ressort für Technik und Material — Schutzzräume, Nachrichtenwesen, Alarmierung u. a. —; zusätzlich eine Auslieferungs- und eine Abrechnungsstelle.

Die für den Kriegsfall zuständigen Sektionsleiter im Verteidigungsdezernat sind als teilzeitangestellte Fachleute tätig. Damit ist eine Verzahnung der Kriegsorganisation mit der zivilen Verteidigung sichergestellt. Außerdem auf diese Weise auch die notwendigen Fachkräfte mit der Materie befaßt.

Wasseraufbereitung in den USA

Etwa 800 Liter pro Kopf der Bevölkerung, das ist der tägliche Wasserbedarf in den USA. Frischwasser ist hier längst Mangelware geworden, und immer mehr Städte gehen dazu über, Abwässer für die Wiederbenutzung zu reinigen.

Die Wasserversorgung der Bevölkerung ist zudem eine Kostenfrage, weil es immer teurer wird, Quell- und Grundwasser heranzuschaffen. Gegenwärtig erprobt man ein neues Reinigungssystem, welches die organischen Substanzen im Klärwasser zu über 90 Prozent beseitigt. Man hält es für möglich, daß dieses Verfahren, welches wesentlich billiger als andere Verfahren ist, so verbessert werden kann, daß mit seiner Hilfe aus Klärwasser einwandfreies Trinkwasser gewonnen werden kann.

Das neue Verfahren erfordert einen Kostenaufwand von etwa 18,4 Dpf. je cbm. Rechnet man die Kosten der vorbereitenden Klärung hinzu, so ergibt sich ein Preis von 29 Dpf. für die Aufbereitung von 1 cbm Wasser.

Roland Ackermann

Bei Grün Gefahr

Wenn Chlorgasbehälter undicht werden



1. Warum befaßt sich das THW mit Chlorgas?

„Warum sollten wir vom Technischen Hilfswerk uns über Chlorgas informieren, wenn wir nie damit zu tun haben werden?“ Diese und ähnliche Aussagen sind oft von Mitgliedern unserer Organisation zu hören, wenn über Chlorgas gesprochen wird.

Sieht man sich jedoch in unserer Industrie um, vor allem in der chemischen, so wird man sehr schnell erkennen, daß Chlor vielfach verwendet wird. Folglich wird es auch in großen Mengen transportiert und gelagert. Dabei kann Chlorgas durch unglückliche Umstände aus seinen Behältern und Leitungen entweichen. An diesem Punkt wird das Chlorgas für das THW interessant.

2. Chemische und physikalische Eigenschaften

Der Einfachheit halber und wegen der enormen Vielfalt dieses Gebietes soll hier nur das reine Chlor und auf eine der für uns wichtigsten Verbindungen eingegangen werden.

2.1. Physikalische Eigenschaften

Chlor (griechisch chloros = grün) ist ein gelbgrünes, erstickend riechendes, die Schleimhäute stark angreifendes Gas, das zweieinhalbmal so schwer wie Luft ist. Unter Druck kann es leicht verflüssigt werden. Chlor gelangt in flüssigem Zustand, abgefüllt in Stahlflaschen (Bomben), in den Handel. Druck: 60 atü.

Sein Schmelzpunkt liegt bei -115° . Chlor hat eine sehr gute Löslichkeit in Wasser. Bei 0° und Atmosphärendruck kann man in 1 Liter 825 g Chlor auflösen.

2.2. Chemische Eigenschaften

Chlor ist unter den Nichtmetallen nach Fluor das reaktionsfähigste Element. Es wird zum größten Teil durch Elektrolyse von wäßrigem Natriumchlorid erzeugt. Chlor verbindet sich unter starker Wärmeentwicklung mit fast allen anderen Elementen, außer Kohlenstoff, Sauerstoff und Stickstoff.

Für uns ist die Umsetzung mit Wasserstoff besonders wichtig. Mischt man Chlor mit Wasserstoff im Molverhältnis 1:1, so wird sich dieses Gemisch im Dunkeln und bei normaler Temperatur nicht verändern. Setzt man das Gemisch jedoch intensiver Bestrahlung durch Sonnenlicht aus, so verläuft explosionsartig die Reaktion ($\text{N}_2 + \text{Cl}_2 = 2 \text{HCl}$) in Richtung Chlorwasserstoff, auch Chlor-Knallgas genannt.

Da die Wärmeentwicklung bei der Entstehung von Chlor-Knallgas nicht so groß ist wie bei Sauerstoff-Knallgas, ist auch die Explosion nicht ganz so heftig. Die Affinität von Chlor zu Wasserstoff ist so groß, daß es den Wasserstoff sogar aus vielen Verbindungen reißt. So kann auch Wasser unter der Einwirkung von Chlor zersetzt werden. ($\text{H}_2\text{O} + \text{Cl}_2 = 2 \text{HCl} + \text{O}$). Es entsteht dabei Chlorwasserstoff, dessen wäßrige

Lösung unter dem Namen Salzsäure bekannt ist.

2.3. Wirkung von Chlor auf Stahl

In trockenem, flüssigem und gasförmigem Chlor sind unlegierte und niedriglegierte Stähle bis 100° beständig. Eine Einwirkung von trockenem Chlor auf unlegierten Stahl tritt erst bei 250° auf. Im Gegensatz dazu werden unlegierte und nichtrostende Stähle in feuchtem Chlor angegriffen. Der Grund liegt darin, daß Chlor — mit Wasser zusammengebracht — Salzsäure und unterchlorige Säure ergibt. Allein beständig in feuchtem Chlor niedriger Konzentration sind einige hochlegierte Spezialstähle.

Soweit die Ausführungen zu den chemischen und physikalischen Eigenschaften von Chlor. Man könnte diese Aufzählung beliebig fortsetzen. Dies jedoch würde den Rahmen dieser Abhandlung sprengen. Entnehmen wir als wesentliche Erkenntnis aus diesem Artikel folgende Grundsätze:

- Chlor ist ein gelbgrünes, erstickend riechendes Gas;
- Chlor greift Schleimhäute stark an;
- Chlor ist schwerer als Luft;
- Verbindet sich Chlor mit Wasserstoff, entsteht die ätzende Salzsäure;
- Verbindet sich Chlor mit freiem Wasserstoff (z. B. aus der Luft), so entsteht unter Explosion Chlorknallgas;
- Chlor greift in feuchtem Zustand unlegierte und rostfreie Stähle an.

3. Wirkung von Chlorgas auf den menschlichen Organismus

3.1. Gefährlichkeit des Chlorgases

Die Gefährlichkeit von Chlorgas und seinen Verbindungen ist leicht zu erkennen, wenn man beachtet, daß ungefähr Zweidrittel der im ersten Weltkrieg eingesetzten Kampfstoffe aus Chlorverbindungen

bestanden.

Es seien im folgenden die bekanntesten kurz erwähnt und ihre Auswirkung auf den menschlichen Körper aufgezeigt:

Augenreizstoffe:

Chloracetophenon: Tränen der Augen, vorübergehende Beeinträchtigung der Sehfähigkeit.

Nasen- und Rachenreizstoffe:

Diphenylarsinchlorid (Clark I): Starke Reizung der oberen Luftwege, Husten, Übelkeit, Erbrechen, Brustbeklemmung, Schädigung des Magen-Darm-Kanals. Diphenylaminchlorasin (Adamsit): Wie Clark I; findet heute bei der Polizei in Verbindung mit Tränengas Verwendung.

Lungenkampfstoffe:

Carbonylchlorid (Phosgen): Lungenschädigende Wirkung, Bildung eines Lungenödems, d. h. die Alveolen werden flüssigkeitsdurchlässig.

Chlorameisensäuretrichlormethylester (Perstoff): stärkere Wirkung als Phosgen,

Trichlornitromethan (Chlorpikrin): wie Phosgen.

Hautkampfstoffe:

Lewisit, Phosgenoxim: Angriff bis Zerstörung der Haut.

3.2. Wirkung von Chlorgas und seiner wichtigsten Verbindungen auf den Menschen:

Die Halogendevirate der Kohlensäure werden in ihrer physiologischen Wirkung von der Anzahl der im Molekül vorhandenen Chloratome bestimmt. Während man sich heute noch vielfach über den Wirkungsmechanismus dieser Stoffe streitet, sind die Auswirkungen und Schädigungen gebannt.

Die ausgeprägte Erscheinung einer Vergiftung durch Chlor oder Chlorverbindungen ist die Bildung eines Lungenödems. Dabei werden die Lungenbläschen (Alveolen) flüssigkeitsdurchlässig, der Vergiftete „ertrinkt“ im eigenen Blut. Die ersten Anzeichen für

eine Vergiftung mit Chlor und seinen Verbindungen sind: Süßlicher Beigeschmack im Mund, Brennen im Hals, Hustenanfälle, Kopfschmerzen, Schwindelgefühl und Übelkeit. Charakteristisch für Chlor und seine Verbindungen ist, daß die genannten Symptome erst nach einer Latenzzeit von einigen Stunden auftreten. Werden größere Mengen eingeatmet, treten außerdem folgende Erscheinungen auf: Pulserhöhung, Atemnot, blutschaumiger Auswurf und Kreislaufschock, die Haut ist fahlgrau gefärbt, die Lippen nehmen eine Purpurfarbe an; nach Bewußtseinsverlust kann der Tod eintreten.

4. Schutz vor Chlorgas

4.1. Allgemeines über Atemschutz

4.1.1. Leichter Atemschutz Unter „leichtem Atemschutz“ ist der Schutz vor Giftgas durch Schutzmaske mit Atemfilter zu verstehen. Der Atemfilter muß dem jeweiligen Giftgas entsprechen, d. h. die im Filter vorhandene Substanz muß das Giftgas absorbieren, auf chemischem Wege zurückhalten oder unschädlich machen.

Bei dieser Art von Atemschutz ist der Träger der Maske von der Außenwelt abhängig. Man hat festgestellt, daß der Luftsauerstoffgehalt mindestens 15 Prozent betragen muß, um eine ausreichende Sauerstoffversorgung zu gewährleisten.

Der zweite wesentliche Punkt beim Einsatz von leichtem Atemschutz ist, daß der Giftgasgehalt in der Luft zwei Prozent nicht übersteigen darf. Ist er höher, so ist die Gefahr vorhanden, daß der Filter in kürzester Zeit durchschlägt. Schon bei geringem Gasgeruch muß der Träger den Filter auswechseln.

4.1.2. Schwerer Atemschutz Im Gegensatz zum „leichten Atemschutz“ ist der Träger eines schweren Atemschutz-



Helfer mit schwerem Atemschutzgerät bergen Übungsmäßig Verletzte.

gerätes (Preßluftatmer) von dem Sauerstoffgehalt der Umgebung unabhängig, da er seine Atemluft in Stahlflaschen mit sich trägt. Beim Einsatz unter Atemschutzgeräten in stark kontaminiertem Gebiet ist besonders darauf zu achten, daß nie ein Helfer alleine operiert. Bei solchen Arbeiten soll grundsätzlich ein Trupp eingesetzt werden, der mindestens zwei Mann, besser drei Mann stark ist. Vor dem Einsatz dieser Atemgeräte ist der Druck in den Luftflaschen und die Einsatzzeit zu ermitteln. Dabei ist darauf zu achten, daß sich der Sauerstoffverbrauch bei schwerer Arbeit (z. B. Bergung eines Verletzten) von einem Liter je Minute für den ruhenden Menschen auf drei Liter erhöht.

Diese Ausführungen sollen nur einige grundsätzliche Hinweise bieten. Umfassende Information über Atemschutz ist aus der einschlägigen Literatur zu entnehmen oder auf Lehrgängen zu erwerben.

4.2. Atemschutz bei Chlorgasvergiftung

4.2.1. Leichter Atemschutz Die in Abschnitt 4.1.1. aufgezählten Punkte sind natürlich auch beim Einsatz gegen Chlorgas streng zu beachten. So dürfen Schutzmasken, die bei Chlorgas

mit dem Aufschraubfilter B mit der Farbkennzeichnung „grau“ ausgestattet sein müssen, nur in weiterem Umkreis des Gasausbruchzentrums eingesetzt werden. Außerdem ist gerade beim Einsatz in Chlorgaswolken dringend geraten, geschlossene Räume nur mit Atemschutzgeräten zu betreten, da sich durch die Eigenschaft des Chlors, schwerer als Luft zu sein, sogenannte Gasnester bilden können. In diesen Nestern steigt die Gaskonzentration rapide an.

4.2.2. Schwerer Atemschutz Im Zentrum des Gasausbruchs, in geschlossenen Räumen und in Senken im Gelände ist der Einsatz von umweltunabhängigen Atemschutzgeräten dringend angeraten. Es gelten auch hier die unter 4.1.2. gemachten Ausführungen.

4.2.3. Schutzanzüge Einen totalen Schutz vor Verätzung der Atemwege und der Haut wird durch einen salzsäurefesten Schutzanzug gewährleistet. Ein Einsatz dieses Anzuges ist bei feuchter Luft (Nebel) und Regen angezeigt, da sich in diesem Fall wie in Abschnitt 2.2. angeführt, (ätzende) Salzsäure bildet. Am Ende dieses Abschnitts sollte ein Satz stehen, der bei richtiger Anwendung für alle Hilfsaktionen gilt: Wenn auch nur die gering-

ste Chance besteht, den Verunglückten zu retten, werden wir alles in unserer Macht stehende tun. Erkennen wir aber — durch unsere Ausbildung dazu in die Lage gesetzt —, daß wir den Verunglückten mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln nicht mehr helfen können, ohne unser Leben zu riskieren, sollten wir von der Hilfsaktion absehen.

5. Erste Hilfe bei Chlorgasvergiftung

5.1. Erste Hilfe bei Vergiftung allgemein

a) Schnellster Transport in das nächste Krankenhaus oder zum nächsten Arzt.
b) Versuche unter Umständen Erbrechen hervorzurufen (nicht bei Verätzung); Gift durch Trinken verdünnen.

c) Künstliche Beatmung bei tiefer Bewußtlosigkeit und Atemstillstand.

5.2. Erste Hilfe bei Gasvergiftung

a) Schnellste Bergung
b) Frischluftzufuhr
c) Keine künstliche Beatmung bei lungenschädigenden Reiz-, Ätz- und Kampfgasen (z. B. Chlor und seine Verbindungen). Des Weiteren gelten alle unter 5.1. angeführten Hinweise.

6. Beseitigung von Chlorgas

Wie schon in den vorhergehenden Artikeln erwähnt, ist Chlorgas in Wasser sehr gut löslich. Nachdem die Verletzten aus der Gaswolke gebracht sind, wird das Chlorgas dadurch beseitigt, daß man Wasser in großen Mengen über der Wolke versprüht. Das Chlorgas schlägt sich an den einzelnen Wassertropfen nieder. Es bildet sich Salzsäure und unterchlorige Säure.

Ich hoffe, mit diesem Artikel das Interesse für das immer wichtiger werdende Gebiet des Atemschutzes geweckt und die Gefährlichkeit von Chlorgas und seiner Verbindungen begrifflich gemacht zu haben.

Polizeihauptkommissar Günter Hagenau

Mit Blaulicht und Einsatzhorn

Zivilschutzfahrzeuge
und die neue Straßenverkehrsordnung



Weil geschlossene Verbände beliebig lang sein können, gewinnt die neue Bestimmung, daß sie in angemessenen Abständen Zwischenräume für den übrigen Verkehr freilassen sollen, besondere Bedeutung.

Die neuen Bestimmungen im Verkehr wurden mit großem Werbeaufwand der Bevölkerung erläutert. Danach sollte es auf unseren Straßen nur noch eitel Wohlverhalten und bedeutend weniger Unfälle geben. Der Erfolg wird sich erst später aus den Statistiken ablesen lassen.

Es ist aber angebracht, auch einmal über solche Bestimmungen ausführlich zu sprechen, die nicht so breit erörtert wurden, weil sie nur einen begrenzten Personenkreis interessieren. Dazu gehören auch die Vorschriften über Sonderrechte, Benutzung von besonderen Warnrichtungen und übermäßige Benutzung von Straßen. Da für den Zivil- und Katastrophenschutz jeder Einsatz mit Fahrzeugbewegungen im öffentlichen Verkehrsraum verbunden ist, müssen seine Einheiten diesen Vorschriften besondere Beachtung schenken.

In der neuen Straßenverkehrsordnung (StVO) sind die in der bisherigen Praxis bewährten Bestimmungen in ein den vorliegenden Erfahrungen angepaßtes verändertes System gebracht, durchweg einfacher und übersichtlicher gestaltet und durch einige Verbesserungen ergänzt worden.

Geschlossene Verbände

Das Kolonnenrecht ist nicht mehr

unter den Sonderrechten aufgeführt (jetzt in § 27 als selbständige Vorschrift), weil die für den gesamten Fahrverkehr aufgestellten allgemeinen Verkehrsregeln auch für geschlossene Verbände gelten sollen. Die an alle anderen Verkehrsteilnehmer gerichtete Weisung, geschlossene Verbände nicht zu unterbrechen, weist auf das einzige Merkmal hin, das einen Verband von sonstigen Straßenbenutzern unterscheidet: Er ist in seiner Gesamtheit als ein Verkehrsteilnehmer zu behandeln. Aus diesem Grunde ist es auch verständlich, daß in § 27 überwiegend von den besonderen Pflichten gesprochen wird, die sich aus der Bildung eines geschlossenen Verbandes ergeben. Verbände sind naturgemäß schwerfällig in ihrer Bewegung und erfordern daher bei zunehmender Verkehrsdichte vermehrte Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme von allen übrigen Verkehrsteilnehmern.

Zunächst war zu klären, was als geschlossener Verband gilt. Wo man bisher auf Kommentarmeinungen und einige Gerichtsurteile angewiesen war, sagt jetzt die neue StVO näheres: Es kommt auf einheitliche Führung und zusammenhängende (geschlossene) Bewegung an. Allerdings wird immer noch nicht gesagt, wieviele Fahrzeuge mindestens ge-

meinsam fahren müssen, um einen geschlossenen Verband im Sinne der StVO zu bilden. Während der Erlass des Inner- und Verkehrsministeriums vom 8. 12. 1967 (veröffentlicht in MBl. NW 1968 S. 174) für Nordrhein-Westfalen erst in vier Fahrzeugen einen geschlossenen Verband sehen wollte, hat das Oberlandesgericht Düsseldorf in seinem Urteil vom 18. 9. 1969 auch schon drei Fahrzeugen den Status einer Kolonne zuerkannt.

Daran ändert die neue StVO nichts.

Weil geschlossene Verbände beliebig lang sein können, gewinnt die neue Bestimmung, daß solche Einheiten in angemessenen Abständen Zwischenräume für den übrigen Verkehr freilassen sollen, besondere Bedeutung. Diese Weisung entspricht durchaus einer schon in der Vergangenheit gepflegten und von anderen Autofahrern begrüßten Übung. Man konnte an der langsam fahrenden Kolonne überholend vorbeifahren und bei Gegenverkehr vorübergehend in die Lücken einscheren.

Es ist aber nichts darüber gesagt, nach wie vielen Fahrzeugen der Zwischenraum zu lassen ist. Das zu entscheiden, wird nach wie vor der Praxis vorbehalten bleiben. Bei kurzen bis mittleren Kolonnen wird sich je nach Schwere und Größe der Fahrzeuge nach etwa 10 bis 15 Fahrzeugen ein solcher Zwischenraum als sinnvoll erweisen, wobei immer nur Lücken für den sonstigen in gleicher Richtung fahrenden Verkehr gemeint sind. Bei langen Kolonnen (etwa ab 60 bis 100 Fahrzeuge) meint die neue StVO ganz offenbar, daß mehrere Marschgruppen zu bilden sind, zwischen denen auch der Querverkehr hindurch kann.

Voraussetzung für die Erhaltung der Geschlossenheit marschierender Verbände ist, daß die Kolonne als solche deutlich zu erkennen ist.

Sicherheitsabstände zwischen den einzelnen Fahrzeugen müssen auch im geschlossen fahrenden Verband eingehalten werden; sie werden jedoch wegen der Gleichförmigkeit der Bewegung und der auf die Kolonnenmitglieder gerichteten Aufmerksamkeit der Fahrer kürzer sein können und wohl auch müssen, um sich als geschlossener Verband von einer sonstigen Fahrzeugreihe zu unterscheiden.

Darüber hinaus müssen alle Fahrzeuge als zum Verband gehörig gekennzeichnet werden. In der alten StVO war darüber nichts gesagt, nach der neuen reicht die bisher

übliche Kenntlichmachung durch eingeschaltetes Abblendlicht und Flaggen am Spitzen- und Schlußfahrzeug aber nicht aus. Da die eingeschalteten Lichter nur für den Längsverkehr der Gegenrichtung sichtbar sind, werden in der Verwaltungs-Verordnung zur neuen StVO (Vwv) zu § 27 neben den Sonderbeleuchtungen für alle Fahrzeuge

eines Verbandes die gleichen Fahnen, Drapierungen oder ähnlich wirksame Hinweise gefordert. Die Art der Kennzeichnung ist zwar nicht festgelegt (es ist z. B. nicht gesagt, was unter Drapierungen verstanden werden soll), in der Praxis haben sich aber Fahnen als so zweckmäßig erwiesen, daß die Bundeswehr schon kurz nach Einführung der neuen StVO

ihre Dienstvorschriften für Kfz-Märsche insoweit ergänzt hat, daß jedes Fahrzeug eines Verbandes eine blaue Flagge zu führen hat. Die LSHD-Dv 1 sieht in Anlage 4d lediglich die Kennzeichnung mit Flaggen des Spitzen- und Schlußfahrzeuges vor; sie wird ebenfalls ergänzt werden müssen. Es wäre jedoch anzustreben, durch eine ein-



Nach der neuen Straßenverkehrsordnung reicht die bisher übliche Kenntlichmachung eines Verbandes durch eingeschaltetes Abblendlicht und Flaggen am Spitzen- und Schlußfahrzeug nicht mehr aus.

heitlich für alle Verbände festgelegte Kennzeichnung für Kolonnen ein einprägsames Signalbild zu schaffen. Hinreichend gekennzeichnete und aufgeschlossen fahrende Verbände müssen sich auch in ihrer Fortbewegung konsequent verhalten, wenn sie geschlossen bleiben sollen. Das Spitzenfahrzeug muß zwar — wie jeder andere Straßenbenutzer — auf

Sonderrecht nach § 35 neue StVO

Der Katalog der privilegierten Einrichtungen (bisher nur Bundeswehr, Polizei, Bundesgrenzschutz, Feuerwehr und Zolldienst) ist um den Katastrophenschutz erweitert worden. Das war eine seit langem überfällige Maßnahme, denn diese Einheiten unterscheiden sich nach ihrer Aufgaben-

wenn Sonderrechte nach § 35 in Anspruch genommen werden. Um die Belastung des Normalverkehrs durch große Verbände möglichst gering zu halten und eine Einwirkung auf Fahrzeiten und Wegstrecken zu ermöglichen, ist jedoch eine Einschränkung vorgesehen. Ohne vorherige Genehmigung dürfen nur Kolonnen bis zu 30 Fahrzeugen



Zur Sonderbeleuchtung eines Kfz.-Verbandes werden nun auch Fahnen und ähnliche Hinweise gefordert.



Um die Einhaltung des Marschweges und ein rechtzeitiges Erreichen des Zieles zu gewährleisten, ist eine gründliche organisatorische Vorbereitung des Marschvorhabens sehr wichtig.

Vorfahrt und Rotlicht von Signalanlagen achten, weil ihm keine Sonderrechte zustehen. Wenn der Verband aber einmal in eine Kreuzung eingerückt ist, muß er auch geschlossen durchfahren. Das entspricht seiner rechtlichen Einordnung als ein Verkehrsteilnehmer und erübrigt das mühsame und meistens verkehrsbehindernde bisher oft angewandte Verfahren, nach Durchfahrten einer oder mehrerer Kreuzungen erst einmal anzuhalten und den Verband zu sammeln.

Dem Führer eines geschlossen fahrenden Verbandes kommt nach der neuen StVO besondere Bedeutung zu. Er hat als Führer des Spitzenfahrzeuges für die Einhaltung des Marschweges und das rechtzeitige Erreichen des Zieles zu sorgen, außerdem ist er dafür verantwortlich, daß von allen zum Verband gehörenden Fahrzeugen die besonderen Bestimmungen eingehalten werden. Eine gründliche organisatorische Vorbereitung des Marschvorhabens und eingehende Unterweisung der Fahrer und Fahrzeugführer vor dem Abmarsch sind dafür ebenso wichtig wie die intensive Ausnutzung der Funkmittel.

stellung so wenig von den anderen aufgeführten Bevorrechtigten, daß eine Bindung an die allgemeinen Verkehrsvorschriften auch bei dringenden Einsätzen nicht mehr zu rechtfertigen war. Die durch Ausnahmegenehmigung den regionalen Katastrophenschutzeinheiten einzelner Bundesländer zuerkannte Möglichkeit, wenigstens die besonderen Warnrichtungen in die Fahrzeuge einbauen und im Rahmen des Wegerechts benutzen zu dürfen, hat sich als unzureichend erwiesen.

Der Umfang der Sonderrechte ist gegenüber der alten StVO im Prinzip unverändert geblieben. Die bevorrechtigten Einheiten können sich zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben über alle Vorschriften der StVO hinwegsetzen, sofern der Einsatz dringend ist und die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht völlig unbeachtet bleiben. Das gilt für Einzelfahrzeuge ebenso wie für geschlossene Verbände der privilegierten Einrichtungen.

Zu den Vorschriften der StVO gehört aber auch das Genehmigungsverfahren für geschlossene Verbände, das konsequenterweise nicht gelten darf,

fahren; auch Fahrten mit überbreiten und überschweren Fahrzeugen unterliegen in jedem Fall der Genehmigungspflicht. Diese Einschränkung muß sich nicht als Nachteil auswirken. Jeder Einheitsführer weiß, wie schwer es ist, die Fahrten von geschlossenen Verbänden zu organisieren und Märsche mit solchen naturgemäß nicht sehr beweglichen Kolonnen durchzuführen. Wo es nicht die Sicherheit des Verbandes (etwa im Spannungsfall oder bei inneren Unruhen) oder unzureichende Orientierungsmöglichkeiten gebieten, die gesamte Einheit in einem Verband marschieren zu lassen (geschlossener Marsch), ist es ohnehin zweckmäßiger, kleinere Marschabteilungen (Marsch in Marschgruppen) zu bilden oder unter vorheriger Angabe von Marschstrecke, Treffpunkten und Ziel sowie der vorgesehenen Ankunftszeit einzeln fahren zu lassen (offener Marsch).

Das Erlaubnisverfahren für größere Verbände oder übermäßige Fahrzeuge ermöglicht es auch, mit den zuständigen Behörden günstige Fahrstrecken und -zeiten abzusprechen und sich der Unterstützung der Polizei

zu versichern. Daran sollte vor allem bei Übungsveranstaltungen gedacht werden.

Eine Verpflichtung, daß mit Genehmigung marschierende größere Verbände mit einem Hinweis auf die erteilte Erlaubnis zu versehen sind (vor allem, um die unkontrollierte Bildung sog. wilder Kolonnen zu unterbinden), sieht die neue StVO

in § 48 Abs. 3 in seiner technisch bestimmten Formulierung nur schwer verständlich war.

Die Aufzählung der Fahrzeuge und Einrichtungen, die die besonderen Warnvorrichtungen benutzen dürfen, ist weggefallen, weil sie schon in § 52 der Straßenverkehrszulassungsordnung steht und es selbstverständlich ist, daß nur derjenige solche Vor-

streifen befinden.

Auch die Bestimmungen über die Benutzung von Blaulicht zur Warnung an Unfall- oder sonstigen Einsatzstellen, vor übermäßigen Fahrzeugen oder geschlossenen Verbänden sind unverändert geblieben. Die Abänderung des Wortes Gefahrenstelle in Einsatzstelle hat nur redaktionelle Bedeutung.

Die Aufnahme der Benutzungsvorschriften für gelbes Blinklicht in den Paragraphen, der auch die Verwendung von Blaulicht und Einsatzhorn regelt, ist zu begrüßen, da die gelbe Rundumleuchte heute als Warneinrichtung unentbehrlich geworden ist. Die weite Verbreitung dieser Leuchte macht allerdings eine strenge Begrenzung der Gelegenheiten nötig, bei denen sie eingesetzt werden darf. Denn durch häufige Benutzung tritt Gewöhnung ein, und der warnende Signalwert geht verloren. § 33 der alten StVO ließ die Verwendung des gelben Blinklichtes zur Warnung vor Arbeits- oder Unfallstellen oder vor ungewöhnlich breiten Fahrzeugen zu. Nach § 38 der neuen StVO ist die Aufzählung ergänzt worden um die Warnung vor überlangen Fahrzeugen, Fahrzeugen mit ungewöhnlich langer oder breiter Ladung und vor Fahrzeugen, die ungewöhnlich langsam fahren. Die Verwaltungsvorschrift (Vwv) zu § 38 sagt jedoch ausdrücklich, daß die mißbräuchliche Verwendung des gelben Blinklichtes unnachlässiglich zu unterbinden sei. Auf der Fahrt zur Arbeitsstelle darf es nicht verwendet werden, während des Abschleppens nur, wenn der Zug ungewöhnlich langsam fahren muß oder das abgeschleppte Fahrzeug oder seine Ladung genehmigungspflichtige Übermaße hat (breiter als 2,50 m).

Die Bestimmungen über die Benutzung des gelben Blinklichtes haben auch für die Fahrzeuge des Zivil- und Katastrophenschutzes zunehmend an Bedeutung gewonnen. An Straßenstellen, an denen Helfer eingesetzt sind, sollte zur Warnung immer ein Fahrzeug mit gelber Rundumleuchte stehen, damit die Einsatzkräfte bei ungünstigen Sichtverhältnissen geschützt sind. Hierfür haben sich Leuchten mit Haftaufsatz, die nicht fest montiert sind und auch in PKW mitgenommen werden können, gut bewährt, da sie bei Bedarf auf jedes beliebige Fahrzeug gesetzt werden können. Es ist damit zu rechnen, daß die Ausrüstungsvorschriften (StVZO),



Für Polizei- und Rettungsfahrzeuge ist die neue Bestimmung von Bedeutung, nach der bei Stockungen auf Autobahnen und autobahnähnlichen Straßen alle Fahrzeuge in Straßenmitte eine „Gasse“ lassen müssen.

nicht vor.

Die Bundeswehr ist schon vor einiger Zeit dazu übergegangen, an jedes Fahrzeug eines geschlossenen Verbandes das Ordnungszeichen des Marschkredites zu schreiben. Da es sich jedoch nur um eine bundeswehrinterne Bezeichnung handelt, die zwar im Genehmigungsantrag verwendet wird, aber keine Garantie bietet, daß die Genehmigung auch erteilt worden ist, wäre zu wünschen, daß allgemeingültige einheitliche Zeichen vereinbart würden. Bis zu einer Ergänzung der StVO könnte so verfahren werden, daß die Genehmigungsbehörde eine entsprechende Auflage macht.

Besondere Warneinrichtungen, sog. Wegerecht

Auch die Bestimmungen über die Benutzung von Blaulicht und Einsatzhorn sind aus dem Komplex Sonderrechte ausgegliedert worden, da es sich nicht um echte Sonderrechte in dem Sinne handelt, die allgemeinen Verkehrsvorschriften im Einzelfall außer acht lassen zu dürfen. In § 38 der neuen StVO wird erfreulich kurz und verständlich gesagt, was früher

richtungen benutzen darf, der auch die Erlaubnis hat, sie in seine Fahrzeuge einzubauen.

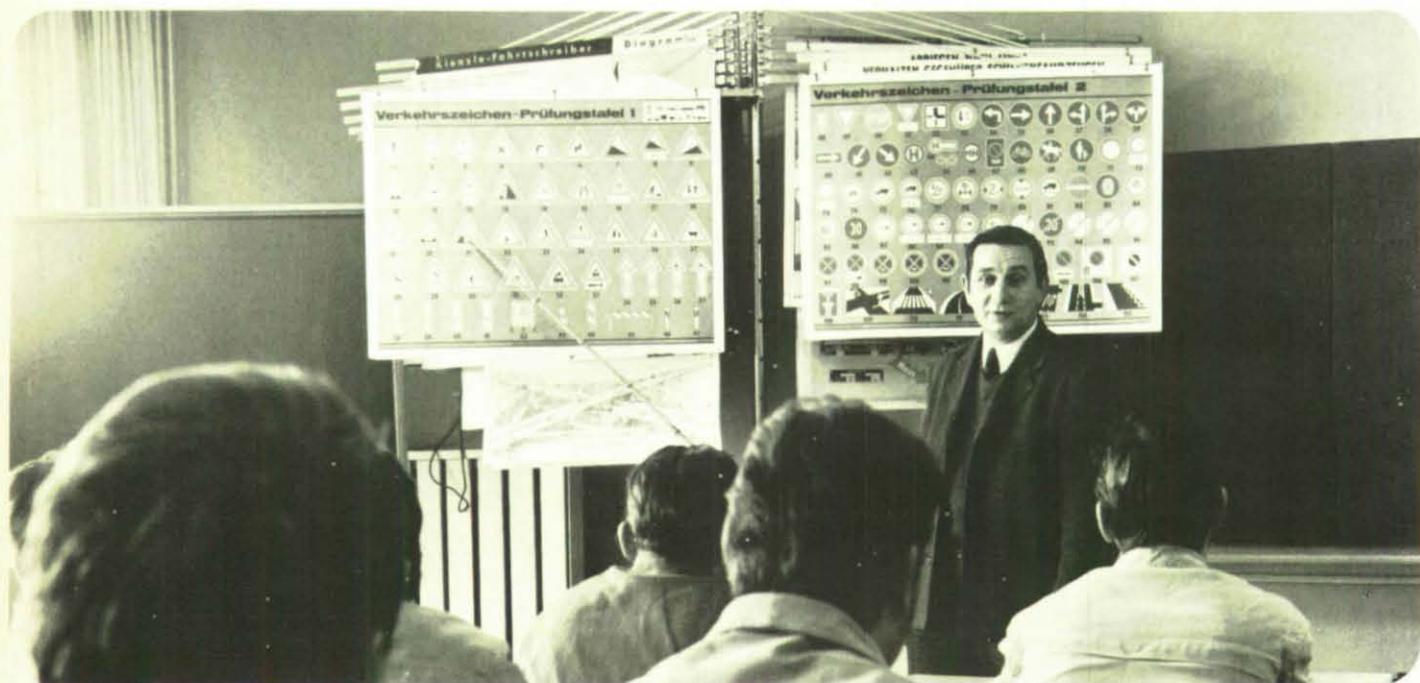
Die technisch umständlichen Bestimmungen sind ebenfalls weggefallen. Was früher als „akustische Warneinrichtung mit einer Folge verschieden hoher Töne“ bezeichnet wurde, heißt heute kurz „Einsatzhorn“.

An den Voraussetzungen für die Benutzung von Blaulicht und Einsatzhorn (Rettung von Menschenleben usw.) hat sich nichts geändert, wohl aber an den Pflichten, die sich aus der Abgabe dieser Warnsignale für andere Straßenbenutzer ergeben. Früher genügte es, die Fahrzeugführer anzuweisen, freie Bahn zu schaffen. Wegen der Zunahme des Fußgängerverkehrs und der Einführung des absoluten Vorranges von Fußgängern an Zebrastreifen (Fußgängerüberwege mit Vorrang) war es notwendig, die Fußgänger ebenfalls anzusprechen. Wenn es heute heißt, daß alle Verkehrsteilnehmer sofort freie Bahn zu schaffen haben, dann müssen auch Fußgänger zurücktreten, selbst wenn sie sich auf einem Zebra-

die eine solche Ausrüstungsart noch nicht vorsehen, diesbezüglich gelegentlich ergänzt werden. Mit fortschreitender Ausrüstung von Zivilschutzeinheiten und Hilfsorganisationen mit Bergungsfahrzeugen, die meistens wie Abschleppfahrzeuge zu behandeln sind, nimmt auch die Anzahl an gelben Blinkleuchten bei diesen Einheiten zu.

Vorsicht auch schneller fahren, bei Rotlicht eine Kreuzung überqueren oder im Halteverbot halten. Das Zusammentreffen von Wegerecht und Sonderrechten unterstreicht die Bedeutung der im Katastrophenschutz organisierten Hilfsdienste. Für den Krankentransport hat auch die Bestimmung Bedeutung, nach der bei Stockungen des Verkehrs auf

aber auch, wo die Grenzen dieser Begünstigungen liegen. Auch nach der neuen StVO unterliegt die Inanspruchnahme von Sonderrechten und des Wegerechtes der Einschränkung besonderer Einsatztrenghinglichkeit und erhöhter Vorsichtspflicht. Es sollte keine Gelegenheit versäumt werden, darauf hinzuweisen. Ein in übermäßigem Eifer



Im Unterricht lernen nun Kraftfahrer des Katastrophenschutzes neben den neuen Verkehrszeichen auch die sie selbst oder ihre Kraftfahrzeuge berührenden neuen Bestimmungen gründlich kennen.

Neues für Krankentransportdienste

Durch die Trennung der Bestimmungen über Sonderrechte und der Benutzungsvorschrift für die besonderen Warneinrichtungen ist auch für den Krankentransportdienst klargestellt, daß Wegerechtfahrzeuge (dazu gehören auch Krankenwagen) grundsätzlich — auch im Einsatzfall — die allgemeinen Verkehrsregeln zu beachten haben. Blaulicht und Einsatzhorn sollen lediglich für freie Bahn sorgen. Dabei wird die durch die neue StVO angeordnete Einbeziehung der Fußgänger in den Kreis der zum Platzmachen verpflichteten Straßenbenutzer sich günstig auswirken.

Die einer Katastrophenschutzeinheit angehörenden Krankentransportfahrzeuge profitieren außerdem davon, daß der K-Schutz jetzt in § 35 und bei den sonderberechtigten Einrichtungen aufgeführt ist. Diese Fahrzeuge dürfen bei dringenden Einsatzfahrten nach § 38 mit Blaulicht und Einsatzhorn um freie Bahn bitten und darüber hinaus bei gebührender

Autobahnen und autobahnähnlichen Kraftfahrzeugstraßen alle Fahrzeuge für die Durchfahrt der Hilfs- und Rettungsfahrzeuge sofort eine Gasse auf der Mitte der Fahrbahn freizulassen haben. Das Einhalten dieser Regel wird die Arbeit des Krankentransportfahrers wesentlich erleichtern. Es wird sogar möglich sein, notfalls gegen die Verkehrsrichtung durch die Gasse zurückzufahren, um ohne große Umwege oder die Gefahr, erneut in eine Stauung zu geraten, zum nächsten Krankenhaus zu gelangen.

Hinweise für Praxis und Unterricht

Wenn auch manche Wünsche offen geblieben sind, ist die Neufassung der für die Zivilschutz- und Hilfsorganisationen wichtigen Bestimmungen doch zu begrüßen. Es wird jetzt einfacher sein, im Unterricht und für den Einsatz klarzumachen, wo für eine schnelle Hilfeleistung bei Unglücksfällen oder Katastrophen zusätzliche Möglichkeiten eingeräumt sind, die dem Normalverkehrsteilnehmer nicht zur Verfügung stehen,

verunglückter Helfer kommt nicht mehr dazu, anderen Hilfe zu leisten. Wenn sich die neue StVO auch nicht scheut, die rechtlichen Voraussetzungen für den wirksamen Einsatz der Zivilschutzeinheiten und der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz-, Notstands- oder Verteidigungsfall zu schaffen und diese Gelegenheiten auch beim Namen zu nennen, so sollte doch in jedem Einzelfall gewissenhaft geprüft werden, ob die besonderen Warneinrichtungen einzuschalten sind oder ob über die allgemeinen Verkehrsregeln hinausgegangen werden muß. Wo der Ausbildungs- oder Einsatzzweck auch ohne Bildung geschlossener Verbände erreicht werden kann, sollte nicht auf Kolonnenfahrt bestanden werden, und so mancher Einsatz läßt sich auch ohne Blaulicht und Einsatzhorn zu einem guten Ende bringen. Bei der Inanspruchnahme von Wege- und Sonderrechten sollte immer daran gedacht werden, daß diese Ausnahmen die letzte Reserve an Bewegungsmöglichkeiten darstellen, die man nicht ohne Not einsetzen sollte.

Josef Steffen

Es war nur eine Übung!

Ausbildung, die dem Ernstfall entspricht:

An einem kühlen Novemberabend fährt die 1. ZS-Bergungsbereitschaft, Regie-Einheit der Stadt Düsseldorf, zur Ausbildung ins Gelände. Wegen des lebhaften Straßenverkehrs erhält jeder Zug eine andere Anmarschrouten. Der Zugführer des 3. Zuges im Führungsfahrzeug denkt gerade über eine abwechslungsreiche Dominante im heutigen Ausbildungsprogramm nach. Es überholen ihn hastige Feierabendfahrer, die ihren Wohnungen zustreben. Der zum Vorortverkehr gehörende unbeschränkte Bahnübergang kommt in Sicht. Der Zugführer läßt das Fahrtempo vermindern und, als das Warnlicht blinkt, anhalten. Eine Borgward-Isabella will trotzdem noch vor dem Zug, einem Schubzug, hinüber. Der Motor scheint zu bökken, denn der Wagen zieht nicht rasch genug an. Da kommt auch schon der bremsenquietschende Personenzug und bohrt sich tief in die Fahrertür des PKW hinein. Noch etliche Meter wird der Wagen vor dem Zug hergeschoben, kippt aber nicht, da der eine Puffer tief im PKW steckt. Der Zugführer des Bergungszuges läßt zur Warnung an den ZS-Fahrzeugen Blaulicht einschalten und rennt zur Unfallstelle. Der Beifahrer hängt bewußtlos durch die zertrümmerte Windschutzscheibe, der Fahrer ist mit den Beinen fest eingeklemmt und schreit vor Schmerzen. Zugänglich ist nur die Beifahrertür, die



Der Zug hat seitwärts den PKW gerammt. Der Beifahrer hängt bewußtlos durch die Windschutzscheibe.



Die Flutlichtanlage (10 500 Watt) wird auf die Unfallstelle eingerichtet.

sich aber nicht aufreißen läßt. Was also tun? Das Stöhnen des Fahrers geht einem durch Mark und Bein und legt sich lähmend auf eine logische Entschlußfassung.

Aus der aufgelaufenen Fahrzeugkolonne meldet sich ein Arzt. Über die aufgebeulte Motorhaube wird eine Decke gelegt für sein akrobatisches Vordringen zum Fahrer, der eine Beruhigungsspritze erhält.

Über Funk läßt der Zugführer anfordern: Zwei Krankenwagen der Berufsfeuerwehr — gleichzeitig wird gebeten, die Bundesbahn und die Polizei zu verständigen —; eine beim 1. Zug mitgeführte Flutlichtanlage und die dort bei jedem Dienst anwesenden zwei Sanitäter vom ZS-Sanitäts-Dienst. GF 1 erhält den Auftrag, den Anfahrweg von den eigenen und den zivilen Fahrzeugen frei zu machen und frei zu halten; GF 2 das Schneidgerät, GF 3 das Schweißgerät und Asbestdecken einsatzfertig zu machen. Weitere Mannschaften sperren den Unfallort ab. Nach kurzer Zeit treffen die beiden ZS-Sanitäter ein. Die Flutlichtanlage wird sofort in Stellung gebracht und



Einsatz des Trennschleifers. Der Verletzte ist mit einer Asbestdecke zugedeckt.

taucht die Unfallstelle in gleißendes Licht. Auch der 1. und der 2. Zug treffen am Unfallort ein, kommen aber nicht zum Einsatz. Sie lernen durch Zuschauen und verfolgen kritisch und interessiert die Rettungsarbeiten. Die Sanitäter stellen Krankenwagen, Verbandzeug und Decken bereit. Der ohnmächtige Beifahrer wird mit einer Asbestdecke abgedeckt, um ihn vor der Schweißflamme zu schützen. Der Arzt achtet darauf, daß noch genügend Luftzufuhr für den Ohnmächtigen bleibt. Mit dem Schweißgerät werden nun die Türscharniere und Verriegelungen durchtrennt. Den Rest besorgt der Trennschleifer, die Tür fällt heraus und der Beifahrer wird geborgen, versorgt und mit dem ersten Krankenwagen der Berufsfeuerwehr abtransportiert.



Bergung des bewußtlosen Beifahrers.

Der Fahrer läßt sich jedoch über diesen Weg nicht bergen, denn seine Beine sind eingeklemmt. Nachdem auch er durch eine Asbestdecke geschützt wird, kann mit dem Trennschleifer die um den Puffer liegende Blechschicht abgetrennt werden. Zugketten werden um den PKW gelegt, und eine Seilzugwinde zieht das Wrack vorsichtig vom Wagen weg. Nach Begutachtung durch den Arzt wird nun die linke Tür und die Überdachung mit zwei Trennschleifern abgetrennt. Auch im Fußteil müssen noch Teile herausgelöst werden, bis ein Hebel eingesetzt werden kann und die Beine frei werden. Behutsam wird der Verletzte geborgen, Schienen und Notverbände werden angelegt, und dann bringt ihn der zweite Krankenwagen ins Krankenhaus.

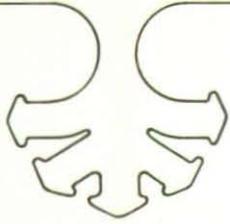
Das Autowrack wird nun vom Gleis gezogen. Gerät und Material werden eingesammelt und auf die Gerätekraftwagen verladen. Das Flutlicht erlischt, der Zug hat wieder freie Fahrt, die Neugierigen verstreuen sich. Die Helfer der Bergungsbereitschaft sitzen auf und kehren in ihre Unterkünfte zurück. Eine Besprechung der Übungsdurchführung mit Diskussion unter Leitung des Fachdienstleiters Bergungsdienst und des Bereitschaftsführers schließt den Ausbildungsabend ab. Aus den Gesichtern der Helfer läßt sich ablesen, daß diese Übung als notwendiger Bestandteil der Ausbildung erkannt wurde und daß diese freiwillige Bereitschaft ein wertvoller Faktor jeder humanitären Hilfe ist.



Vorarbeit mit dem Trennschleifer zur Bergung des Fahrers.



Vorziehen des PKW mit einer Seilzugwinde, Abtrennung der Überdachung und Bergung des Fahrers.



Presseschau des Inlands

Umweltschutz als Unterrichtsthema in der Schule

In Hessen wird der Plan, das Thema Umweltverschmutzung den Schülern im Unterricht nahezubringen, bereits realisiert. Die Theodor-Heuss-Schule in Baunatal im Landkreis Kassel ist damit die erste deutsche Schule, die das Fach „Umweltschutz“ in ihren Stundenplan aufgenommen hat.

In diesem, vom Bundeswissenschaftsministerium mit 135 000 DM geförderten Versuchsunterricht sollen, wie Oberstudiendirektor H. Pflug erklärte, die Erkenntnisse aus den naturwissenschaftlichen Fächern Biologie, Physik und Chemie in Bezug zur Gesellschaftspolitik gebracht werden.

„Wir waren in der Schule bisher mit der Wahl von Schwerpunkten steckengeblieben“, erklärte der Leiter der Schule, die in ihrem gesamten Lehrplan als politisch interessiert und engagiert gilt, „wir glauben es den jungen Menschen schuldig zu sein, ihnen ein größeres, wirtschaftsnäheres Spektrum zu bieten.“

(Die Welt, Hamburg)

Zusammenarbeit im Katastrophenschutz

Vertreter der Regierung von Niederbayern, Zivilschutz-Sachbearbeiter der Landkreise Ostniederbayerns und Vertreter der verschiedensten anderen Organisationen, die im Katastrophenschutz mitarbeiten, trafen sich zu einer Arbeitstagung in Passau. Sinn und Zweck dieser Arbeitstagung: Die Verbesserung der Zusammenarbeit im Katastrophenschutz in Niederbayern.

Etwa 45 Teilnehmer nahmen an der Arbeitstagung teil. In einem Referat befaßte sich Regierungsdirektor Zenzinger mit den Aufgaben des Katastrophenschutzes. Aus der Fülle der organisatorischen Fragen, die sich aus dem neugeschaffenen Katastrophenschutzgesetz ableiten, stellte er u. a. die der Ausbildung, Ausrüstung und Schulung, Ersatzstellung und auch die der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Hilfsorganisationen heraus.

Hinweise auf Freistellungsmöglichkeiten vom Wehrdienst zugunsten des Zivilschutzes gab ein Vertreter des Kreiswehrrersatzamtes Deggendorf. BVS-Bezirksstellenleiter Zimmermann erläuterte die Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz, dabei führte er aus, daß die Maßnahmen des Selbstschutzes in der ersten Viertelstunde des Geschehens, bis zum Eintreffen der Hilfsorganisationen, liegen.

Von einer Konkurrenz des BVS zu den anderen Organisationen könne man daher nicht sprechen. Regierungs-Angestellter Popp, Landshut, orientierte die Teilnehmer über das Verfahren der Anforderung von Zuschüssen für das Feuerlöschwesen.

Der Gesamteindruck der Arbeitstagung: Ein fühlbares Zusammenfinden des LSHD mit den Hilfsorganisationen.

(Passauer Neue Presse)

Unfallrettungsdienst muß besser werden!

Eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung des Unfallrettungsdienstes läßt der Arbeiter-Samariter-Bund von seinen Mitgliedern diskutieren. Veranlassung zu dieser Maßnahme sind die ständig steigenden Unfallziffern. Die Vertreter der Unfallmedizin und die Öffentlichkeit fordern immer stärker eine nachhaltige Verbesserung, damit dem Tod auf der Straße Einhalt geboten wird.

Bis zum Eintreffen geschulter Helfer liegt es häufig in der Hand eines Laien, die notwendigen, zum Teil lebensrettenden Maßnahmen zu ergreifen.

Ein Verletzter erwartet Hilfe; man muß der Bevölkerung vor Augen führen, daß eigentlich nur der Hilfe erwarten

darf, der selbst bereit und in der Lage ist, zu helfen.

Um einen wirklich ausreichenden Personenkreis in der Ersten Hilfe auszubilden, muß Erste Hilfe ein Pflichtfach in den Schulen werden. Örtliche Einzelinitiativen haben gezeigt, daß eine solche Ausbildung möglich und erfolgreich ist. Es ist zu fordern, daß alle Ärzte, unabhängig von der Fachrichtung, die Maßnahmen der Ersten Hilfe durchführen können. Eine gründliche Ausbildung im Rahmen des Studiums wäre günstig.

Es ist zu prüfen, ob die praktizierenden Ärzte in den Landkreisen nicht mehr als bisher in den Unfallrettungsdienst eingeschaltet werden können. Interessierte und geeignete Ärzte sollten, wenn dies örtlich erforderlich ist, mit Funksprechgeräten ausgerüstet und an die Leitstelle angeschlossen werden. Für die Kosten sollten die Versicherungsträger aufkommen, weil ja durch rechtzeitigen Arzteinsatz die Folgeschäden erheblich gemindert werden können.

(Gesundheit und Lebensfreude, Köln)

Ein mobiles Gegengiftdepot

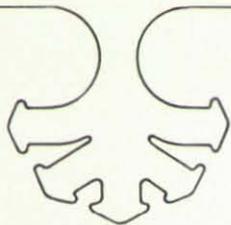
Bei Vergiftungsunfällen am Arbeitsplatz, besonders dann, wenn ein größerer Personenkreis betroffen wurde, hat sich ein „mobiles Gegengiftdepot“ besonders bewährt. Es ist dies eine Einrichtung, die von der Ärztekammer Nordrhein aufgebaut wurde und auf dem 12. Kongreß „Arbeitsschutz und Medizin“ vorgestellt wurde.

Wie die Ärztekammer Nordrhein mitteilt, ist das von der Ärzteschaft eingerichtete Gegengiftdepot bisher insgesamt 75mal eingesetzt worden; in 54 Fällen war dieser Einsatz lebensrettend.

Das Depot steht zur sofortigen Behandlung akuter Vergiftungsfälle sowie zur Schockbehandlung zur Verfügung.

Die Ärzte entschlossen sich zur Errichtung des Depots, weil in den letzten Jahren eine spürbare Zunahme von Vergiftungsfällen — vor allem im häuslichen Bereich — festzustellen ist. Das Depot steht ständig bei der Oberhausener Feuerwehr zur Verfügung, die „rund um die Uhr“ erreichbar ist.

(Kölner Stadt-Anzeiger)



PRESSESCHAU DES AUSLANDS

Sowjetischer Zivilschutzplan für die Landwirtschaft



Das amerikanische Zivilschutz-Journal bringt eine Analyse des neuen sowjetischen Zivilschutzhandbuches, welches im Jahre 1969 herausgegeben wurde; Verfasser ist N. I. Akimov. Das 351 Seiten starke Buch wird von der Amerikanerin Joanne Gaylor als ein in seiner Vollständigkeit und im praktischen Aufbau bestechend wirkendes Buch bezeichnet. Für die Bereiche Evakuierung, Betreuung in Schutzräumen und Vorsorge-maßnahmen im landwirtschaftlichen Bereich vergibt die Amerikanerin sogar die Note vorzüglich. Das Handbuch „Zivilschutz“ ist als Lehrbuch an den höheren Landwirtschaftsschulen eingeführt worden.

Weil die Landwirtschaft in der sowjetischen Zivilverteidigung eine so bedeutende Rolle spielt, bringt das Handbuch hier ausführliche Anweisungen. Insbesondere deshalb, weil alle aus den Städten evakuierten Personen in ländliche Gebiete verlegt werden und hier für die Landwirtschaft ein zusätzliches Arbeitspotential sind. Natürlich umfaßt das sowjetische Zivilschutzhandbuch auch die anderen Bereiche des Zivilschutzes.

Ausgehend von den Geschehnissen im II. Weltkriege werden die Gefahren, die der Zivilbevölkerung drohen, unter Berücksichtigung der modernen Massenvernichtungswaffen aufgezeigt. Aus sowjetischer Sicht ist es nachgerade logisch, den Zivilschutz als ein Ganzes zu sehen, an dem sich das ganze Volk beteiligen muß. Kapitel 5 des Handbuches, welches insgesamt 15 Kapitel umfaßt, behandelt in ausführlicher Breite die Evakuierung und Verlegung.

Daß abschließend davon die Rede ist, welche wichtige Rolle die Partei im Zivilschutz zu übernehmen hat, ist dem Kenner der Materie nichts Erstaunliches mehr. Der Inhalt des Handbuches wird in der Sowjetunion mit allen Mitteln der modernen Propaganda verbreitet. (Starke, Florida, Nr. 3/1971)

die Führung und die Vorbereitung der Maßnahmen des Zivilschutzes verantwortlich.

Er wird von den Bürgermeistern unterstützt und hat gleichzeitig auch Verbindung zur militärischen Führung. (Nainville les Roches, Nr. 55)

Ungenügende Vollzugsbestimmungen

Neue Zürcher Zeitung

Ausgangspunkt für die Entwicklung des Zivilschutzes in der Schweiz war die Gesetzgebung der Jahre 1962/63, bei der drei wesentliche Merkmale herausgestellt waren: Föderalistische Struktur — dadurch werden die Gemeinden Hauptträger für den Zivilschutz; gesetzlich verankerte Schutzraumpflicht — die jedoch nicht lückenlos das gesamte Gebiet der Schweiz erfaßte; eine klare Regelung der Ausbildung.

Unbefriedigend an der Konzeption dieser Jahre war allerdings die Tatsache, daß das Prinzip „Vorbeugen ist wirksamer als heilen“ zu wenig betont wurde. Außerdem fehlte für Wehrmänner, die zum Zivilschutz übertraten, ein Konzept über den optimalen Einsatz. Es haben sich landesweit erhebliche Unterschiede im Zivilschutz herausgebildet, weil sich das Gesetz als zu wenig verbindlich erwiesen hat. Infolge der Tatsache, daß die überörtliche Hilfe nur kurz erwähnt wurde, hat sich die Meinung gebildet, der Zivilschutz sei in erster Linie eine lokale Angelegenheit.

Trotzdem hat — eben durch den frühen Erlaß der Zivilschutzgesetze — die Schweiz einen erheblichen Zeitvorsprung gegenüber anderen Staaten gewonnen. Der seit 1963 zurückgelegte Weg weist immerhin respektable Erfolge auf, wenn auch Irrtümer und Fehler unterlaufen sind.

Die jetzt vorliegende Konzeption 1971 hat den Vorteil, daß sie in der militärischen Konzeption 1966 ein Vorbild hatte, auf deren Kriegsbild der Zivilschutz auszurichten war. Die Grundsätze der neuen Konzeption werden bereits seit zwei Jahren allmählich in die Ausbildung eingebaut. Ein harmonischer Übergang ist also gesichert.

(Zürich, 4. Oktober 1971)

Der französische Zivilschutz



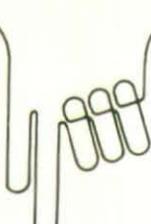
LE BULLETIN
REVUE TRIMESTRIELLE
DE
PROTECTION CIVILE

In einer umfassenden Abhandlung wird in der französischen Zivilschutz-Fachzeitschrift der gesamte Zivilschutz behandelt. Der Verfasser, Léon Robine, ist Zivilverwalter und mit dem Thema bestens vertraut.

Nach einleitender Entwicklungsübersicht werden Einzelfragen des französischen Zivilschutzes behandelt. Von besonderem Interesse sind der organisatorische Aufbau der Organisation und die verwaltungsmäßige Zuständigkeit.

Eine erste Maßnahme der Regierung war die Gründung des Nationaldienstes für Zivilschutz im Jahre 1951; die organisatorische Form wurde in einer ministeriellen Anweisung vom 9. November 1954 festgelegt. Inzwischen sind einige der damals geltenden Verfügungen stillschweigend außer Kraft gesetzt und durch bessere Fassungen ersetzt worden.

Die Organisation des Nationaldienstes ist in Frankreich der der Verwaltung nachgebildet. Im Regelfalle sind folgende Zuständigkeiten gegeben: Minister; Präfekt; Bürgermeister. Allerdings sind einige Teilgebiete des Zivilschutzes den Verteidigungspräfekten, den Programmpräfekten und den Unterpräfekten übertragen. Die Zentralverwaltung wird durch die Direktion des Zivilschutzes gewährleistet, ihr Aufbau wurde mit Verordnung vom 12. Dezember 1968 festgelegt. Danach sind die Verantwortlichen des Zivilschutzes gleichzeitig die Autoritäten des Zivilrechtes, die Präfekten und die Bürgermeister. In jedem Departement ist der Präfekt für



ZEITSCHRIFTEN SCHAU

revue internationale de la croix-rouge
Genf/Schweiz, Nr. 11/1971

Die Genfer Abkommen als Handbuch für Soldaten

Mit einer 1969 veröffentlichten ersten Auflage von 5000 Exemplaren eines Handbuches für Soldaten wollte das Internationale Komitee des Roten Kreuzes das Interesse der Regierungen wecken, die Bestimmungen der Genfer Abkommen den Soldaten der Streitkräfte nahe-zubringen.

Das Echo auf diesen Versuch war äußerst positiv; insgesamt 35 Länder teilten dem IKRK ihre Zustimmung mit.

Nun wurde eine 24-Seiten-Broschüre entwickelt, die bei knappstem Text – durch Zeichnungen aufgelockert – so gestaltet war, daß sie ohne besondere Schwierigkeit den Erfordernissen aller Länder und Heere angepaßt werden konnte.

Die Grundidee ist es, eine Zusammenfassung der vier Genfer Abkommen unter Herausstellung der wichtigsten humanitären Aspekte vorzunehmen. Eine solche Fassung soll den Ansprüchen in bezug auf leichte Lesbarkeit genügen und allgemein verständlich sein.

Bereits im Juni 1971 wurden 150 000 Exemplare verlegt. Je 33 000 in englisch, französisch und spanisch, 50 000 in arabisch.

Mit der Erstauslieferung wurden Fragebogen verteilt, mit deren Hilfe die Meinungen und Bedürfnisse der Empfängerregierungen ermittelt werden sollen, um künftige Auflagen zu bestimmen.

Einige Länder haben die Absicht, die Broschüre auf eigene Kosten selbst drucken zu lassen.

Der Schlußsatz des „Manuel du Soldat“: „Schütze einen verletzten, kranken, entwaffneten oder gefangenen Feind, wie du selbst geschützt werden möchtest.“

-dnessah-

Wehrmedizinische Monatsschrift
München, Heft 11/1971

Untersuchungen über Keimbefall in Großküchen

Im Institut für Wehrmedizin und Hygiene, Ernst-Rodenwald-Institut, wurden Untersuchungen über den Keimbefall in Großküchen angestellt. Die Zunahme bakterieller Lebensmittelvergiftungen, die besonders dann, wenn sie in größerem Umfang – z. B. in Krankenhäusern, Notunterkünften o. a. – auftreten, die Öffentlichkeit stark beunruhigen, läßt erkennen, daß mit den Vorsorge-maßnahmen bei der Herstellung der Lebensmittel nicht alles getan ist. Zweck der Untersuchungen war es, festzustellen, welche besonderen Anfälligkeiten dadurch gegeben sind, daß die Speisen bei der Zubereitung und Verteilung mit den unterschiedlichsten Materialien und Geräten in Berührung kommen, auf denen sich Keime ansiedeln können.

Das Ergebnis der Untersuchungen, in einem Beitrag von Oberstabsarzt Dr. Chr. Schrank und Oberregierungsrat Dr. I. Stifter zusammengefaßt, wird von besonderem Interesse für solche Dienststellen oder Organisationen sein, die mit der Zubereitung und Verteilung von Verpflegung für große Personengruppen befaßt sind.

Zum Abschluß des Berichtes werden Maßnahmen erläutert, mit denen die Gefahr einer Keim-Infektion wesentlich eingeschränkt oder sogar beseitigt werden kann.

v. g. H.

Sowjetunion —
Illustrierte Monatszeitschrift
Moskau, Nr. 11/1971

Umweltschutz in der Sowjetunion

In der in 19 Sprachen erscheinenden sowjetischen Monatsschrift werden in einer ständigen Serie: „Probleme unseres Planeten“ aktuelle Themen der Gegenwart und Thesen der Zukunft behandelt.

Der Beitrag „Stadt und Biosphäre“ befaßt sich mit der Umweltverschmutzung. Noch ist dieses Problem, wie die Zeitschrift behauptet, nicht so brennend wie in anderen Industriestaaten, doch wird bereits heute alles getan, um eine ständige Kontrolle über die Entwicklung der Umweltverschmutzung sicherzustellen. Ein maßgeblicher Wissenschaftler, der an diesen Problemen arbeitet, ist der sowjetische Professor A. Grodzinski,

ein Biologe, dessen Name in der Fachwelt einen guten Klang hat. Seine Thesen werden in dem Beitrag weitgehend als Grundlage verwendet. Grodzinski ist der Meinung, der Mensch habe eine geradezu wunderbare Anpassungsfähigkeit entwickelt; doch sei es gerade diese Anpassungsfähigkeit, die letztlich eine schreckliche Gefahr für die Zukunft der gesamten Menschheit bilde.

„Zivilisationsübel“, meint Grodzinski, seien nicht unvermeidlich. Die Technisierung allein sei nicht verderblich, es komme darauf an, wie der Mensch sie zu steuern wisse. Man müsse die Frage prüfen, ob es vertretbar sei, Industrieanlagen zu betreiben, bei denen der Sauerstoffverbrauch die Sauerstoffzufuhr übersteige.

Wichtig seien die Bestrebungen der sowjetischen Forschung, die Zyklisierung – d. h. die wiederholte Einbeziehung der Produktionsabfälle in den Nutzungskreislauf zu verbessern.

v. g. H.

civile verdediging
Alphen aan den Rijn, Nr. 6/1971

Vorbehalte gegen Koordinierungen von Hilfeleistungen

Eine auf Veranlassung des niederländischen Innenministers eingesetzte Lenkungsgruppe für die Koordination von Hilfeleistungen hat dem Innenminister erste Untersuchungsergebnisse und Vorschläge zur Kenntnis gebracht.

Die niederländische Fachzeitschrift bringt ein Schreiben der Kommission führender Polizeikommissare zum Abdruck, in dem die Vorbehalte – gewissermaßen der alten Hilfsorganisationen zum Ausdruck kommen.

Die Polizeikommissare, die auch für die Feuerwehr und die Sanitätsorganisationen zu sprechen vorgeben, sind der Auffassung, nicht der BB, die Bevölkerungsschutzorganisation, könne die zentrale Leitung übernehmen, wenn in einem Katastrophenfalle überörtliche Hilfe geleistet werden müsse.

Man befürchtet dann mangelnde Zusammenarbeit, kann aber andererseits keine bessere Möglichkeit einer Koordinierung anbieten.

Selbst die seit Jahren bestehende Kreiseinteilung der BB wird als Basis einer Hilfeleistungsorganisation nicht als zweckmäßig angesehen. Es ist bezeichnend, daß die Fachzeitschrift sich jeden Kommentars enthält.

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Ständer für Feuerlöscher

Diesen praktischen Feuerlöscher-Ständer mit kippstabilem Dreipunkt-Fuß haben die Minimax-Werke entwickelt. Er kann dort verwendet werden, wo Wandaufhängenvorrichtungen fehlen oder aus irgendwelchen Gründen nicht erwünscht sind, aber dennoch ein deutlicher Hinweis auf den gesetzlich vorgeschriebenen Feuerlöscher in Gefahrenbereichen erforderlich bleibt. Der Ständer kann nachgebaut werden, da die Konstruktion nicht durch Patent oder Gebrauchsmuster geschützt ist.



Ein neues Trinkwasserversorgungsgerät

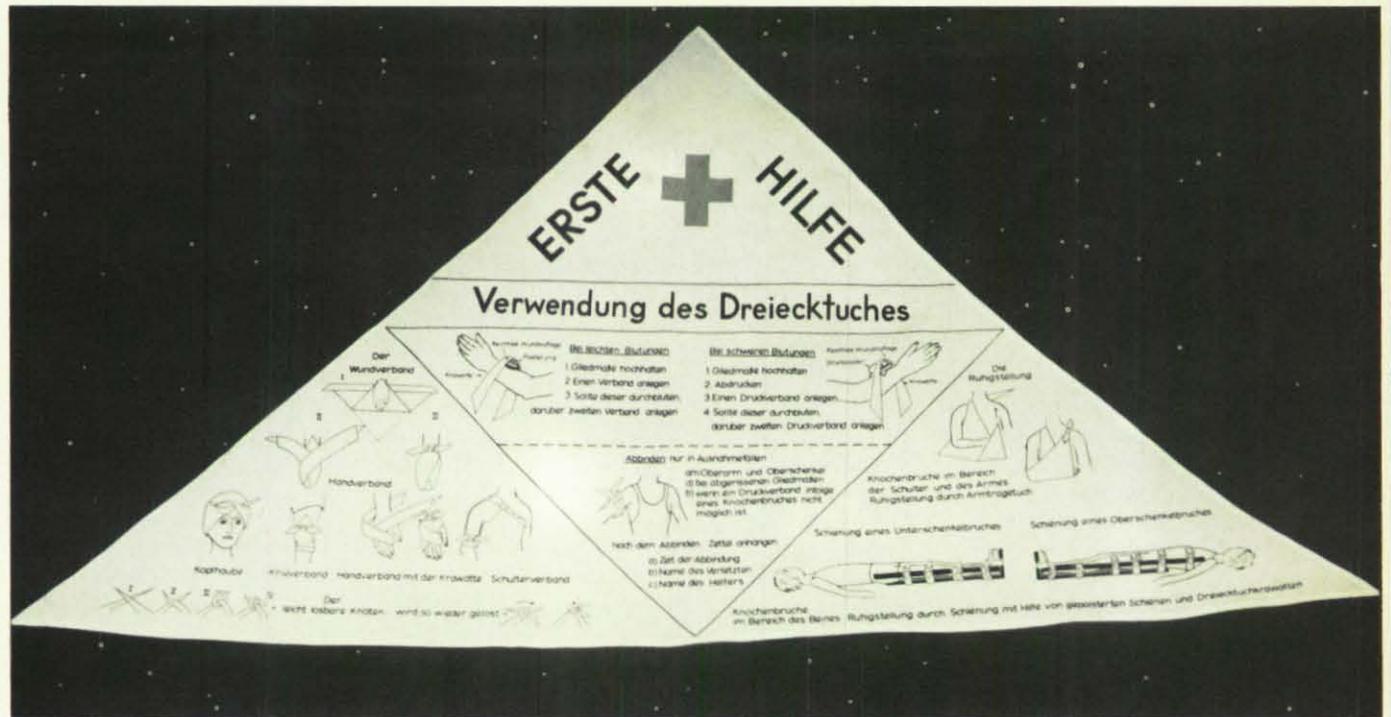
Auf der Ausstellung für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Düsseldorf stellte eine Kölner Firma ein Trinkwasserversorgungsgerät aus, das im Notfall aus jedem verunreinigten Wasser, auch aus Meerwasser, sauberes, bakterienfreies, trinkbares Wasser herstellt, und das ohne fremde Energiequellen. In dem



Behälter aus leichtem Kunststoff, der etwa die Größe einer Sektflasche hat, wird mittels einer seitlichen Handpumpe im Innern ein Überdruck erzeugt, der das verunreinigte Wasser über ein Steigrohr durch eine Filterkombination drückt, wo das Wasser völlig gesäubert wird. Gutachten anerkannter Institute bestätigen dies. Die Filter sind auswechselbar. Je Filter gibt es ca. fünf Liter sauberes Wasser.

C. K.

H. F.



Aufdruck als Gedächtnisstütze

Dreiecktücher finden in der Ersten Hilfe als einfache und behelfsmäßige Verbandmittel vielfache Verwendung. Sie sind Bestandteil der Ausrüstung in Erste-Hilfe-Kästen. Mit ihnen hält

man Mullaufgaben auf der Wunde fest, benutzt sie zu Krawattenverbänden, zum Halten von Schienen und als Tragetuch. Den Umgang mit dem Dreiecktuch lernt man in Lehrgängen der Ersten Hilfe. Damit man sich im Anwendungsfall einige richtige Arten

der Benutzung leichter ins Gedächtnis rufen kann, hat eine Spezialfabrik für Sanitätsausrüstungen im Taunus Dreiecktücher auf den Markt gebracht, auf denen die gebräuchlichsten Anwendungsarten aufgedruckt sind.

H. F.

Bergung und Rettung

Von Oberingenieur Georg P. J. Feydt. Teil I und Teil II. Verlag Offene Worte, 53 Bonn. Preis der Bände je DM 8,40.

„Was mußst du tun, wenn Menschen unter Trümmern liegen?“ Auf diese Frage geben sowohl Teil I wie Teil II der Taschenbücher von Georg P. J. Feydt Antwort. Das macht die Bücher als Ausbildungsleitfaden für die Helfer aller Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes fast unentbehrlich. Denn sie enthalten eine solche Fülle von Richtlinien, Ratschlägen, Erfahrungswerten, technischen Tricks und Hilfen, die man m. W. in keinem anderen deutschsprachigen Werk in einer solchen Konzentration finden kann. Das Buch (Teil I) beginnt mit dem Chaos, nämlich mit dem vollständigen Zusammenbruch von Gebäuden nach Luftangriffen, und führt dann den Leser systematisch aus diesem Chaos heraus, indem es ihn Überblick gewinnen läßt durch die Analyse der verschiedenen Waffenwirkungen. Dabei wurden die Kapitel „Merkmale der Atomwaffenexplosion in ihrer Auswirkung auf die Bergungsarbeit“ und „Bergungsarbeit nach Einsatz von chemischen Kampfstoffen“ von dem Lehrgruppenleiter ABC-Dienst der Katastrophenschutzschule des Bundes, Ing. grad. C. Pothmann, auf den neuesten Stand gebracht.

Die Kapitel befassen sich mit Rettungsmaßnahmen in ihren verschiedenen Einsatzphasen mit der praktischen Anwendung der Bergungs- und Transportausrüstung.

Im Teil II wird dem Leser die Einsatztaktik und die Einsatztechnik im Falle von schweren Verschüttungen nahegebracht. Hier wird planvolle Zusammenarbeit verlangt, die fachmännische Führung und wohl ausgebildete Helfer voraussetzt.

Beide Teile von „Bergung und Rettung“ wurden gründlich überarbeitet und auch hinsichtlich der Terminologie auf den neuesten Stand gebracht.

Kernenergie – Nutzen und Risiko

Autoren: Dr. Ing. Karl-Heinz Lindackers (TÜV Rheinland), Dr. Ing. Jürgen Seetzen (Kernforschungszentrum Karlsruhe), Privatdozent Dr. Hans Kiefer (Kernforschungszentrum Karlsruhe), Dr. H. Krämer (Kernforschungsanlage Jülich), Prof. Dr. med. Karl Auran (Bundesgesundheitsamt Berlin), Dr. med. Klaus-Rüdiger Trott (Universität München, Gesellschaft für Strahlenforschung), Prof. Dr. med. Otto Hug (Universität München, Gesellschaft für Strahlenforschung). Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart DM 18,—

In immer weiteren Lebensbereichen des Menschen wird die Kernenergie zu seinem Nutzen angewandt. Auch in unserem Lande ist die Kernenergie in den Wettbewerb mit Kohle, Öl und Erdgas getreten. Die Zeit ist abzusehen, wo Kernkraftwerke Energie-lieferanten Nummer eins sein werden. Aber auch auf anderen Gebieten der Wissenschaft, wie in Biologie, Medizin und Landwirtschaft, hat die Anwendung der Kernenergie revolutionierend eingegriffen. Ihr Nutzen ist groß. Groß ist aber auch das Risiko im Umgang mit strahlender Materie. Gleichzeitig mit der Förderung der Entwicklung und Anwendung der Kernenergie müssen die notwendigen Maßnahmen zum Schutz des einzelnen Menschen und der Allgemeinheit getroffen werden.

In dem vorgenannten Werk geben die Autoren aus der jeweiligen Sicht ihres Fachgebietes eine verständliche Darstellung notwendiger Grundkenntnisse der Kernphysik und Reaktortechnik, der Energiewirtschaft, der Umweltforschung, der Strahlenbiologie und des Strahlenschutzes.

Katastrophenreaktionen

Von Charles Zinkmann. Akademische Verlagsgesellschaft, Frankfurt. Kartoniert, DM 19,80.

Auf Veranlassung der Akademischen Gesellschaft erschien als Auswahl von Repräsentativtexten auf dem Gebiet der Psychologie das Buch „Katastrophenreaktionen“. Es faßt die Veröffentlichungen verschiedener Autoren unter den Hauptgruppen „Kriegskatastrophen – Naturkatastrophen – Unfallkatastrophen“ zusammen.

Im Teil Kriegskatastrophen folgen nach einem Einführungsartikel über „Angst und Schreck“ Arbeiten über hysterische Reaktionen bei Flieger-

angriffen, zeitbedingte abnorme Erlebnisreaktionen und emotionale Auswirkungen der Atombombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki. Dieser Teil des Buches wird abgeschlossen durch Arbeiten über Luftkrieg und psychische Belastung sowie die Angst des Soldaten. Der Teil Naturkatastrophen enthält Arbeiten über psychische und psychotische Reaktionen Erwachsener und Kinder bei Erdbeben sowie psychische Reaktionen bei Flutkatastrophen; außerdem Untersuchungen über das menschliche Verhalten bei Katastrophen des Nationalen Centrums für Meinungsforschung, NORCE genannt. Der Teil 3 behandelt die Unfallkatastrophen, und zwar den Fall „Andrea Doria“ und eine Arbeit über seelische Zustände während des Absturzes. Zum Abschluß zwei Arbeiten über psychogene Störungen nach Unfällen und über Fahrerflucht als Schock und Panikreaktion.

Städte 1945

Berichte und Bekenntnisse. Herausgegeben von Ingeborg Drewitz. 208 Seiten und 24 Bildtafeln. Eugen Diederichs Verlag Düsseldorf. DM 24,—.

Es gibt eine Art der Geschichtsschreibung, die sich nicht an Daten und Namen orientiert, sondern einfach Erleben schildert. Geschichte wird aus der Perspektive des kleinen, dafür aber miterlebenden Menschen überliefert. In dem vorliegenden Werk kommen nicht die zu Wort, die an mehr oder weniger exponierter Stelle standen, sondern die Namenlosen einer „großen Zeit“, die am Ende vor den Trümmern ihrer Jugend stehen. Die Stunde Null wird von 35 Autoren geschildert, so wie sie sie erlebt haben oder wie sie sie beim Wiedersehen ihrer Vaterstadt empfanden. Herausgeberin und Mitautorin zieht in ihrem Vorwort eine Bilanz und stellt fest, daß es eine „bürgerliche Antwort auf eine gar nicht mehr bürgerliche Wirklichkeit“ geworden sei. Das trifft nicht immer zu. Doch ist es ein Gewinn, wenn die verschiedensten Charaktere sich in diesem Sammelwerk vereinigt haben.

Eine völlig andere Form ist der Anhang „Statistik der Städte“. Alles was einmal Leben und mit Leben ausgefüllte Umwelt war, ist zusammengeschrumpft auf die amtliche Addition der „Sterbefälle durch äußere Gewalteinwirkung“ und die Kubikmeterzahlen des Trümmerschuttes.

DIE NEUE
ZEITSCHRIFT



MAGAZIN

KANN ZUM PREIS
VON
2.80 DM
PRO

MONAT

FREI

HAUS

BEZOGEN

WERDEN

Ihre Bestellung erwartet

Verlag
P.A.Santz
599 Altena
Postfach 137

